

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Verbindungen:**  
 Abonnement-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,  
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit Illustration 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,  
 eingetragene in der Post-Verordnungs-  
 Geklärt für 1902 unter Nr. 7378.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montage.

**Die Insertions-Gebühren**  
 beträgt für die sechs Spalten Kolonelle  
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gewerkschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,  
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,  
 (nur das erste Wort frei). Inspecula für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.  
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Freitag, den 12. September 1902.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.  
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

## Die deutschen Stadtgemeinden und ihre Arbeiter.

Das Eindringen der Socialdemokratie in die Gemeindevertretungen hat u. a. zur Folge gehabt, daß die öffentliche Aufmerksamkeit mehr als vordem auf die Lage der städtischen Arbeiter gelenkt wurde. Wie wenig aber infolge der verkehrten Gesetzgebung, die die Herrschaft in den Gemeinden einer Handvoll Besitzender ausliefert, bisher auf dem Gebiete der städtischen Socialpolitik geschehen ist, zeigen die jüngst in den Münchener volkswirtschaftlichen Studien veröffentlichten Untersuchungen von Paul Rombert.\*)

Was zunächst die persönlichen Verhältnisse der städtischen Arbeiter betrifft, so befinden sich unter ihnen außergewöhnlich viel Verheiratete, etwa 20 Proz. mehr als bei den in ähnlichen Privatunternehmungen beschäftigten Arbeitern. Die Gründe für diese Erscheinung sind einmal darin zu suchen, daß der verheiratete Arbeiter bei der Einstellung besonders berücksichtigt wird, und zweitens darin, daß die Aufnahme in den städtischen Lohndienst den Unterheirateten ein gewisses, zum Eintritt in die Ehe ermutigendes Gefühl der wirtschaftlichen Sicherheit verleiht. Dazu kommt, daß unter den städtischen Arbeitern die höheren Altersklassen sehr zahlreich vertreten sind, nicht nur, weil viele Arbeiter ein hohes Dienstalter aufweisen, sondern weil häufig nicht mehr voll leistungsfähige Arbeiter, die sonst der Armenverwaltung anheimfallen würden, von den Gemeinden zu leichteren Dienstverrichtungen übernommen werden. Auch Frauen sind in verhältnismäßig großer Zahl in städtischen Betrieben thätig, vor allem bei der Reinigung öffentlicher Gebäude und Anlagen, bei der Friedhofs- und Gartenerhaltung, aber auch bei den Stadtbauämtern, wo sie als Lehrerinnen und Hilfsarbeiterinnen beim Straßenbau, als Putzerinnen beim Hochbau oder als Tagelöhnerinnen Beschäftigung finden.

Für die Ordnung des Arbeitsverhältnisses ist es von Bedeutung, ob die städtischen Betriebe der Gewerbe-Ordnung unterworfen sind oder nicht. Die Ansichten darüber sind geteilt. Während sich z. B. das Berliner Gewerbegericht in Klagen städtischer Arbeiter wegen Lohnschädigungen für unzuständig erklärt hat, da es sich nicht um gewerbliche Arbeiter handle, hat das Gewerbegericht von Frankfurt am Main kürzlich im entgegengekehrten Sinne entschieden. Diese Rechtsunsicherheit ist auf die unklare Fassung der Gewerbe-Ordnung zurückzuführen. Die Absicht des Gesetzgebers scheint es gewesen zu sein, die in Gemeindebetrieben angestellten Arbeiter ebenso zu berücksichtigen, wie die beim Privatunternehmer beschäftigten. Aber dieser Gedanke ist nicht klar genug zum Ausdruck gekommen, und infolgedessen hat sich in den meisten Gemeinden ein Zustand herausgebildet, der den Forderungen sozialer Gerechtigkeit in keiner Weise entspricht.

So wird die Bestimmung der Gewerbe-Ordnung, daß in gewerblichen Betrieben mit mehr als 20 Arbeitern Arbeitsordnungen einzuführen sind, von vielen Gemeinden überhaupt nicht beobachtet, und da, wo Arbeitsordnungen eingeführt sind, tragen sie meist einen fakultativen Charakter. Vielfach handelt es sich gar nicht um Arbeitsordnungen in dem Sinne, daß in ihnen Pflichten und Rechte des Arbeiters festgesetzt werden, sondern um recht einseitige „Hausordnungen“, in denen fast nur von den Pflichten, nicht aber von den Rechten des Arbeiters die Rede ist. Es wird hier also, wie Rombert treffend hervorhebt, weniger der Zweck verfolgt, der bei Einführung der obligatorischen Arbeitsordnung vorgeschwebt hat, Streitigkeiten aus dem Arbeitsvertrag vorzubeugen, als vielmehr Vorschriften aufzustellen, die zur Aufrechterhaltung der technischen und wirtschaftlichen Ordnung des Betriebs dienen sollen, deren Befolgung dann durch Strafbestimmungen gesichert wird.

Die Arbeitsordnungen beziehen sich nicht nur auf die Einstellungsbedingungen der Arbeiter; auch die Strafen nehmen darin oft einen recht großen Raum ein. Besonders hart ist die Bestimmung, die für das Elektricitätswerk Hannover gilt, wonach sofortige Entlassung ohne Einhaltung der Kündigungsfrist stattfindet bei „Angezeigter und Unterzückung von irgendwelchen gegen die Interessen der Elektricitätswerke gerichteten Bestrebungen“. Ähnlich bei den Gas- und Wasserwerken in Osnabrück! Hier ist die Aufwiegelung anderer Arbeiter gegen das Interesse der Werke ein Grund zu sofortiger Entlassung. Mit Recht bezeichnet Rombert derartige Bestimmungen als höchst bedenklich. Denn was richtet sich nicht alles gegen das Interesse der Werke? Bei einigermaßen gutem Willen wird man z. B. Bestrebungen, höhere Löhne oder eine kürzere Arbeitszeit, z. B. in den Gaswerken den Achtstundentag zu erringen, oder gar Versuche, sich zu koalieren, un schwer dazu rechnen können. Derartige Bestimmungen, die, so wenig präzis gefaßt, in ihrer Auslegung ganz in die Hand der einen Partei gelegt sind, bieten eine gefährliche Handhabe, um Bewegungen der Arbeiter zur Besserung ihrer Lage niederzuhalten und sind deshalb nicht scharf genug zu beurteilen.“

Einen der wichtigsten Punkte des Arbeitsverhältnisses bildet die Kündigungsfrist; in dieser Beziehung stehen die deutschen Städte weit hinter dem Auslande zurück; die Arbeiter können meist von einem Tage zum andern auf Pfaster gemorfen werden, und die gewiß nicht unbedeutende Forderung der Organisation der Gemeinde-Arbeiter, 14tägige Kündigungsfristen einzuführen, ist erst ganz vereinzelt erfüllt.

Arbeiterräte besitzen erst etwa ein Duzend deutscher Städte. Der Geist, von dem sie getragen sind, das sociale Verständnis, von dem sie zeugen, ist ein sehr verschiedenes. Auf der einen Seite steht den Arbeitern bei der Zusammenfassung und der Thätigkeit des Ausschusses eine unbedingte Selbstverwaltung zu, der Vorsitzende wird vom Ausschuss gewählt, und die Mitglieder haben das Recht, jederzeit eine Sitzung anzuberäumen. Auf der andern Seite begegnen wir Ausschüssen, wie zum Beispiel dem der Berliner Wasserwerke, wo der jeweilige Betriebsleiter nicht nur den Vorsitz führt, sondern auch allein darüber befindet, ob das Bedürfnis zur Abhaltung einer Sitzung vorliegt. Ja, der Betriebsleiter hat sogar das Recht, den Ausschuss jeder Zeit aufzulösen, die ganze Thätigkeit des Ausschusses hängt also von dem Gutdünken dieses Herrn ab. Nicht viel besser liegen die Verhältnisse bei den Berliner Gaswerken. Von einem wirklichen Arbeiter-Ausschuss kann hier ebenso wenig die Rede sein, wie etwa in Chemnitz, wo der Vorstand der Krankenkasse den Arbeiterausschuss bildet. Für alle Arbeiter einer Stadt gemeinsam eingerichtete Ausschüsse kennt man nicht; sie gelten immer nur für die einzelnen Betriebe, doch kann in einigen süddeutschen Gemeinden der Stadtrat die Arbeiterräte der verschiedenen Betriebe als Gesamtvertretung der städtischen Arbeiterschaft zu einer Plenarsitzung einberufen, um Fragen zu beraten, welche die gesamte städtische Arbeiterschaft betreffen. In einzelnen Städten können auch die Vorsitzenden der einzelnen Arbeiterräte eine solche gemeinsame Sitzung beschließen; außerdem kann jedes Mitglied eines Arbeiterrates beim Stadtrat einen diesbezüglichen Antrag stellen.

Die Arbeitszeit der städtischen Arbeiter ist noch lange nicht so geregelt, wie man es von Gemeinden, die ihre sociale Mission erkannt haben, erwarten sollte. Die Regel ist die 10stündige Arbeitszeit, doch fehlt es nicht an Fällen, in denen diese Zeit weit überschritten wird. Ueber Sonntagsruhe und sonstige freie Tage ist in den Arbeitsordnungen recht wenig enthalten; meistens findet sich die Bestimmung, daß Sonntag und Feiertagsarbeit nur in dringenden Fällen stattfinden soll; doch scheint es, als ob diese Vorschriften nicht immer eingehalten werden. Auch die Ueberstunden sind ziemlich häufig; in manchen Städten kommt durchschnittlich etwa eine Ueberstunde pro Tag auf jeden Arbeiter.

Wenden wir uns nun zu dem wichtigen Kapitel der Lohnpolitik! Es sind hierbei sechs Gesichtspunkte zu berücksichtigen: die Formen des Lohnes und der Lohnauszahlung, die Lohnvergütung bei Arbeitsunterbrechungen, die Bezahlung von Ueberstunden und Feiertagsarbeit, Zeit und Ort der Lohnauszahlung, Lohnsteigerungen und endlich die Höhe des Lohnes. Was die Formen des Lohnes betrifft, so finden sich in den städtischen Betrieben noch vielfach Accordlöhne. Am verbreitetsten ist der Stundenlohn, selten stehen die Arbeiter im Wochen- oder gar Monatslohn. Für die Lohnvergütung bei Arbeitsunterbrechungen ist die Stellung von Bedeutung, welche die städtischen Behörden dem § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs gegenüber einnehmen. Dieser Paragraph besagt bekanntlich, daß der zur Dienstleistung Verpflichtete des Anspruchs auf Vergütung nicht dadurch verlustig wird, daß er für eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit durch einen in seiner Person liegenden Grund ohne sein Verschulden an der Dienstleistung verhindert wird, daß er sich jedoch den Betrag anrechnen lassen muß, welcher ihm für die Zeit der Verhinderung aus einer auf Grund gesetzlicher Verpflichtung bestehenden Kranken- oder Unfallversicherung zukommt. Jene Bestimmung findet sich nun in einer ganzen Reihe von Arbeitsordnungen durch Sondervertrag ausgeschlossen — ein engherziger, nicht scharf genug zu beurteilender Standpunkt. Noch mehr zu verurteilen ist es, wenn den im Wochenlohn stehenden oder für längere Lohnperioden beschäftigten Arbeitern sogar der Lohn für die gesetzlichen Feiertage abgezogen wird, wie es z. B. das Stadtbauamt in Wiesbaden thut. Auch Urlaub wird den Arbeitern in den meisten Städten nur bei Verzichtleistung auf Lohn für die Zeit des Urlaubs gewährt; es sind erst wenige Städte, die den Arbeitern nach Ablauf einer bestimmten Dienstzeit einige Tage Urlaub unter Fortbezug des Lohnes geben, aber Anspruch auf Urlaub haben die Arbeiter nirgends. Auch bei der Einziehung von Arbeitern zu militärischen Friedensübungen ist der Zuschuß, den einige Städte zu der staatlichen Unterstützung zahlen, immer nur ein freiwilliger; vielfach ist er sogar als Belohnung gedacht. Heißt es doch in manchen Arbeitsordnungen, daß diese besonderen Vergünstigungen nur bei guter Führung eintreten! Ueberstunden und Feiertagsarbeit müssen teils ohne jede Vergütung geleistet werden, teils erfolge die Vergütung in dem Bruchteil des Tagelohns, der der Dauer der geleisteten Ueberstunden entspricht, teils werden besondere Lohnzuschläge gewährt. Die Lohnperioden sind monatlich, vierzehntägig oder wöchentlich. Es herrscht hier ein buntes Durcheinander und vielfach begegnen wir selbst in den

verschiedenen Betrieben derselben Stadt ganz verschiedene Verhältnisse. Lohnsteigerungen erfolgen, wenn überhaupt, so in der Regel nach jedesmaliger besonderer Vereinbarung und Festsetzung, nur ausnahmsweise nach einem bestimmten, vorher aufgestellten Plane. In diesem Falle ist das Grundprinzip das gleiche, wie beim Beamten, daß nämlich der städtische Arbeiter, auch wenn er in seiner Stelle verbleibt, allein schon durch die Dauer seiner Dienstzeit sich die Aussicht auf Lohnsteigerung erwirbt. Bei der eigentlichen Festsetzung der Höhe des Lohnes ist vielfach das Prinzip des Minimallohnes durchgegriffen. Man begegnet zwei Arten von Mindestlöhnen, einmal einem im weiteren Sinne des Wortes, einem solchen, der auch dem schwächsten und am wenigsten leistungsfähigen Arbeiter noch gegeben werden soll, und einem Minimallohn im engeren Sinne, dessen Höhe mehr von dem Gesichtspunkt bestimmt wird, daß die Stadt unter keinen Umständen schlechter zahlen darf als der Privatunternehmer. Andererseits giebt es jedoch eine ganze Reihe von Gemeinden, in denen noch Löhne von weniger als 3 M. pro Tag gezahlt werden. Aus dem umfangreichen Zahlenmaterial, das Rombert zusammengetragen hat, ergibt sich, daß es wohl überall Arbeiter giebt, die einen auskömmlichen Lohn erhalten, daß ihnen aber die große Zahl derer gegenübersteht, bei denen auch gar keine Rede davon sein kann, daß ihr Lohn zu einer einigermaßen angemessenen Lebenshaltung genügt. Kein Wunder, daß die Erwerbsthätigkeit der Frauen und Kinder von städtischen Arbeitern einen großen Umfang angenommen hat!

Die Untersuchungen von Rombert beweisen, daß die thätigen Verhältnisse der städtischen Arbeiter noch vielfach verbesserungsbedürftig sind. Und dabei sind diejenigen Städte, die socialpolitisch am rückständigsten sind, noch nicht einmal in den Untersuchungen berücksichtigt, weil sie keine Erhebungen über die Lage ihrer Arbeiter veröffentlicht haben, weil in ihren Verwaltungsberichten nichts darüber zu finden ist und weil der Verfasser, wenn er sich um direkte Auskunft an sie wandte, entweder einen ablehnenden Bescheid oder überhaupt keine Antwort erhielt.

Daß in einzelnen Gemeinden auf dem Gebiete der städtischen Arbeiterpolitik schon recht beachtenswerte Erfolge zu verzeichnen sind, läßt sich nicht leugnen. Den Anstoß dazu haben die socialdemokratischen Gemeindevertreter gegeben. Die städtischen Arbeiter sollten daraus die Lehre ziehen, daß es in ihrem eignen Interesse liegt, für die Stärkung der socialdemokratischen Fraktionen in den Stadtparlamenten zu sorgen. Maßregelungen wegen ihrer Stimmenabgabe für einen Socialdemokraten werden sie um so weniger zu befürchten haben, wenn sie gleichzeitig ihrer gewerkschaftlichen Organisation zu immer größerer Macht und immer größerem Ansehen verhelfen.

## Politische Ueberblick.

Berlin, den 11. September.

**Die Abschüttelung der Agrarjakobiner**  
 versucht auch die „konservative Korrespondenz“. Sie citirt die unflätigeren Drohungen des konservativen „Waterland“ und erklärt:

„Wir bedauern den Ton dieser Kundgebung auf das tiefste, da er den konservativen Anschauungen über Vaterlandsliebe und Königstreue vollkommen widerspricht. Ja selbst vom praktisch-politischen Gesichtspunkte aus ist im Interesse der Landwirte diese Kundgebung zu mißbilligen, da sie auf keinen Fall geeignet ist, die Bestrebungen der parlamentarischen Vertretung der konservativen Partei, behufs Erzielung eines höheren landwirtschaftlichen Zollschutzes, zu fördern und die Geneigtheit der verbündeten Regierungen zu einem Entgegenkommen über ihre Vorlage hinaus zu erhöhen.“

Die Leitung der konservativen Partei will also, wie sicher voranzugehen war, leider den Bucherhandel mit der Regierung fortsetzen und verwirft daher die Drohungen des „Waterland“ als ungeschickt.

Die „konservative Korrespondenz“ erwartet ferner, daß auch der Vorstand des konservativen Landesvereins in Sachen die Ausherrungen der Redaktion seines offiziellen Organs mißbilligen werde. Wir zweifeln nicht, daß dies geschehen wird. Die Redaktion des „Waterland“ hat unvorsichtig das Wesen des konservativen Monarchismus enthüllt, dessen Königstreue sich in Königstreu verwandelt, sobald die Monarchie die konservativen Forderungen verläßt. Die Abschüttelung der Unvorsichtigen ändert aber nicht das geringste an den wirklichen Bestrebungen der Agrarier.

Was aber geschieht mit der Redaktion der „Deutschen Tageszeitung“, welche die jacobinische Umsturzstimmung des agrarischen Gefolges als unzweifelhafte Wahrheit zugegeben hat? Wollen die Königstreuen der konservativen Partei weiterhin mit Leuten gemeinsam arbeiten, die „den konservativen Anschauungen über Vaterlandsliebe und Königstreue“ so schamlos zuwiderhandeln? Ueberbergen die Konservativen die Verächter der Königstreue noch furchtbar in ihren Reihen, so erweisen sie damit selbst den Schwindeln ihrer eignen Königstreue. Wollen sie sich vor diesem Schwindel retten, so müssen sie sich schon entschließen, ihrem „Bedauern“ ernstlichere Maßnahmen folgen zu lassen! —

## Die Voereunkonferenz mit Chamberlain.

Die Konferenz der Voereungenerale mit Chamberlain, über die wir gestern bereits nach der offiziellen englischen Mitteilung berichteten, ist ohne eigentlich greifbares Resultat verlaufen.

\*) Die deutschen Stadtgemeinden und ihre Arbeiter. J. G. Cotta, Stuttgart und Berlin 1902. Preis 6 Mark.

Chamberlain hat für keine einzige der zahlreichen Voerensforderungen eine Erfüllung in bestimmter Aussicht gestellt, er hat sich damit begnügt, eine „Politik des Verzwehens und Vergeßens“ zu proklamieren, bei der beide Teile ihre Rechnung fänden. Die Voerensgenerale sollen sehr unzufrieden abgereist sein, und die deutsche anglophobe Presse ist der Ansicht, daß England unvorrichtigerweise den Augenblick veräußert habe, seinen Frieden mit den Voeren zu machen. Der objektive Beurteiler wird indes zugestehen müssen, daß England nach Lage der Dinge im großen und ganzen gar nicht anders handeln konnte, als es gehandelt hat. Auch legt es einen hohen Grad politischer Reife bei den Voerensgeneralen voraus, anzunehmen, daß sie selbst an der Erfüllung ihrer Forderungen geknagert hätten. Daß sie von England herauszufinden suchten, was nur irgend zu erlangen war, war ihr gutes Recht, sogar ihre Pflicht; andererseits aber kann man es England, mag man seine südafrikanische Raubpolitik noch so scharf verurteilen, nicht verdenken, wenn es als Sieger dem Besiegten die ihm opportunität erscheinenden Bedingungen diktiert. Eine Gewährung der Voerensforderungen hätte die völlige Preisgabe der für England so ungeheuer opferreichen Kräfte bedeutet, und ob diese Politik der völligen Abkürzung ihrer politischen Ziele getragen hätte, ist jedenfalls zweifelhaft. England ist, und wohl mit Recht, zu wenig von der Aufrichtigkeit und Loyalität seiner neuen Unterthanen überzeugt, als daß es einzuweisen die Machtmittel des Eroberers aus der Hand legen möchte.

Die Voerensführer forderten bekanntlich die Zulassung aller Kriegsgefangenen ohne vorherige Ablegung eines Treueides, die Wiedereinsetzung familiärer ehemaliger Beamten der beiden Republiken — Forderungen, auf die sich begreiflicherweise England nicht einlassen konnte. Diskutabler erscheint die Forderung der Gewährung gleicher politischer Rechte an die Bürger, wie die Engländer, deren Verwahrung von Chamberlain denn auch für eine nicht allzu ferne Zeit in Aussicht gestellt wurde. Auch über die Forderung der finanziellen Entschädigung für alle Verluste des Krieges und alle von den Republikanern während des Krieges kontrahierten Verpflichtungen dürfte England noch mit sich verhandeln und wenigstens zu einigen Konzessionen sich bereit finden lassen. Eine Hauptforderung der Voeren war die der Amnestie für sämtliche während des Krieges Verurteilten, in erster Linie auch für die Bürger der Kapkolonie. Wie die Voerensgenerale beteuerten, war ihnen eine derartige Amnestie während der Friedensverhandlungen von Milner und Kitchener in so sichere Aussicht gestellt worden, daß sie ihrem Erstaunen darüber Ausdruck gaben, daß diese Forderung der britischen Friedensunterhändler nicht bereits durch die Kronungsfeier erfüllt worden sei. Chamberlain erklärte dieser Beschwerde gegenüber, daß eine solche Amnestie deshalb nicht erfolgt sei, weil man den „ehelichen Väter“ der südafrikanischen Regierungen nicht zubilligen wolle. Chamberlain stellte ferner wenigstens die „Nachprüfung“ einzelner Verurteilungen in Aussicht. In der That läge es sehr im Interesse einer Verständigung, daß England in irgend einer Weise eine vollständige Amnestie erliege, umso mehr, als die Standgerichte in Südafrika skandalös gehandelt haben.

Wenn Chamberlain in den Verhandlungen erklärte, England habe durch seinen Friedensschluß eine „Großtat ohne Gleichen“ bewiesen, so hat das gewiß einen eigenartigen Geschmack. Immerhin haben unsere altdeutschen Väter, die sich so sehr für die Polen- und Dänenvergewaltigung begeisterten, zu allererst Ursache, sich über Englands Südafrikapolitik zu äußern. England besitzt viel zu viel politische Einsicht, um in Südafrika jenes System der nationalen Unterdrückung und Ghilianierung zu etablieren, das in Deutschland gegenüber Staatsbürgern fremder Nationalität ja schon seit Jahrhunderten geübt wird. —

## Deutsches Reich.

### Die Fleischnot.

Die Regierungen verharren angesichts der schweren Fleischnot in vollkommener Unthätigkeit. Die zahllosen Gesuche um Aufhebung der Grenzsperrung prallen wirkungslos an der agrarischen Panzerung der „Staatsmänner“ ab, deren Junkerwut alles Volkswohl nicht ist. Die einzige Regierung, von der überhaupt eine Beschäftigung mit der brennenden Frage bekannt wird, ist die bagrische. Sie ist im Begriffe, eine Enquete über die jetzigen Fleischpreise zu veranstalten. Diese Enquete erstreckt sich auf die Erhöhung der Fleischpreise während der letzten Monate sowie auf den Mangel der Schlachtungen, deren Ergebnisse innerhalb fünf Tagen mitgeteilt werden sollen. Eine zweite Enquete soll den Fleischbedarf der einzelnen Orte, die Herkunft des zugeführten Viehs und die Einrichtungen von Viehhöfen und Schlachthäusern ermitteln. Daß mit bloßen Enqueten nichts getan ist, bedarf nicht der Erörterung. Die Not ist zu offenbar und zu schwer, als daß man die Zeit mit allerlei Erhebungen verschwenden darf.

Man müßte dieses Verhalten der Regierungen als ungeheuerlich und unbegreiflich bezeichnen, wenn nicht die Schuld daran schließlich gerade denjenigen Bevölkerungsteilen aufzuhängen wäre, die jetzt am schwersten leiden und klagen, aber, wenn es gilt, die Forderungen des Volkswohls bei Wahlen zu vertreten. Vertreter in die Parlamente entsenden, auf die sich die Regierung stützen und verlassen kann. Hoffentlich nicht die jetzige Vergewaltigung der breitesten Volksschichten durch die Interessen der agrarischen Wähler, sondern daß bei den künftigen Wahlen diese selbstverständliche Politik großer Volksschichten ein Ende findet.

**Hofst. 1. 2., 10. September.** (Fig. Ver.) Die Stadtverordnetenversammlung stimmte heute mit 18 gegen 7 Stimmen dem Dringlichkeitsantrag der sozialdemokratischen Stadtverordneten zu, der den Magistrat auffordert, mit der Versammlung gemeinsam beim Land- und Wirtschaftsminister die Aufhebung der Grenzsperrung für Vieh zu verlangen. Es haben acht bürgerliche Stadtverordnete für den Antrag gestimmt, während seiner Zeit für den Protest gegen die Erhöhung der Getreidezölle nicht eine Stimme der Vorkämpfer zu haben war. Der Magistrat hielt sich in Schweigen.

**Breslau, 10. September.** (Fig. Ver.) Die hiesige Fleischnot beschloß in einer Versammlung eine Erhöhung der Preise für einzelne Fleischstücke, Äuße, Flet, Koteletts, vorzunehmen. Die übrigen Stücke sind nämlich schon am 6 und 10 Pf. in den letzten Tagen gestiegen. Die Versammlung erludt den Reichsanwalt, der Stadt Breslau die ausnahmsweise Einfuhr von Schweinen und Rindvieh zu gestatten, so lange der Preis für 1 Centner Lebensgewicht für Schweine 42 M. für Rindvieh 32 M. übersteigt. — Die Sozialdemokraten haben eine große Preisverversammlung gegen die Grenzsperrung und die städtische Schlachtsteuer für Montag, den 15. September, einberufen. —

**Erhebungen über den Arbeitsmarkt.** Die Minister des Innern und für Handel und Gewerbe wünschen im Anschluß an die im November v. J. über die Lage des Arbeitsmarktes angestellten Erhebungen vor Eintritt des Winters über die augenblicklichen Verhältnisse des Arbeitsmarktes unterrichtet zu werden. Ein bezüglicher Erlass ist an die Regierung, Präsidenten gerichtet worden, und diese haben die Landräte ihres Bezirkes die Bürgermeister der größeren

Städte, die Handelskammern, die Gewerbe-Inspektoren um Anweisung ersucht. Insbesondere soll darauf geachtet werden, ob und in welchen Industriezweigen inzwischen Arbeiterentlassungen eingetreten oder infolge des Arbeitsmangels Feiertage oder Kürzungen der täglichen Arbeitszeit eingeführt seien und ob eine Zunahme oder Abnahme der Arbeitslosigkeit für den kommenden Winter im Vergleich zum Vorjahre zu gewärtigen sei. Weiter soll erörtert werden, ob und inwieweit etwa in günstigerer Lage befindliche Industrien in der Lage sein würden, den aus anderen wegen Arbeitsmangels ausscheidenden Arbeitern Beschäftigung zu gewähren und welche Maßnahmen von den Gemeinde- und weiteren Kommunalverbänden sowie von den Arbeitgebern in Staats- und Privatbetrieben, von Vereinen und Privatpersonen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ergriffen worden seien.

Zu einer gründlichen Arbeitslosenstatistik kann sich freilich die Regierung nicht entschließen, geschweige denn zu ernsthaften Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit. Man verspricht die Zeit mit Enqueten höchst zweifelhafter Art, damit es scheine, als sei etwas gethan. Thatsächlich verfährt man gegenüber den Leiden der Arbeitslosigkeit in der Gleichgültigkeit der Saiten. —

### Streikverhütung im Eisenbahnbetrieb.

Bekanntlich hatten kürzlich eine Anzahl Eisenbahnarbeiter (Mangierer) in Kottbus die Arbeit niedergelegt. Der Streik ist aber bald wieder beigelegt worden, nachdem die Eisenbahn-Verwaltung Ersatzkräfte aus Berlin herangezogen hatte. Unter Hinweis auf diesen Vorgang hat das Berliner Agitationskomitee des Verbandes der Eisenbahner Deutschlands im „Vorwärts“ einen Aufruf erlassen, der die Eisenbahner an ihre Organisationspflicht mahlt.

Dieser Aufruf hat vorläufig die Wirkung erzielt, daß mehrere bürgerliche Blätter — sowohl konservative wie liberale — in langen Betrachtungen die Möglichkeit eines Eisenbahner-Streiks besprechen. Heute ist es die „Krenz-Ztg.“ und das „Berl. Tagebl.“, welche sich mit dieser Angelegenheit beschäftigen, und zwar in einer Weise, als ob ein Generalstreik aller Eisenbahner in naher Aussicht stünde und der gesamte Betrieb der Eisenbahnen Deutschlands eingestellt werden sollte. Diese Furcht vor einem Eisenbahner-Streik entspringt wohl dem Bewußtsein, daß Stoff zur Unzufriedenheit unter den Eisenbahnern in großer Menge vorhanden ist, dem einerseits sind die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter in der That äußerst elende, und andererseits verweigert die Eisenbahnverwaltung den in ihren Betrieben beschäftigten Arbeitern beharrlich das Koalitionsrecht, auf das sie, gleich andern Arbeitern, ein gutes Recht haben. Ging doch erst kürzlich eine Kadrikt durch die Blätter, der zufolge der jetzige Eisenbahnminister bezüglich der Organisation der Eisenbahnarbeiter denselben schroff ablehnenden Standpunkt einnehme, auf dem sein Vorgänger gestanden hat. Wenn also Blätter, welche diese Haltung der Eisenbahnverwaltung billigen, sich vor einem Streik fürchten und teils scharfmacherische, teils vordringende Maßnahmen vorschlagen, so ist es nur das böse Gewissen, welches diese Furcht diktiert.

Wir möchten den Leuten, die, um die schweren Folgen eines Eisenbahner-Streiks zu vermeiden, kein anderes Mittel wissen wie brutale Unterdrückungsmaßnahmen, ein besseres, und durchaus wirksames Mittel vorschlagen: Die Verwaltung möge die Eisenbahnarbeiter in der Ausübung ihres Koalitionsrechts nicht hindern, sie möge die Organisation der Arbeiter anerkennen, vorkommenden Falles mit derselben über Lohn- und Arbeitsbedingungen verhandeln und die Wünsche und Beschwerden der Arbeiter auf feblliche Weise zu regeln suchen. Anerkennung und Achtung der Arbeiterorganisation, das ist das beste Mittel Streiks zu verhüten! —

**Vom brandenburgisch-potsdamer Manöververtrage** kommen die allerbegreiflichsten Nachrichten. Nach einem heutigen Manöverbericht von Fr. Slowcomand in der „Berliner Morgen-Zeitung“ beglücken die kommandierenden Generale der Preise bereits mit den wirklichen kommandierenden Generalen und ihren Stäben, ja selbst den „Fürstlichkeiten“ fast zu fraternisieren. Man höre nur: „Um 1/2 1/2 Uhr fuhr unser Erziehung mit den Fürstlichkeiten und fremden Offizieren ab. Zwischen uns und Schlachtenbummlern und den Herrschaften hat sich bereits ein Gräßenmoment herausgebildet. Wir haben es schon vorausgesehen, daß alle diese Offiziere ausgezeichnete Weisheit und guten Anstand geben... Unmöglich ist auch die Verehrlichkeit der Herrschaften, sich fotografieren zu lassen. Sie halten geduldig still, wenn einer der Männer seinen Kasten vor ihnen aufbaut und lassen es sich sogar gefallen, daß er ihre Stellung vorher korrigiert. Das „Bitte, recht freundlich!“ ist also hier überflüssig. Welcher Stolz, daß man mit den „Herrlichkeiten“ einen Erziehung gemeinsam hat! Welche offensichtliche Gegenüberstellung: hier bloß „Schlachtenbummler“ und „Männer“, dort immer „die Herrschaften!“ Welche Bemerkung, auf Grund der wir ihnen zu stehen! Und dabei wird dieser „Gräßen“ verächtlich in nichts weiter bestehen, als daß jene Herrschaften in Uniform den Begehler flüchtig an den Helm fähren, wenn die kommandierenden Generale der Preise und ihre Adjutanten mit gezogenem Hut und in gebührender Haltung fragend und bittend vor sie treten! Welch ein Schwarzbild auch, daß man schon herausgefunden, wie viel besser jene uniformierten Herren über die Phalanx der „Schlacht“ Bescheid wissen als das arme Zivilgesindel, trotz des täglichen Empfangs von Kriegsaktentrationen! Und nun gar die Freude über die Herrschaften, sich fotografieren zu lassen! Kein, so freundlich, so herzlich, so unheimlich und uninteressant! Nicht einmal die Aussicht, mit ganzer Kriegsmachtmäßig ausgerüsteter Figur in die Zeitungen zu kommen, läßt sie davon ab! Diese Manöververträge werden in der That jenen „Männern“ der bürgerlichen Preise unendlich sein, während die „Herrschaften“ ihrer schon morgen vergessen haben! —

### Todesmärke und sein Ende.

Dem „Tageblatt für Reichow“ entnehmen wir folgende Meldung aus Reichow:

Die große Dürre am Donnerstag hat bei den Soldaten unseres Regiments, die sich im Manöver befinden, große Opfer gefordert. Im Gelände zwischen Delitzsch und Bitterfeld, wo das Manöver zwischen dem 9. und 10. stattfand, hatte das 9. Regiment erreicht, bevor es in das Gefecht eintrat, den weiten Weg von Gräßenhainchen, wo es die letzte Nacht im Quartier gewesen war, bis Delitzsch zurückgelegt. **Drei Mann** wurden vom Hirschschlag getroffen; davon sind **zwei Mann** gestorben, zwei liegen ohne Bestimmung daneben. Außerdem wurde ein Artillerist von einem Geschütz überfahren und erlitt sehr schwere Verletzungen. Abends bezog das 1. und 2. Bataillon der 3. Reserve in Delitzsch. Das 3. Bataillon lag in der Nähe im Bivouac. Die 10er lag in den Defensen zwischen Delitzsch und Halle einquartiert. Ob die Verstorbenen unserem Bataillon angehören, ist aus der Meldung nicht ersichtlich.

Ferner meldet das Halberstädter „Intellig.“: „Der zweite, infolge Hirschschlage bei dem Manöver gestorbene Soldat unseres Infanterie-Regiments ist der als Refektwirt eingesetzte Schneider Emil Schulze aus Oschersleben. Er war, wie das „Oberschl.“ schreibt, seit einigen Jahren beim Schneidermeister Altingenberg dort in Stellung und gedachte nach seiner Entlassung zu heiraten. Die im Kreise Pyritz lebenden Angehörigen wurden vom Regiment telegraphisch von dem Unglücksfall in Kenntnis gesetzt, um noch rechtzeitig zu der in Halle stattgefundenen Beerdigung kommen zu können.“ Die militärische Notwendigkeit solcher Todesmärke dürfte schwerlich nachzuweisen sein! —

### Centrums-Verlegenheiten.

In seinem Wahlkreise Aachen-Land, in Eupen, hatte der Reichstags-Abgeordnete, Kaplan und Zeitungsverleger Taddach dieser Tage eine Versammlung mit seinen Wählern. Man besahe sich hauptsächlich mit dem Polittarif. Der Abgeordnete fand eine entschiedene Opposition gegen die Erhöhung der Lebensmittelzölle, aber nur vereinzelten Beifall. Die wurde er durch **Gelehrter und spätere Zwischenrufe** unterbrochen. Die Besucher waren meist Kleinbauern und Kleinhandwerker aus der Stadt und der Umgegend; die Arbeiter waren weniger stark vertreten. Bemerkenswert ist, daß die Gegner der Zollerhöhung meistens Arbeiter der dort stark vertretenen Textil-Industrie, und zwar Mitglieder der **christlichen Gewerkschaft** waren. Sie brachten ihre Einwendungen sehr sachlich und überzeugend zum Ausdruck, und die Versammlung stimmte ihnen durch großen Beifall zu. Herr Taddach beschränkte die Streikzollerhöhung auf 5-8 M. und einen hohen Zollfuß auf künstliche Werkstoffe. Auf welcher Höhe die Taddachischen Ausführungen standen, mag man daran erkennen, daß er den Wählern, denen schon jetzt die Nacht in Voraussicht der Zollerhöhung geistert wurde, empfahl, in eine andere Gegend zu ziehen, wo eine solche Steigerung nicht stattfinden würde. Großes Gelächter und lebhafter Widerspruch lobten die Wahrheit des sonst so laubigen Geschäftsmannes. Als ihm die katholischen Textilarbeiter entgegenhielten, daß sie bei ihren Hungerlöhnen keine Lebensmittelsteigerung ertragen könnten, wunderte sich Herr Taddach, daß sie nicht längst ihr Bündel gepackelt hätten, um in besser zahlende Gegenden zu ziehen, da die Emporer Leber allerding mit 12 M. Wochenlohn nicht auskommen könnten. Auch hier wieder zeigte schallendes Gelächter dem großen Centrums-Socialpolitiker, wie seine Ratschläge gewertet wurden. Eine ganze Anzahl katholischer Textilarbeiter traten dem Abgeordneten entgegen. Sie forderten unter anderem auch das Koalitionsrecht für die landlichen Arbeiter. Herr Taddach suchte ihnen vergeblich begründlich zu machen, daß diese ohne das Koalitionsrecht auskommen könnten. Auch der Abgeordnete Grand-Roy meinte, daß es nicht so leicht sei, den Landarbeitern das Koalitionsrecht zu gewähren; nach Centrumsart stellte er zur Beschwichtigung der Unzufriedenen dieses Recht in ferne Aussicht. Der Rittergutsbesitzer meinte nämlich: „mit der Zeit“ müsse den landlichen Arbeitern das Koalitionsrecht doch gewährt werden. Wie gesagt, fanden die Zollerhöhung nur geringe Sympathie, während die zahlreich aufgetretenen Gegner mit lebhaftem Beifall Beifall wurden. Schließlich suchten die Centrumsführer ihre Schlappe durch die übliche Begründung gegen „die Feinde der Kirche“ zu mildern. Sie werden selbst erkennen, daß auch dieses Mittel an der Thatsache ihrer unchristlichen Wählerpolitik nicht lange mehr zu nützen vermag. —

### Streikbrecher-moral im Centrum.

Der Centrumpresse ist auf der katholischen Versammlung in Mannheim soeben von den geistlichen und weltlichen Würdenträgern der katholischen Kirche ein glänzendes Zeugnis für ihre Leistungen, in erster Linie selbstverständlich auf dem Gebiete der katholischen Moral, ausgestellt worden. Wie aber die Centrumpresse die „moralische“ Erziehung der katholischen Arbeiter betreibt, bezeugt eine „Slitze von G. Strahburger“, die mit der Ueberschrift „Der Streikbrecher“ in der „Badener Zeitung“ erschienen ist.

Die „Slitze“ schildert den Kampf, den ein streikbrecher Arbeiter zu bestehen hat, bis er sich in der „moralischen“ Höhe eines Streikbrechers emporgearbeitet hat. Dieser verdienstvollen Arbeit hat sich Herr Strahburger — offenbar das beschriebene Pseudonym eines berühmten katholischen Moralphilosophen — mit der ganzen Kraft seiner moralischen Anschauung hingegeben, stets geleitet von dem ersten Gebot jeder Moral: der strengsten Wahrhaftigkeit gegen Freund und Feind.

Seinen „Helden“ hat er mitten aus dem Arbeiterleben herausgeholt; er ist einer aus der großen Masse der Arbeiter, die sich ihr „Glück“ ... mit Gottes Hilfe ... so schön aufgedaut“ haben. „Weißt Du noch“, fragt ihn seine Frau, „wie Du, arm und mittellos, Aufnahme fandest in der Fabrik. Wie freustest Du Dich über den geringen Verdienst. Du warst damals nur ein Tagelöhner, nach und nach aber zog man Dich heran zu den Maschinen und schließlich warst Du einer der besten Arbeiter. Güte und Wohlwollen brachte man Dir allezeit entgegen ... Dein Verdienst wuchs von Jahr zu Jahr ... und Du hütest dich noch mehr erhalten.“ — Hier haben es endlich einmal die Arbeiter schwarz auf weiß, wie herrlich bei ihnen alles zugeht.

Und woher kommen trotzdem die Streiks? Auch darüber giebt die modernere Frau, die offenbar einen moralischen gebildeten Weiswarter hat, uns genaue Auskunft. „Da aber“, fährt sie fort, „geriebst Du in die Reihe jener Menschen, die sich auflehnen gegen Gott und seine Gebote ... Wie schön lauten die Worte „Streik für die Arbeiterinteressen“. „Cyber zum Wohle der Arbeiter“, die jene sozialdemokratischen Führer von der Vierband Euch zürnen. Und welches Opfer bringen sie, diese Maulhelden! Sie pflegen sich auf Eure Kosten und wenn sie Euch in den Morast geföhrt, dann lassen sie Euch elend verkommen. Was man Euch giebt als Streikunterstützung, was ist es anders als Sündengeld, Geld für die Aneipen.“ Dies ist zwar keine neue Entdeckung, sie ist vielmehr sogar der hohen Polizei schon seit geraumer Zeit bekannt, aber sie leuchtet unsre „Helden“ so ein, daß er seiner Frau kein Wort darauf erwidern kann. Rabgreiflicher Weise will er aber noch immer nicht Streikbrecher werden, er läuft vielmehr in die — Aneipe zur Streikversammlung.

Nach der Versammlung war dem „Helden“ so seltsam zu Mute. Zwar waren die sozialdemokratischen Führer „wichtig“ gegen das Unternehmertum losgezogen“ und hatten „hinneyposant“, daß die Streikenden doch endlich siegen müssen. Zum Schlusse war aber verhandelt worden, daß die Streikenden, die unverheiratet sind, anderswärts Arbeit suchen und die Streikunterstützungen herabgesetzt werden sollen. Die verminderte Streikunterstützung will ihm gar nicht gefallen. Als er von dem Fabrikanten mit einem „geringen Verdienst“ abgepeist worden war, hat er sich damit nicht nur zufrieden gegeben, sondern sich sogar, wie uns oben seine Frau erzählt, darüber gar gewaltig gefreut. An die Streikunterstützung dagegen stellt er ganz andere Anforderungen. Die Verfürzung der Streikunterstützung wirkt mehr auf ihn, als selbst die „moralischen“ Aneipen seiner Frau, sie bringt ihn sofort auf den Gedanken, Streikbrecher zu werden. Aber er ist ja ein „Held“, er lämpft wider gegen diesen Gedanken: „Nein, eher sollten Weib und Kind zu Grunde gehen, als er ein Streikbrecher werden.“

Inzwischen hatte er unbewußt den Weg zur Fabrik, seiner früheren Arbeitshütte, eingeschlagen. „Hier lag das große Gebäude; hier hatte er so oft des Tages Last und Mühen getragen, aber dort auch viele schöne Stunden erlebt. Welch hohes Gefühl der Freude erfüllte ihn, wenn er nach vollbrachten Tagewerk nach Hause eilte zu Frau und Kind! Wenn's doch wieder so wäre! Und heute — Gleich und Rot! Nein, es durfte nicht sein! Nachts entschlossen trat der Arbeiter in das Thor der Fabrik ein.“ Er war Streikbrecher geworden, Frau und Kind mochten zu Grunde gehen, dieser Gedanke überwallte ihn nicht; aber der Lohndes „großen Gebäudes“, der Teilnahme an die „viele schöne Stunden“ in der Fabrik konnte er nicht widerstehen. Die Schutzmaß noch dem Glück, für keinen Fabrikanten sich abradern zu können, sie ist es, die sein besseres Ich erweckt, die ihn aus den Krallen der Sozialdemokratie befreit.

Jetzt zeigt sich auch seine Heldenhochzeit im hellsten Lichte: „So ist er zur Fabrik ginn, paktien ihm den Streikende und Worte wie „Streikbrecher“, „Verräter“ und „Bestimmungsstump“ waren nicht Seltenes. Ruhig aber schritt der Arbeiter seines Weges.“ Ja, er beweist sogar den Streikenden die ganze sittliche Höhe seines Streikbrecher-Herzens. Denn nachdem der Streik verloren war, bittet er seinen „Chef“ um Arbeit für die Streikenden. Dem „Wohlfahrer“ denn auch der brave „Ubel“ gern, wobei er dem Streikbrecher die Versicherung giebt: „Für Sie selbst aber ist es eine Ehre, wenn man Sie auch ferner nennt: Der Streikbrecher!“ Die Slitze des Herrn Strahburger ist also nichts als eine Verherrlichung des Streikbrüchens; ihre „Moral“ kommt darauf hinaus,

daß die Arbeiter ihre Glanz in der Arbeit für ihren Fabrikanten finden müssen und deshalb ihrem Herrn Dankbarkeit und Gehorsam das ganze Leben hindurch schuldig sind. Diese Sklavemoral hält die Centralpresse den Arbeitern als Ideal vor und dazu möchte sie ihre Gläubigen erziehen. Das ist in Wahrheit die sittliche Aufgabe der Centralpresse. Wie lange noch werden sich die katholischen Arbeiter durch eine solche „Moral“ zu willenlosen Werkzeugen in den Händen ihrer Ausbeuter herabwürdigen lassen? —

**Ausland.**

**Rußland bleibt in der Mandchurie!**

Aus Peking wird von dem „Neuerischen Bureau“ gemeldet: Nach aus der Mandchurie eingelaufenen Nachrichten machen die Russen keine sichtbaren Anstalten, den südwestlichen Teil der Provinz Mukden innerhalb der im russisch-chinesischen Vertrag festgesetzten Zeit von sechs Monaten zu verlassen. Eine große Menge russischer Truppen und Einwanderer kommt mit der sibirischen Bahn in das Land, verläßt dasselbe aber nicht wieder. Der in der Mandchurie befehligende russische General setzte den russischen Befehlshaber in Peking, Leflar, davon in Kenntnis, daß die chinesische Regierung englische Beamte, welche dem Kaiserlichen Postdienst angehören, zur Wiederaufnahme des Postdienstes entsende. Der General erhebt gegen die Anwesenheit von Fremden in der Mandchurie während der Dauer der militärischen Besetzung Einspruch. Leflar riet ihm daraufhin, sie summarisch auszuweisen.

Mit dieser Nachricht stimmt die Tendenz eines Artikels überein, den die „Petersburger Zig.“ das Organ des Fürsten Uchtomsky über die Mandchurienfrage veröffentlicht. In diesem Artikel wird erklärt, daß Rußland zu seinem Bedauern die Bestimmungen des mit China abgeschlossenen Mandchurievertrages zu erfüllen nicht in der Lage sei. Die Pacification der Mandchurie werde nämlich noch viele Jahre erfordern, und selbst wenn diese erreicht sein wird, so werde Rußland noch immer durch vom rechten Anrufer kommende Banden bedroht werden. Das rechte Anrufer mähle daher in Besitz Rußlands bleiben, und Rußland könne die Ansiedelung von Chinesen und Mandchus nur in einer gewissen Entfernung vom Fluße dulden. Alle Unruhen, welche überdies in China ausbrechen, ankerten ihre Nidwichtung in der Mandchurie. Unter solchen Umständen sei das Petersburger Kabinett gezwungen, eine starke „Schutzwehr“ gegen Gefahren zu errichten, die um so größer seien, als es in Zukunft auch die beiden Verbündeten Japan und England gegen sich haben werde. —

**Franzreich.**

**Der bretonische Aufstand in zweiter Auflage.**

Die Bauern der Bretagne gehen sich noch immer nicht zufrieden, und wenn die Regierung nicht ganz energisch eingreift, wird bald eine zweite Auflage der August-Revolution zu verzeichnen sein. In Saint Mées, Lesneven und Landerneau sind die Siegel wieder abgerissen; in Landerneau haben die „Weißen Schwärmer“ das Pensionat Saint Julien wieder bezogen, und die Bauern haben beschlossen, wiederum auf Wache vor dasselbe zu ziehen. Beim ersten Signal, das gegeben wird, wollen sie wieder, wie am 6. August, sich zum Widerstand sammeln. Anfang dieser Woche begab sich der Regierungs-Kommissar Morecis nach Saint Mées, um die Siegel wieder anzuhängen; dabei teilte er den Bewohnern mit, daß, wenn die Siegel wieder entfernt würden, er dieselben durch Truppen werde bewachen lassen.

Die Feindseligkeit und Rücksichtslosigkeit der bretonischen Bauern wird von den Geistlichen in der schamlosesten Weise und mit den demagogischsten Mitteln benutzt, um der Durchführung der Gesehe Schwierigkeiten zu bereiten. Am vergangenen Sonntag wurde bei Lesneven auf offenem Felde die Messe gelesen; gegen 800 Geistliche der Umgegend waren erschienen und eine enorme Menschenmenge wohnte derselben bei. Ein Pfarrer predigte eine zum Widerstand anreizende Rede:

„Söhne der Revolution! Immer bereit die Religion zu verteidigen, haben die Bretoner gezeigt, daß sie Blut in den Adern haben. Man hat gesagt, daß wir vor allem Franzosen sein müßten, ehe wir Christen sind. Glauben die Freimaurer, daß wir in diesem Lande der Mäotzen und Soldaten Gott aus den Schulen verjagen und die Pfarrer auf das Schafot schicken lassen? Niemals werden wir solche Franzosen sein. Lieber die Kette und das Gefängnis, lieber den Tod.“

Der Bischof von Vrest war anwesend und sekundierte dem Redner. Schlämmer kann man wohl kaum den religiösen Fanatismus der Bauern anrufen. Freilich sind die Gendarmen und das Militär gegenüber den verheßten Bauern so äußerst nachsichtig, wie man nur wünschen könnte, daß sie es ruhig streikenden Arbeitern gegenüber wären, andernfalls wäre es längst zu ernstlichen Kämpfen gekommen.

In La Ferrière berief der Bürgermeister den Gemeinderat zusammen und protestierte gegen den Beschluß des Präsesen, betreffend Verweltlichung der Ortschulen. Der Bürgermeister ließ alsdann eine Gedendafel für die anscheidende Owerin, welche 24 Jahre hindurch der Schule vorgehanden hat, an der Front des Gemeindepauzes anbringen. Die Fahne auf dem Gemeindepauze wurde zum Zeichen der Trauer halbnast gehißt. Die gesamte Bevölkerung begleitete die Schwärmer nach dem Schloße des Herrn Mareuil, wo die letzteren beabsichtigen, eine Kinder-Verwahranstalt zu gründen. —

**Niederlande.**

**Troelstra in Sitzwahl.** Ein Privattelegramm aus Amsterdäm meldet uns: Bei der Erswahl zur Zweiten Kammer im D. Amsterdäm Wahlbezirk erzielten Genosse Troelstra 2049, der Merikale 1646, der Madikale 959 und der Liberale 884 Stimmen. Die Sitzwahl-Ausichten sind also günstig. — Bei der letzten Wahl war es den Gegnern gelungen, die Wiederwahl des Genossen Troelstra zu vereiteln; hoffentlich zieht er diesmal wieder siegreich ein. —

**Italien.**

**Socialistischer Wahlsieg.** In Potenza wurde der Abgeordnete Cecconi (Anepel) mit 646 gegen 455 Stimmen in den Provinzialrat gewählt. —

**Spanien.**

**Der Belagerungszustand in Barcelona** wird wahrscheinlich verlängert werden, da die Behörden der Stadt den Minister des Innern darum ersuchten. Zur Verstärkung der Gendarmen werden Truppen erwartet. Die Arbeiter arbeiten auf einigen Bauplänen. —

**England.**

**Von dem irischen Belagerungszustand.** Wie aus Dublin gemeldet wird, wurde gegen den Obersteuereintreiber des Plattes „Frish People“ wegen eines in dem genannten Platte veröffentlichten Artikels, in welchem den Bauern geraten wird, keine Steuern zu bezahlen, welche von den früheren Pächtern verlossen worden seien, ein gerichtliches Verfahren eingeleitet. —

**Rußland.**

**Die Meuterei in Batum.** Dem Leser werden noch die Meutereien erinnert sein, denen in diesem Frühjahr streikende Arbeiter in Batum zum Opfer fielen. (Siehe „Vorwärts“ Nr. 97.) Wie es in solchen Fällen üblich ist, wurde die Untersuchung nicht gegen die Mörder, die wehrlose Menschen niedergeschossen hatten, eingeleitet, sondern gegen die, deren ganzes Verbrechen darin bestand, hat, ein Stück Brot mehr verlangt zu haben. Die Untersuchung ist nun beendet und es werden gegen 40 Personen Anklage wegen Widerstandes gegen die Behörden erhoben. Die Untersuchung wurde gleichzeitig von den Zivil- und Militärbehörden geführt und

es ist festgestellt worden, daß in der frechsam dastehenden Menge nicht nur 13 Personen erschossen worden sind, wie die amtliche Bekanntmachung angegeben hat, sondern daß es etwa 30 Tote und 80 Verwundete gegeben hat. Der Direktor der Fabrik Rothschild, in der der Aufstand ausbrach, ist aus Batum geflüchtet, dem er war nicht mehr seines Lebens sicher. Er war es, der die Arbeiter durch Lohnbrüche und Strafgebeln in das Unglück trieb. Die Untersuchung hat aufgedeckt, daß den Befehl zu schießen, die Hilfe des Militär-gouverneurs und der Kommandierende der Abteilung zu gleicher Zeit gegeben haben. Der Befehl des Gouverneurs will aber befohlen haben, in die Luft zu schießen, er wüßte die Schuld auf den Offizier ab. Der Offizier seinerseits hat zugeben müssen, daß das Kommando zu schießen von ihm gegeben worden sei, ohne daß die Menge vorurteilsmäßig gerammt worden wäre. Die Landgenossen des Offiziers, er ist ein Kurier Namens Antafse, haben ihm aus Nahe sein Haus in die Luft gesprengt und seine Familie hat sich nur mit knapper Not retten können. —

**Asien.**

**Japanisch-Chinesische Annäherung.** Aus Yokohama wird gemeldet: Bei einem von dem Minister des Auswärtigen veranstalteten Festmahl rühmte der chinesische Prinz Tsai-tsun, der China bei der Krönung Königs Edwards vertreten hat, das Verhalten Japans während der Krise von 1900; er hob hervor, daß Japan und China durch enge Bande verknüpft seien, und sagte, er sei überzeugt, daß beide Nationen in Zukunft zusammengehen und ihre Bemühungen vereinigen würden, um Asiens Wohlstand wiederherzustellen. —

**Amerika.**

**Erfolge der kolumbischen Insurgenten.** Dem „Daily Telegraph“ wird aus Kingston auf Jamaica gelobt: In Jamaica eingetroffene Dampfer berichten, daß in Kolumbien zwischen Regierungstruppen und Aufständischen schwere Kämpfe stattgefunden haben. Die Aufständischen griffen am 6. September die Stadt Santa Marta an der Nordwestküste der Halbinsel Gooaira im Karibischen Meer an, wobei sie ein Geschütz mit den Regierungstruppen hatten, die gegen 100 Tote verloren. Der deutsche Dampfer „Valencia“, der am 3. September von Santa Marta abging, berichtet, daß die Aufständischen zu dieser Zeit gegen die Stadt vordrängen. Die Häuser in der nächsten Umgebung der Stadt standen bereits in Flammen. Die Regierungstruppen seien nicht im stande, das Vordringen der Rebellen zu bremsen. Die Einnahme der Stadt Santa Marta durch die Aufständischen werde befürchtet.

Ueber das Geschütz bei Santa Marta (Venezuela) wird weiter aus Kingston berichtet: Die Aufständischen überwalligten die Regierungstruppen, welche sich zurückzogen und besetzten am Sonnabend Banana und den Senaga-Distrikt, zerstörten die Eisenbahn und setzten, als die „Valencia“ am Montag in See ging, ihren Vortritt fort. —

**Juristentag.**

Am Donnerstag fanden nur Abteilungs-Sitzungen statt. In der Abteilung für Strafrecht gelangte zunächst die Frage

„Welche Maßregeln empfehlen sich für die rechtliche Behandlung der Ringe oder Kartelle?“

Professor Dr. Wenzel-Wien erklärte, er sei durchaus nicht für Unterdrückung der Kartelle, er erachte es aber im volkswirtschaftlichen Interesse für notwendig, die Kartelle unter Staatsaufsicht zu stellen. Diese Forderung würde eine Abänderung der wirtschaftlichen Gesetzgebung notwendig machen. Der Staat sei verpflichtet, von öffentlichen und Privatkorporationen im öffentlichen Interesse Kartellen zu verlangen. Man verweise vielfach auf die großen amerikanischen Trusts. Allein mit diesen sei bedingend ignorer fertig zu werden, als mit den vielen Kartellen. Der Redner empfiehlt schließlich folgenden Antrag:

1. Der Deutsche Juristentag spricht seine Ueberzeugung dahin aus, daß für eine gesetzliche Regelung der Industriekartelle vorerst empfohlen wird die Einführung öffentlicher Kartellregister und der Statuierung einer Anstaltspflicht gegenüber der Staatsverwaltung von seiten der kartellierten Unternehmer, ihrer Organe und Kommissarier; 2. der Juristentag erklärt eine Reform der Gesetzgebung über die wirtschaftlichen Korporationen, insbesondere die Aktiengesellschaften in der Richtung für wünschenswert, daß der Staatsverwaltung diesen Körperschaften gegenüber die Wahrung öffentlicher Interessen ermöglicht werde.“ (Verboster Beifall.)

Landgerichts-Präsident Rentwich-Gleitwig: Er löste den Vorsitz des Vordröners nicht beizulassen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen würden Ausnahmefälle bedeuten, man habe aber mit Ausnahmefällen bekanntlich sehr schlechte Erfahrungen gemacht. Er verweise nicht die Schädlichkeit der Kartelle gegenüber der Arbeiterschaft, ganz besonders aber betr. der Preisbildungen, man dürfe aber nicht außer acht lassen, daß Kartelle den natürlichen Anstöß der heutigen Wirtschaft bilden. Es werden ja bereits gegen die Unternehmer-Kartelle Arbeiter-Erdung-Vereine, Konsumvereine gebildet, staatliche Maßnahmen erachte er aber nicht für geboten. Man dürfe auch nicht außer acht lassen, daß die Kartelle sehr wesentlich zur Förderung von Industrie und Handel beitragen. Andererseits sei zu erwägen, daß die vorgeschlagenen Maßnahmen kaum die Schädlichkeit der Kartelle beseitigen dürften. Das vorgeschlagene Register werde meines Erachtens ebenso wenig einen praktischen Nutzen schaffen, wie das Vorkregister. Er könne also gesetzlichen Maßnahmen gegen die Kartelle nicht zustimmen. Sollte er sich aber geirrt haben, sollten die Preisberausbarungen durch die Kartelle nicht bloß vorübergehende, sondern dauernde sein, dann wäre der Staat im volkswirtschaftlichen Interesse verpflichtet, gegen die Kartelle einzuschreiten. In diesem Falle dürfte man aber nicht mit halben Maßregeln vorgehen, es müßte alsdann auf der Grundlage des Bachergesetzes gegen die Kartelle mit aller Strenge vorgegangen werden, um die wirtschaftlich Schwachen gegen die Ausbeutung seitens der wirtschaftlich Starken zu schützen. Wollte Gott, daß der Staat niemals in die Lage käme, beratene Maßregeln ergreifen zu müssen. (Verboster langanhaltender Beifall.)

Sektionchef Grellenz Dr. K. L. e. n. - Wien vom österreichischen Justizministerium führte aus: Man sei die Präventivmaßnahmen gegen die Presse glücklicherweise losgeworden, es wäre vollständig verfehlt, nummehr Präventivmaßnahmen gegen die Industrie schaffen zu wollen. (Aufse: Sehr richtig!) Er halte die Kartelle für eine naturgemäße wirtschaftliche Erscheinung, deshalb könne man dieselben nicht verbieten. Andererseits könne aber auch die Gesetzgebung die Hände nicht in den Schoß legen. Wenn die Kartelle in das soziale oder wirtschaftliche Leben störend eingreifen, dann sei es Pflicht der Gesetzgebung, einzugreifen. Er sei auch nicht für Ausnahmefälle. Wenn man den Kartellen etwas verbieten würde, was andren Unternehmern erlaubt sei, dann wäre das allerdings ein Ausnahmefälle. Er wolle aber keineswegs Repressionsmaßnahmen gegen die Kartelle, er wolle weder Bestimmungen zu ihren Gunsten noch zu ihren Ungunsten. Sobald aber die Kartelle in die soziale oder Wirtschaftsordnung, die die Grundlage jedes geordneten Staatswesens bilden, zum Nachteil der Gesellschaft störend eingreifen, dann sei der Staat verpflichtet, dagegen Abwehrmaßnahmen zu treffen. Er wolle also nicht Ausnahmefälle gegen die Kartelle, aber Stellung derselben unter das gemeine Recht.

Von Justizrat Dr. Simon, Berlin war inzwischen folgender Antrag eingegangen:

„Der Juristentag erachtet eine gesetzliche Regelung des Kartellwesens zur Zeit nicht für angebracht.“

Von Justizrat Dr. Bohens, Leipzig, Rechtsanwalt am Reichsgericht, wurde beantragt:

„Es empfiehlt sich überhaupt oder mit Beschränkungen gegenüber solchen Unternehmungen, welche thätiglich monopolistischer Natur sind, den Kontrahierungszwang einzuführen.“

Landgerichtsrat Kuleman, Braunschweig beifügte folgende Beiträge:

1. Das Wesen der Kartelle besteht darin, daß sie durch Ausschluß der Konkurrenz eine Erhöhung der Preise herbeizuführen suchen.

2. Dieses Ziel ist grundsätzlich berechtigt und als volkswirtschaftlicher Fortschritt anzusehen; denn höhere Preise sind das einzige Mittel, um zu einer besseren Vergütung der Arbeit, das heißt der Thätigkeit sowohl der Unternehmer als der Arbeiter zu gelangen.

3. Da familiäre Produzenten zugleich Konsumenten sind, nicht aber umgekehrt, so wird der den Unternehmern und Arbeitern in ihrer Eigenschaft als Produzenten durch die Preissteigerung verschaffte Vorteil durch den sie in ihrer Eigenschaft als Konsumenten treffenden Nachteil freilich zum Teil, aber nicht in vollem Umfang ausgeglichen. Die Bedeutung der durch eine allgemeine Preissteigerung ermöglichten besseren Arbeitsverteilung besteht vielmehr überwiegend in der Verhütung des Machtverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit zu Gunsten der letzteren, insbesondere durch Herabsetzung der Kaufkraft des Geldkapitals.

4. Die einzige Gefahr der Kartelle besteht — abgesehen von der Verwerflichkeit einzelner der zuweilen angewendeten Mittel, gegen welche strafrechtliche Sanktion einzutreten hat, und abgesehen ferner von der Gefahr einseitiger Begünstigung einzelner Produktionszweige, deren Beseitigung durch die gleichartige Organisation der beteiligten Industrien abzuwenden ist, — vor allem darin, daß der durch die Preissteigerung erlangte Vorteil nicht beiden Faktoren der Arbeit, nämlich Unternehmern und Arbeitern, gleichmäßig zu teil wird, sondern einseitig den ersteren zufließt. Dadurch wird nicht allein die Lage der Arbeiterklasse, sondern zugleich auch diejenige des Mittelstandes beeinträchtigt.

5. Die bisher zur Bekämpfung der Kartelle üblicherweise vorgeschlagenen Mittel des Zivilrechts, des Strafrechts und des Verwaltungswesens sind nicht allein praktisch unausführbar, sondern auch unzureichend, da sie grundsätzlich die Unterdrückung oder wenigstens die möglichste Beschränkung des Kartellwesens bezwecken. An Stelle dieser auf den unmittelbaren Eingriff der Staatsgewalt abzielenden mechanischen Mittel ist vielmehr eine auf Erhaltung des wirtschaftlichen Gleichgewichts gerichtete und auf die Eigenkraft der Beteiligten gestützte organische Regelung zu empfehlen, die in der Begünstigung der gewerkschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter, insbesondere soweit sie auf Erhöhung der Arbeitslöhne gerichtet sind, zu sehen ist. Die gesetzliche Kaufkraft der Arbeiterklasse wird zugleich dem zurechtfindenden Mittelstande und der Landwirtschaft zu gute kommen.

Justizrat Dr. Veit Simon, Berlin: Er bezweifelte, ob der Juristentag in der vorliegenden Frage zuständig sei. Jedenfalls müßte mit Entschiedenheit davor gewarnt werden, die Bahn der Gesetzgebung zu beschreiten. Wöhin dies führe, zeige sich in Amerika. Dort habe man eine Kartellgesetzgebung im größten Stille und der Erfolg sei der entgegengesetzte. Man habe die Gesellschaften dadurch veranlaßt, sich zu Einheitsgesellschaften (Trusts) zusammen zu thun. Diese haben aber eine unendlich höhere Macht. Es fehlen bei dieser keine der schädlichen Wirkungen der Kartelle. Man brauche nur an die United States Steel Corporation zu denken, die ein Kapital von 5 1/2 Milliarden verite. Solche Gesellschaften könnten eine nationale Gefahr bilden, sie werden großgezogen durch die Kartellgesetzgebung. Man dürfe doch auch nicht von den Kartellen die Offenlegung von Dingen verlangen, die sich als Geschäftsgeheimnisse darstellten und als solche in der Prozessordnung und in dem Gesetz über den unlauteren Wettbewerb gesätigt seien. Man könne doch nicht die Kartelle vom gemeinen Recht anschieben. Die Vorschläge über die Preisfestlegung durch eine Kommission stelle einen Rückschritt zum romanischen Recht dar. Er erachte, zu beschließen: „Der Juristentag erachtet eine gesetzliche Regelung des Kartellwesens zur Zeit nicht für angebracht.“

Rechtsanwalt Dr. Scharlach, Hamburg: Er sei der Meinung, daß diejenigen Industrien, die sich zu Kartellen zusammenschließen, zumeist bald ruinerte Existenzen seien. Er schlichte allerdings das Zucker-, das Eisen- und Kohlenkartell davon aus. Bedauerlich sei es nur, daß das Kartellwesen vielfach vom Staate unterstützt werde. Ein Eingreifen der Gesetzgebung gegen das Kartellwesen erachte er nicht für notwendig. Eine Erziehung des Volkes in wirtschaftlicher Beziehung werde bedeutend mehr nützen, als gesetzliche Maßnahmen.

Rechtsanwalt Dr. Liepmann, Halle a. S. und Generaldirektor Dr. Witte, Reudel sprechen gegen gesetzliche Regelung des Kartellwesens. Die Bildung des Kartells sei ein Ausfluß der wirtschaftlichen Not.

Dr. jur. Victor Gracy, Wien trat für eine gesetzliche Regelung ein.

Rechtsanwalt Dr. Ludwig Platan, Berlin: Er könne auch Herrn Justizrat Simon nicht bestimmen, daß die Kartellgesetzgebung in Amerika wirkungslos geblieben sei. Die communis opinio verlanqe jedenfalls die gesetzliche Regelung des Kartellwesens.

Professor Dr. Baentig (Wüster i. B.) trat ebenfalls für die gesetzliche Regelung des Kartellwesens ein. Hof- und Gerichtsadvokat Dr. Vandesberger (Wien) führte aus: Die Oesterreicher haben alle Hochachtung vor der deutschen Industrie. Das Kartellwesen sei aber auch nirgends so ausgebildet wie in Deutschland. Wenn das Kohlenindulst die Preise für Kohlen vor-schreibe, dann sei das eine öffentliche Katastrophe, gegen die man auf dem Wege der Gesetzgebung vorgehen müßte. Geschäftsgeheimnisse geben die kartellierten Unternehmer durch die ihnen auferlegte Auskunftserteilung nicht Preis, denn sie bringen ihre Geschäftsgeheimnisse nicht in das Kartell. Landgerichtspräsident Rentwich (Gleitwig) bemerkt im Schlußwort: Er sei seit 18 Jahren im Industriebezirk und könne versichern, daß die Publizitätspflicht den Ruin der ober-schleischischen Industrie zur Folge haben würde.

Nach Abrechnung aller Anträge wurde schließlich nur folgender Antrag des Prof. Dr. Wenzel (Wien) angenommen: „Der Deutsche Juristentag spricht seine Ueberzeugung dahin aus, daß für eine gesetzliche Regelung der Industriekartelle vorerst empfohlen wird, die Statuierung einer Anstaltspflicht gegenüber der Staatsverwaltung von seiten der kartellierten Unternehmer ihrer Organe und Kommissarier.“ — Es wurde beschlossen, die Angelegenheit als Beratungsgegenstand der morgigen Vollversammlung zu überweisen und mit der Berichterstattung Prof. Dr. Wenzel-Wien zu betrauen.

**Ein Protest des Volkes gegen Fleischwucher und Grenzsperr.**

Die verderblichen Folgen einer Politik, welche den Wünschen des deutegierigen agrarischen Junkertums Rechnung trägt, machen sich für die breiten Massen des Volkes in der empfindlichsten Weise bemerkbar. Zu unerwäglicher Höhe sind in letzter Zeit die Fleischpreise empor-geschneut. Fleischpreise, obwohl sie gerade bei der aufstrebenden, über-basteten und daher in hohem Grade aufreißenden Thätigkeit der großstädtischen Industrie-Arbeiter für die Ernährung durchaus notwendig sind, bilden ohnehin schon eine Seltenheit auf dem Tische des Proletariats. Bald wird die Fleischmagerung ganz aus dem Haushalt des Arbeiters verschwunden müssen, weil er die hohen Preise für dieselbe nicht mehr erschwngen kann. Dieser schreckliche Mangel ist nicht etwa die Folge eines Mangels an Fleisch oder Schlachtvieh, sondern er hat seine Ursache in der agrarierfreundlichen Wirtschaftspolitik, die durch Grenzsperrn und sonstige teils schon in Kraft getretene, teils bald in Kraft tretende Geschwernungen, ja Verhinderungen der Fleischzufuhr dafür sorgt, daß den einheimischen Fleischproduzenten — den nimmerstotten Agrovieren — die ausländische Konkurrenz ferngehalten wird, und sie so in der Lage sind, den Konsumenten — der Masse des Volkes — unerwägliche Preise abzuverlangen.

Gegen diese Politik des Fleisch- und Vrotwuchers, die zum Nutzen einer kleinen Minderheit, aber zum Schaden der breiten Schichten des Volkes betrieben wird, hat die arbeitende Bevölkerung von Berlin und den Vororten gestern abend in siebzehn Versammlungen Protest erhoben. Die Stimme des Volkes hat laut und energisch gesprochen gegen die unverschämte Wertpolitik des Junkertums. Die arbeitende Bevölkerung von Groß-Berlin hat ihren

Protest gegen Grenzsperrung und Fleischwucher zum Ausdruck gebracht durch die nachstehende, in allen Versammlungen angenommene

### Resolution:

Da die arbeitenden Klassen schwer leiden unter den Wirkungen der lang dauernden wirtschaftlichen Krise, werden sie nun in steigendem Maße betroffen durch eine ungeheure Verteuerung des Fleisches und der Fleischwaren aller Art.

In Berlin wie in allen Teilen des Reiches sind die Preise des Schlachtviehes und damit des Fleisches andauernd in die Höhe geschritten. Für die Arbeiterfamilie wird die Ernährung durch Fleisch gänzlich unerschwinglich, in gewissen Landesteilen ist jede Fleischmahlzeit bereits vom Tische der Unbemittelten verschwunden. Die Unterernährung des Volkes rückt die Gefahr des Hungertypsus in drohende Nähe.

Die Versammlung erblickt die Ursache dieser Volksunterernährung vornehmlich in der Grenzsperrpolitik der Regierung sowie in den Wirkungen des Fleischschau-Gesetzes vom 8. Juni 1900. Unter dem Vorwand der Seuchengefahr wird das Verlangen der agrarischen Viehzüchter befriedigt, gegen ausländisches Vieh die deutsche Grenze schließend zu sperren. Durch das Fleischschau-Gesetz ist die Einfuhr frischen und gepökelten Fleisches sowie von Fleisch zur Wurstfabrikation völlig unterbunden. Da aber die deutsche Viehzucht gänzlich unzureichend ist, die wachsende Bevölkerung Deutschlands mit genügender Fleischmenge zu versorgen, so ist Fleischknappheit und Fleischvertierung die künstliche Folge dieser agrarischen Schutzpolitik, die sich den sonstigen Methoden agrarischer Volkswirtschaft anreicht.

Die Versammlung erhebt eindringlichsten Protest gegen die wirtschaftliche Vergewaltigung der breiten Volksmassen zu Gunsten einer winzigen Zahl von agrarischen Interessenten. Sie fordert vor allem die Aufhebung der Grenzsperrung unter Anwendung hinreichender sanitärer Kontrollmaßnahmen.

Die Versammlung protestiert zugleich gegen die im neuen Zolltarifenwurf geplante Erhöhung der Viehzölle, durch welche die Fleischnot auf die äußerste Spitze getrieben werden müßte.

Über den Verlauf der einzelnen Versammlungen gingen uns die nachstehenden Berichte zu:

**Erster Wahlkreis.** Die Versammlung, die bei Cohn, Bernstraße, tagte, erfuhr sich eines äußerst zahlreichen Besuchs. Reichstags-Abgeordneter **Antick** schilderte in einem vorzüglichen Vortrage die Entwidlung der deutschen Agrarpolitik, legte mit kritischer Schärfe deren volksverwüstende Folgen dar und meinte, es müsse nicht nur dem Junkertum, sondern auch der Regierung gezeigt werden, daß das Volk nicht gewillt sei, sich auf diese Weise zu Gunsten der Junker ausplündern zu lassen. Diese Protestversammlungen müßten der Beginn eines wohlorganisierten Kampfes gegen das Junkertum sein.

**Zweiter Wahlkreis.** Die Parteigenossen des zweiten Reichstags-Wahlkreises hielten ihre Versammlung im großen Saale der Kochbräuerei ab, der alsbald polizeilich abgesperrt wurde. Der Referent, Genosse **Pfanckuch**, wies statistisch nach, daß die angebliche Fleischvertierung nichts anderes, als ein künstliches, durch die Regierung unterstülptes Verfahren sei, zu Gunsten einer kleinen Interessenten-Gruppe der Groß-Agrarier, obwohl auf anderer Seite statistisch nachgewiesen werden könne, daß andere Reichsangehörige Fleisch zu 50 Prozent bis 100 Prozent billiger erhalten. Er schließt mit dem Appell: Es ist ein Fluch für Deutschland, daß es an der agrarischen Seuche krankt; die nächsten Wahlen müssen uns von derselben befreien.

**Dritter Wahlkreis.** Die etwa 1500 Köpfe zählende Versammlung fand im großen Wagenbahngassen Festsaal statt, der ebenfalls zeitig polizeilich abgesperrt worden war. Hier sprach Dr. **Weth**. Er geißelte besonders scharf die agrarische Heuchelei, wonach die Absperreinrichtungen gegen ausländisches Vieh und Fleisch Sendungen vorbeugen sollten. Im Gegenteil würden Seuchengefahren dadurch bei dem Mangel deutschen Fleisches geradezu heraufbeschworen, wenn die wirtschaftliche Krise dazu komme, wie jetzt. Trausender Beifall folgte seinen Ausführungen.

**Vierter Wahlkreis (Osten).** Die Versammlung im böhmischen Brauhaus wurde vor Beginn der Verhandlungen polizeilich abgesperrt. Der große Saal war von etwa 2000 Personen, darunter sehr viele Frauen, bis auf den letzten Platz besetzt. Der Referent **Koblenzer** schilderte in eingehender Weise die Zustände, welche der Fleischwucher verursacht, und wies nach, daß der Fleischwucher durch die herrschende Wirtschaftspolitik für einen großen Teil der Bevölkerung völlig unmöglich gemacht und die Lebenshaltung der Arbeiterklasse in der schlimmsten Art herabgedrückt wird. Dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrage folgte eine kurze Diskussion.

Die Versammlung in der Königsbauart wurde gleichfalls polizeilich abgesperrt, trotzdem man die Tische aus dem Saale entfernte, um Platz zu schaffen. Die Frauen waren sehr stark vertreten; auch eine größere Anzahl Schlichtermänner befaßen sich in der Versammlung. Das Referat hatte hier Genosse **K. Gerlich** übernommen, der die Politik der Regierung und namentlich das wucherische Treiben der Agrarier einer herben Kritik unterzog und dessen Ausführungen wiederholt durch lebhaften Beifallsstürmen unterbrochen wurden. Ein Diskussion wurde nicht beliebt.

**Vierter Wahlkreis (Südosten).** Der große Saal der „Arania“, Brangelle 9, war bis auf den letzten Platz gefüllt. Der Vortrage war ein gewaltiger, schon vor 1/2 Uhr wurde von der Polizei gesperrt, Tausende mußten hier umkehren. Der Referent **Paul Singer** wies an der Hand amtlicher Zahlen schlagend nach, daß die deutsche Fleischproduktion unmöglich dem gesteigerten Nahrungsbedarf des Volkes gerecht werden könne, und zeigte, wie verwerflich und verwerflich unter den obwaltenden Verhältnissen die Agrarpolitik der Reichsregierung sei. Durch wiederholten stürmischen Beifall gaben die Versammelten ihrer Zustimmung und ihrem Protest gegen den Lebensmittelwucher Ausdruck.

**Fünfter Wahlkreis.** Die Versammlung im „Schweizergarten“ war von ca. 2000 Personen, unter denen sich eine sehr große Anzahl Frauen befanden, besucht. In andershalbstündiger Rede, die häufig von tosendem Beifall unterbrochen wurde, erläuterte der Reichstags-Abgeordnete **Ries** von Magdeburg die Schädigungen, welche die Lebensmittelnot und die Grenzsperrungen namentlich für das Proletariat im Gefolge haben.

**Sechster Wahlkreis.** Die Versammlung für Geseundbrunn in Weinmanns Volksgarten war von ungefähr 2200 Personen besucht. Bereits kurz nach 8 Uhr mußte der Saal polizeilich abgesperrt werden. Bis gegen 9 Uhr währte der Andrang der Volksmassen. Die Zahl derjenigen, die wieder umkehren mußten, ließ sich auch nicht annähernd feststellen, es sind sicher ebenso viel gewesen, wie in der Versammlung waren. Unter stürmischem Beifall der Anwesenden sprach Reichstags-Abgeordneter **Max Schipfel** über die Fleischvertierung, die er als künstlich erzeugten Fleischwucher bezeichnete.

Die Versammlung für **Moabit** tagte in Peters Gesellschaftshaus. Schon gleich nach 1/2 Uhr war der riesige Saal bis auf den letzten Platz gefüllt, so daß der Lokal polizeilich abgesperrt wurde. Die Zahl derjenigen, die keinen Einlaß mehr fanden, hätte genügt, um noch eine zweite, mindestens ebenso starke Versammlung zu füllen. Der Referent **Adolf Hoffmann** erntete für seine

zündenden Ausführungen wiederholt den lebhaftesten Beifall von der auch von Frauen sehr stark besuchten Versammlung.

In dem geräumigen Etablissement „Germania-Säle“ sperrte die Polizei ebenfalls den Zugang schon um 1/2 Uhr ab, so daß auch hier weit über 1000 Personen keinen Einlaß fanden. Die Ausführungen des Referenten **Bille**, sowie der Diskussionsredner: **Hinze**, **Abel**, **Tauschel**, **Wiederow** und **Schuly** fanden den ungeteilten Beifall und zwar nicht zum wenigsten der auch hier sehr zahlreich vertretenen Frauen.

Für die **Schönhäuser Vorstadt** fand die Protestversammlung bei **Wernau** in der Schwedterstraße statt. Sie war von reichlich 1500 Personen besucht. Hunderte mußten sich mit Plätzen vor der Thür, hinter der Bühne und in den Vorräumen begnügen. Das Referat hielt **Stadt**, **Ewald**. In scharfen Worten beleuchtete er die Ausmagerung des Volkes und die Unfähigkeit der Regierung in dieser Sache. Nachdem der reiche Beifall verklungen war, endete die Versammlung mit einstimmiger Annahme der Resolution.

**Lichtenberg-Friedrichsberg.** Die Versammlung tagte im Höffischen Saal, der von etwa 1000 Personen gefüllt war. Unter den Anwesenden, die den wirkungsvollen Ausführungen des Referenten mit Interesse folgten, waren auch die Frauen sehr zahlreich vertreten.

**Bantow.** Ebersbachs Kurfürstensaal, das größte Versammlungslokal des Ortes, welches etwa 1000 Personen faßt, war vollständig gefüllt. In feuchter aber wirkungsvoller Rede kennezeichnete Genosse **Freiwald** die unheilvolle Politik des Lebensmittelwuchers. Durch lebhaften Beifall behandelten die Anwesenden ihr Einverständnis mit den Darlegungen des Referenten.

**Charlottenburg.** Der große Saal des Volkshauses war bereits um 1/2 Uhr so gefüllt, daß ein großer Teil der Tische entfernt werden mußte, — etwa 1000 Personen, darunter mindestens der dritte Teil weiblichen Geschlechts waren um diese Zeit bereits anwesend. Dem Referat des Genossen **Dr. Bernstein**, welches lebhaften Beifall fand, folgte eine angeregte Diskussion, in der den Darlegungen des Referenten zugestimmt wurde, und der Protest gegen die verderbliche Zollpolitik wirkungsvoll zum Ausdruck kam.

**Schöneberg.** Die Versammlung fand im überfüllten Obfischen Saale statt. Gegen 2000 Personen aller Bevölkerungsklassen hatten sich eingefunden. **Dr. Liebknecht** beleuchtete in seinem 1/2stündigen, oft von Beifall unterbrochenen Vortrage den Vortrage der Agrarier gegen die Volkswirtschaft. Der wirkungsvolle Vortrag wurde ohne Diskussion entgegengenommen.

**Rigdorf.** Grüpplers Saal war überfüllt. Während in demselben etwa 1000 Personen Platz gefunden hatten, fanden mehrere hundert wegen der polizeilichen Absperzung des Lokals keinen Einlaß mehr. Die Ausführungen des Referenten **Walder Manasse** fanden lebhaften Beifall. Die Versammlung gestaltete sich zu einer wirkungsvollen Kundgebung gegen die volksausbeutende, agrarierfreundliche Politik.

## Aus Industrie und Handel.

**W. Hagelberg Aktien-Gesellschaft** (Luguspapierfabrik), Berlin. In dem am 31. März abgelaufenen Geschäftsjahre erzielte die Gesellschaft einen Gewinn von 680.808 M. (gegen 707.200 M. im Vorjahre). In Abschreibungen sollen 385.190 M. (im Vorjahre 369.101 M.) verwendet werden. Von dem verbleibenden Reingewinn in Höhe von 295.678 M. wurde eine Dividende von 7 Proz. auf das Aktienkapital im Betrage von 3,2 Millionen Mark in Vorschlag gebracht gegen 8 Proz. im Vorjahre.

**Metall-Gesellschaft, Frankfurt a. M.** Die Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahre 1901/02 einen Rohgewinn von 3.240.096 M. (im Vorjahre 3.180.928 M.); hiervon gehen für Unkosten ab 590.249 M. (638.710 M.), so daß einfallend 2.669.900 M. (2.535.557 M.) verbleiben, woraus wieder 16 Proz. auf 12 Millionen Mark Aktienkapital verteilt werden sollen.

**Heber die Förderung und den Absatz des ober-schlesischen Kohlenbergbaues** im ersten Halbjahre 1902 liegt jetzt das Ergebnis der vorgenannten Ermittlungen vor. Danach betrug die Steinkohlenförderung im Opperener Revier im

1. Viertelsjahr 1902	5.761.279 Tonnen (52.277 Mann Belegschaft)
2. „ „ „	5.825.559 „ (79.628 „)

Die Förderung hat sich demnach im zweiten Quartal nur wenig im Vergleich zum ersten Vierteljahr geändert; doch ist bemerkenswert, daß die Förderungsziffer gestiegen ist, obgleich die Belegschaft abgenommen hat. Die Vöone erubten, wie berichtet wird, teilweise wiederum Herabsetzungen, und so mußten die schon im ersten Vierteljahr eingelagerten Feierschichten noch vermehrt werden.

Nach Angabe des Berichts hat zu Anfang des zweiten Vierteljahres das Kohlengeschäft einen erfreulichen Aufschwung genommen, nachdem der Handel mit Rücksicht auf die am 1. April zur Einführung kommenden Sommerpreise im März mit seinen Bestellungen zurückgehalten hatte. Die auf diese Weise aufgelaufenen Aufträge gingen den Gruben gleich Anfangs April zu, und es entwickelte sich daraus ein recht lebhaftes Verladegeschäft. Eine weitere Unterstützung erhielt das Geschäft durch die nachstaltete Witterung im April. Leider hielt der flote Geschäftsgang nur bis Mitte April an, trotzdem zeigte der Monatsabschluß immerhin noch einen Mehrerford von 3,2 Proz. gegenüber dem Vorjahre. Im Monat Mai trat dafür ein Rückschlag in der Kohlenverladung ein. Er besifferte sich dort auf 0,2 Proz. Mit diesem verhältnismäßig großen Rückschlag scheint aber die ungünstige Lage des Kohlengeschäfts ihren tiefsten Stand erreicht zu haben, denn bereits im Juni konnten die Gruben wieder reichlichere Ordereingänge notieren.

**Der Juckerrüben-Anbau in den Vereinigten Staaten** hat in den letzten beiden Jahren enorm zugenommen. Das mit Juckerrüben bedante Areal wird für das Jahr 1902 auf 259.513 Acre geschätzt gegen 137.925 und 132.000 Acre in den beiden vorhergehenden Jahren, hat sich also in diesem Jahre wiederum um 121.583 Acre vergrößert.

In den Hauptproduktionsstaaten Michigan, Californien, Colorado und Utah, auf welche zusammen ungefähr 88 Proz. des Gesamtareals entfallen, ist die Flächenzunahme in diesem Jahre eine bedeutende. Michigan mit 98.000 Acre zeigt gegenüber dem Vorjahre eine Steigerung um 70 Proz. und steht an erster Stelle. Californien, das bisher diesen Platz behauptet hatte, rangiert, trotzdem seine Anbaufläche die des Vorjahres um 10 Proz. übersteigt, in diesem Jahre mit 71.234 Acre als der zweite Staat. Es folgen sodann Colorado mit 39.449 Acre (1901: 37.700 Acre) und Utah mit 18.400 Acre (1901: 12.500 Acre). Von den übrigen Staaten weisen Washington, Oregon, Nebraska und Ohio einen etwas größeren und Wisconsin sowie New York denselben Anbauumfang wie im Vorjahre. Nur Minnesota ist hinsichtlich der bebauten Fläche zurückgeblieben.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

**Die Porzellanarbeiter (Maler)** Berlins beabsichtigen im Herbst in eine Lohnbewegung einzutreten. In der letzten Versammlung wurde beschlossen, folgende Forderungen an die Unternehmer zu stellen beziehungsweise für dieselben einzutreten: Strikte Durchführung der neunstündigen Arbeitszeit, Festsetzung eines Mindestlohnes von 30 M. (bisher 27 M.) resp. eines Stundenlohnes von 60 Pf. Für Ueberstunden 25 Proz. Zuschlag. Die Festsetzung der Accordlöhne geschieht mit dem Personal gemeinsam. Bei Flauen

Geschäftsgang sollen Entlassungen durch Beschränkung in der Arbeitszeit möglichst vermieden werden.

**Die Berliner Fensterputzer** haben durch ihre Organisation insofern einen Erfolg erzielt, als nunmehr für diesen Beruf etwas geordnete Arbeitsverhältnisse Platz greifen werden. Am 1. d. Mts. wurde zwischen dem Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter und der Vereinigung der Glasreinigungs-Unternehmer eine Vereinbarung getroffen, die auf ein Jahr Gültigkeit besitz. Danach beträgt der Mindestlohn für ständige Arbeiter 19,50 M. pro Woche, Ueberstunden werden mit 45 Pf. entlohnt. Ausfallsarbeiter erhalten pro Tag 3,50 M. Die Arbeitszeit dauert von 6—8 Uhr und wird von einer zweistündigen Mittagspause unterbrochen. Die Unternehmer verpflichten sich, ihre Arbeitskräfte aus dem Nachweis des Verbandes zu beziehen. Der Verband gewährt dafür den Arbeitgebern sich und Stimme in der Arbeitsnachweis-Kommission. Streitigkeiten schlichtet ein Schiedsgericht, das zu gleichen Teilen gebildet wird. Kündigung ist gegenseitig ausgeschrieben. Vierzehn Firmen haben diese Abmachungen bereits unterzeichnet und ist Aussicht vorhanden, daß auch seitens des Restes dies geschieht. Eventuell soll bei jenen Firmen, die diese Vereinbarungen nicht anerkennen, die Arbeit niedergelegt und deren Kunsthaft soweit als möglich den Firmen zugeführt werden, die sich mit dem Tarif einverstanden erklärt haben. Für die Arbeitnehmer bedeuten diese Abmachungen einen recht wesentlichen Erfolg, betrug doch früher der Minimallohn nur 14—18 Mark bei einer meist 11stündigen Arbeitszeit. Auch auf dem Gebiete der Stellenvermittlung herrschten vorher arge Mißstände.

### Deutsches Reich.

**Achtung, Metallarbeiter! Former und Schlosser!** Habt acht auf den Jutag nach dem Harz! Die Direktion der Harzer Werke in Blankenburg a. S., Müchland und Jorze zahlte ihren Arbeitern die miserabelsten Löhne und Accordpreise. Vermoment verurteilt sie diese Löhne noch herabzudrücken. Jetzt sind die Abzüge und ist die Behandlung der Arbeiter an die Grenze des Ertragsbaren gelangt. Eine Anzahl Former und Schlosser in Jorze a. S. weigerten sich, für die gebotenen niedrigen Preise Arbeiten anzufertigen. Darauf erfolgte ihre Entlassung. Vor kurzer Zeit erzwangen die Arbeiter die Wiedereinstellung eines auf diese Weise entlassenen Kollegen durch einen 1/2stündigen Streik. Jetzt haben wieder fünf Arbeiter aus denselben Gründen ihre Entlassung erhalten. Darunter einige, die 25—30 Jahre auf dem Werke fest zur Zufriedenheit gearbeitet haben. Eine Verhandlung wurde der Leitung des Metallarbeiter-Verbandes von der Betriebsleitung abgelehnt. Die Arbeiter sind gewillt, in einen Streik für die Wiedereinstellung der Entlassenen und Erhöhung der Löhne einzutreten. Der sich vor Schanden schützen will, der acht auf die Entwicklung des Kampfes der Metallarbeiter in Jorze a. S., Müchland und Blankenburg und mache die Reisenden auf die wichtigen Ereignisse aufmerksam.

**Die Dredeener Feingoldschläger**, die sich seit einiger Zeit im Streik befinden, haben einen vollen Erfolg erzwungen. Nach längeren Verhandlungen haben die Unternehmer den von den Gehilfen vorgelegten Tarif unterzeichnet. Die Arbeit wird in den nächsten Tagen überall aufgenommen. Von den Streikenden ist niemand abtrünnig geworden. Sie müssen alle wieder eingestellt werden, während die wenigen Arbeitswilligen entlassen werden.

**Die Geraer Textilarbeiter** haben beschlossen, in eine Lohnbewegung einzutreten. Auch in Greiz wird man die Frage des Jehn- stundentages bei erster geeigneter Gelegenheit wieder aufrollen.

**Die durch Mafregelung eines Arbeiters** bei der Firma **Stach u. Co., Breslau**, Glasreinigungsinstitut, hervorgerufenen Differenzen, sind durch Eingreifen des Verbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter (Ortsverwaltung Breslau) beigelegt.

**Wieder eine Verurteilung** aus Anlaß des **Stuttgarter Straßenbahnerstreiks**. Ein 16 Jahre alter Hilfsarbeiter sollte einen Arbeitswilligen durch den Jurist „Streifkrecher“ beleidigt und im Sinne des § 153 der Gewerbe-Ordnung bedroht haben. Das Gericht ließ die Anklage wegen der J. e r Vergehen zwar fallen, weil der Angeklagte wegen seiner Jugend sich der Schwere seiner Ausföhrung nicht bewußt gewesen sei. Aber gestützt mußte das Vergehen an der Ehre des Streikbrechers doch werden, und so wurde der Jüngling dem wegen groben Unfugs zu 12 M. Geldstrafe verurteilt.

### Ausland.

**Kohlenarbeiterstreik im Falkenauer Revier** (Böhmen). Auf einer Feste in Grafenau haben 34 im Tagbau beschäftigte Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Sie fordern dieselbe Arbeitszeit, die im Tiefbau besteht, sowie eine Lohnerhöhung.

Bei der **Britannia-Gewerkschaft** in Königswart stellte die 100 Mann starke Belegschaft die Arbeit ein, weil man zwei entlassene Arbeiter nicht wieder aufnehmen wollte, lehrte jedoch, obwohl ihrer Bedingung nicht entsprochen wurde, am nächsten Tage wieder zur Arbeit zurück.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Deutsch-chinesischer Handelsvertrag?

**Wiesbaden**, 11. Sept. (W. S.) Wie der „Aehn. Courier“ aus zuverlässiger Berliner Quelle erfährt, schwaben zwischen Deutschland und China Verhandlungen betr. den Abschluß eines dem anglo-chinesischen ähnlichen Handelsvertrages.

**Trier**, 11. September. (H. S. J.) Beim Entleeren der Aborte der Kaserne des 161. Infanterie-Regiments fanden zwei Arbeiter durch Erschlagen den Tod.

**Wiesbaden**, 11. September. Nach einem Telegramm des „Aehn. Cour.“ aus München findet seit einigen Tagen zwischen den verschiedenen Regierungen ein Gedankenaustausch statt, um eventuell eine gleichartige Erledigung der zahlreichen Petitionen betreffend die Fleischnot herbeizuführen.

**Kaiserdesch** (Pogdz, Koblenz), 11. September. (W. S. S.) In dem benachbarten Eppenbergrach Gener aus, das, begünstigt durch den herrschenden Nordwind, schnell um sich griff. Innerhalb drei Stunden wurden 12 Wohnhäuser mit Scheunen und Stallungen eingeeicht. 15 Familien sind obdachlos.

**Bern**, 11. September. („Frankf. Jg.“) Das Referendum gegen das Bundesgesetz über die Nationalrats-Wahlkreise ist nicht zu Stande gekommen.

**London**, 11. September. (W. S. S.) Nach Berichten aus der Provinz hat das bereits gemeldete Unwetter namentlich die Hopfenfelder von Kent heimgesucht. In Mitteleng allein wird der Schaden auf 100.000 Pfund Sterling geschätzt.

**New York**, 11. September. (W. S. S.) Der Korrespondent des „New York Herald“ in Rio de Janeiro berichtet: Das amerikanische Schlagschiff „Towa“ ist bei der Insel Santa Catarina aufgelaufen. Der brasilianische Marineminister entsandte ein Kriegsschiff zur Hilfe.

**New York**, 11. September. (W. S. S.) Aus Alaska wird berichtet, daß sich der dortige Vulkan in Tätigkeit befindet. Dichte Rauchwolken steigen aus dem Krater auf.

### Die Cholera in Ägypten.

**Kairo**, 11. September. (Meldung des „Kaiserlichen Bureau.“) Heute werden 1380 weitere Erkrankungen an Cholera aus dem ganzen Lande gemeldet, davon entfallen auf Kairo 21, Alexandria 52, Tanis 114 und auf Aich 110 Fälle. Seit dem 15. Juli kamen 20.328 Erkrankungen vor, von denen 16.209 tödlich verliefen.

**Der Kongress der italienischen sozialistischen Partei.**

Dritter Tag.

Monta, den 8. September 1902. (Fig. Ber.)

Fortsetzung der Diskussion über die Politik der Partei.  
 Am 8. Uhr eröffnet der Präsident Andrea Costa den Kongress, um die Tagesordnung nun endlich endgültig zu lösen.

Filippo Turati: Die Meinung, die ihn zu seiner Haltung bewegen hätte, sei, daß die Deputierten der sozialistischen Partei vor allem die beruflichen Erzieher des Proletariats seien. „Wir müssen die alten Bande, die zu eng geworden waren, sprengen.“ Aber auch ein objektiver Grund habe ihn zu seinem Verhalten bewegt: Man solle die ökonomische Erziehung des Proletariats in Angriff nehmen und nicht nur große Worte machen.

Seine Ideen seien aber furchtbar trabestierte und verformt worden. Er müsse dabei eine sehr traurige Bemerkung machen, nämlich daß die revolutionäre Richtung keinen objektiven Rat gewiesen habe, da sie auf dem Kongress nichts anderes getan habe, als einer Entscheidung auszuweichen.

Worin beständen nun im Grunde die zwei Tendenzen? Erstens gäbe es nach ihm keine Tendenzen, sondern nur eine Arbeitsteilung. Wenn man von Tendenzen im Herrschen Sinne sprechen wolle, so gäbe es dann allein innerhalb der revolutionären Richtung einige vier. Herr Turati war nicht sehr tief bei der Definition der Tendenzen. Auch sehr logisch sei er nicht gewesen, sonst hätte er seine Theorie mit seiner Praxis besser vereinigen müssen. Dasselbe könnte er auch von Solbi sagen, dessen Unterschrift unter dem Herrschen Antrag keineswegs mit dem in seinem Korreferat zum Ausdruck gekommenen Ideen übereinstimme. Am schlimmsten trete der Mangel an Logik aber bei Arturo Labriola hervor, der gar nicht einmal zu Recht in die revolutionäre Richtung hineingehöre. Er wolle ja überhaupt keine sozialen und ökonomischen, sondern politische Reformen, wie die Abschaffung des Heeres und der Königsgewalt. Ueberhaupt sei er eine sonderbare Mischung von Republikaner, Freihändler und Kleinbürger. Er passe am besten in die antisozialistisch-republikanische „Italia del Popolo“ oder in die Zeitschrift „La Rivista Popolare“ des halbsozialistischen Colajanni, an der er ja in der That auch Mitarbeiter sei.

Auch in der bürgerlichen Reformenfrage stehe er ganz auf dem alten liberalen Standpunkt. Habe er doch das neue Frauen- und Kinderschutzgesetz für nutzlos erklärt und behauptet, die Proletarierkinder würden dadurch auch noch ihr bisheriges Verdienst. Der Sozialismus nehme überhaupt niemand sein Brot weg, er Sorge im Gegenteil dafür, daß jeder sein Brot bekomme. Der Staat sei das Vollstreckungsorgan des Kapitalismus und müsse durch Organisation der arbeitenden Klassen zu Konzeptionen gezwungen werden. Man habe in letzter Zeit über 500.000 Arbeiter organisiert und denke binnen kurzen noch mehr zu erreichen. Die Tendenz Labriolas sei eine doktrinaire, ihm allein eigentümliche.

Herr Costa jammerte das Endziel des Sozialismus propagiert und die Sage von den Tendenzen in die Welt gesetzt. Die Reformisten seien von ihren Gegnern Korruptoren genannt worden, und die ganze Arbeit in den letzten Jahren habe darunter gelitten.

Die Revolution des Proletariats müsse durchaus einen friedlichen Charakter tragen. Die Anarchisten verständen unter diesem Worte die Revolte und er persönlich habe die ewige Wiederholung eines doppelstimmigen Ausdrucks. Die Revolutionstheorie Ferris sei praktisch nicht vertretbar. Es gebe keinen Sozialismus ohne Reformen. Die gesellschaftliche Tätigkeit werde von den Vertretern der revolutionären Richtung in falschem Lichte betrachtet. Andererseits sei es ja selbstverständlich, daß ein Reformismus nur um der Gesetze willen niemals Reformismus genannt werden dürfe. Die legislative Tätigkeit der Partei habe nur im Sinne einer sukzessiven Erreichung des gesetzten Zieles Zweck. Daß man sie, die Vertreter der transigenten Politik, aber Reformisten nenne, wäre eine durchaus falsche Bezeichnung. Ebenso wie das Wort Tendenz, denn in der Tendenz wäre kein Unterschied, da sie alle auf den Kollektivismus hinführten. Aber auch außerhalb des eigentlichen sozialistischen Wirkens könne man sehr wohl noch nützliche Arbeit vollbringen. In diesem Lichte allein sei das Bemühen einiger sozialistischer Abgeordneter für ein Ehegesundheitsgesetz anzusehen. Eine weitere Frage sei es, ob der Weg, auf welchem man die Reformen erreichen wolle, ein verschiedener, die Art und Weise, Gesetze zu schaffen, eine andere sei. Er glaube auch hierin keine andere Verschiedenheit zu sehen, als in dem Ton, mit welchem einzelne gewisse Worte ausgesprochen werden. Er glaube nicht, daß man mit Worten allein bewußte Sozialisten erziehen könne, man treibe das Proletariat leicht dadurch zur Revolution, und das würde der ganzen Bewegung Schaden bringen. Denn nichts wäre der Bourgeoisie so unangenehm, als die Sozialisten einfach niederzuschlagen. Jedemfalls aber halte er es für ganz falsch, bereits bewußten Sozialisten immer noch in Ewigkeit die Sagenungen des Endzieles vorzupredigen. Kindern, die schon lesen können, sage man auch nicht immer von neuem noch das ABC vor.

Der Vorwurf, der den Reformisten gemacht würde, sie näherten sich den bürgerlichen Radikalen, sei absurd. Radikalismus und Sozialismus seien Gegensätze, denn der erstere wolle nur von oben herab gebenede, nicht vom Proletariat ererbte Reformen. Daß das Fehlen der monarchistischen Regierungsform, wie Labriola behauptete, von der größten Wichtigkeit sei, könne er nicht anerkennen. Es sei ja klar, daß auch sie einmal mit allem andern zusammenbrechen müßte, aber daß heutzutage die Republik dem Sozialismus keine weiteren Vorteile zu bringen vermöchte, sähe man ja an Frankreich.

Kurz, er habe sich monatelang ernsthaft bemüht, den Gegensatz zwischen den beiden Tendenzen herauszufinden, sei aber zu dem Ergebnis gekommen, daß nicht zwei Tendenzen, sondern nur eine Arbeitsteilung existiere. Der Sozialismus sei aber nicht einfach, sondern sehr kompliziert. Die Frage der beiden Tendenzen sei nicht in den Arbeitkommissionen (Rif: Nein, aber in der „Critica Sociale“ — Turatis Zeitschrift —) entstanden, sondern in den sozialistischen Klubhänfen.

In früheren Zeiten habe es genügt, wenn die Sozialisten ihre Fäuste gegen den Kriegsminister Bellouz geballt hätten, jetzt habe man ein ernstes Wort auf teilweise unbestimmtem Gebiet, welches reich an Zweifeln sei und eine große Verantwortlichkeit auferlege, vor sich. Bei dieser Arbeit könne man wohl straucheln, aber das schade ebenso wenig, als wenn ein Kind einmal falle, das gehen lernen wolle.

Im übrigen gäbe es keine weniger reformistische gesinnte Partei als die italienische. So habe Herr Costa die 300 großen Volksversammlungen zu Gunsten des Frauen- und Kinderschutzgesetzes verächtlich Paraden genannt. Und doch hätten gerade sie die meiste Propaganda gemacht, und besonders die Frauen, die im Grunde mehr Heroismus besitzen wie die Männer, in den sozialistischen Gedankenkreis hineingezogen.

Die sozialistischen Klubs seien zu guten Häfen unruhig und zu nichts anderem mehr fähig, als Schmähsungen gegen Genossen zu schänden. An alledem sei aber die Sage von den beiden Tendenzen schuld. Die Bourgeoisie schöpfe Mut, daß die Sozialisten sich untereinander selbst aufreihen, und der „sociale Frieden“ sich von selbst wieder herstellen würde.

Zum Schluß: Er müsse seine Resolution, in welcher die praktische Arbeit als die allein maßgebende bezeichnet sei, aufrecht erhalten, weil alle übrigen Resolutionen schwach und unbestimmt seien. Der Kongress müsse seinen Willen klar und unverblümt zu erkennen geben. Er verlange keineswegs, daß seine Gegner in der Partei ihren Ideen entsagen sollten, er verlange nur eins: Gebt uns unsere Arbeitskraft, unsere Arbeitsmut zurück, erretet uns aus der Lage, unser ganzes Leben in dem Kampf gegen die eignen Parteigenossen zu verbringen, während wir es doch eigentlich nur im Kampf gegen unsere wirklichen Gegner aufreiben sollten. (Starker Beifall.)

**Aus der Frauenbewegung.**

**Einiges über Frauen- und Kinderarbeit in Preußen.**

Nach dem Jahresbericht der königlich preussischen Gewerke- und Bergbehörden für 1901 waren in 26.093 revisionspflichtigen Betrieben 400.357 erwachsene Arbeiterinnen beschäftigt; 174.974 jugendliche Arbeiter beiderlei Geschlechts und 2298 Kinder unter 14 Jahren in 89.415 Arbeitsstätten. Da die Anzahl der Betriebe in Preußen 135.889 beträgt, so sehen wir, daß Frauen in weniger als einem Fünftel derselben thätig sind, während jugendliche Arbeiter, zumeist männlichen Geschlechts, in etwa einem Viertel zu finden sind. Die Bergbehörden beaufsichtigen außerdem noch 9123 Frauen, 18.900 jugendliche und 99 Kinder zumeist in Schlessien.

Es ist nicht leicht aus den sehr kurzen, knappen Berichten ein Bild zu gewinnen von der Lage der Arbeiterinnen. Wohl sind in den 49.593 revidierten Betrieben in überwiegender Mehrzahl die Arbeiter vertreten, aber die Forderung, daß alle Betriebe zum mindesten einmal jährlich von dem Beamten besucht werden, läßt sich auf die Dauer nicht abweisen. Gar manche Arbeiterin ist jahrelang in einer Fabrik beschäftigt und hat nie einen Gewerbe-Inspektor gesehen; oft nicht einmal von ihm gehört. Unter solchen Umständen lassen sich die Verordnungen über den Arbeiterschutz nicht durchsetzen, da sie überdies oft nicht einmal ernst genommen werden. Denn die Strafen für Uebertretungen, nur selten ausgesprochen, sind von einer Willkür, die zu weiteren Gesetzesverletzungen geradezu herausfordert. Für mißbräuchliche Arbeiterarbeit müßte die Geldbuße, um wirksam zu sein, doch mindestens den Gewinn an der Uebertretung erreichen. Ein gelegentlicher wirtsch. Verlust würde die Reizung zur unerlaubten Ausbeutung zugehen, wenn auch die Mehrzahl der Zuwiderhandlungen, der Sachlage gemäß, unbelastet bleibt. Heute hat die Aufdeckung durch den Revisionbeamten wenig zu bedeuten. Während der mehrfachen Verwarnungen wird flott weitergearbeitet und die sächliche Beurteilung zu einer kleinen Geldstrafe ist ganz belanglos. Die ganz ungewöhnlich hohe Strafe von 50 M. erhielt auch nur ein Unternehmer, der jugendliche andauernd 1 1/4 Stunden täglich beschäftigte und sie nicht in die Fortbildungsschule gehen ließ.

In Siegelstein, wo die meisten Fälle unerlaubter Kinderarbeit vorkommen, ist das Uebel schwer anzuroten. Denn die Kinder sind stets nur gerade ganz zufällig bei ihren Eltern; nur im mutwilligen Spiel sehen sie die Nachbarn, so sind neben einander. Pflaster und Weiler haben zu viel Gemüt, um die hilflose Familienezene zu stören. Wenn der Besizer dabei durch das „Spiel“ der Kleinen profitiert, so ist das eben ein merkwürdiger Zufall. Es giebt freilich leider noch schlimmere Fälle von Kinderarbeit, wie z. B. die Verwendung zum Reinigen der Dampfessel. Schon im Jahre vorher hatte der Beamte diesen Anflug gespürt; jetzt ist er durch Polizeiverordnung verboten. Bis tief in die Nacht hinein haben Schulkinder beim Jungeln von Klaffen für geränderte Röhre helfen müssen; auch dieser Uebergriß war gesetzlich geahndet und ist erst jetzt durch Polizeiverordnung aufgehoben worden. Auch in Döhlenbereichen werden Kinder in ungläublicher Weise angestrengt. Die schlimmste Ausbeutung, die der Feimarbeiter ist ja noch immer vor profanen Widen geschäft; aber auch in den Betrieben geht es arg genug zu. Dort befinden sich 61 Kinder, die in der Schulzeit von 7—12 Uhr arbeiten. Während der Ferien jedoch beginnt die Arbeit um 7 Uhr morgens und endet um 7 Uhr abends — oder auch später. Es läßt sich denken, wie diese Ferien die armen Kleinen für die kommende Schulzeit kräftigen; das Zeugnis der Lehrer bezeugt, daß diese Kinder durch die lange Arbeitszeit in ihrer geistigen Entwicklung schwer geschädigt werden. Und diese Quälerei der Bedröseln, dieser Raubbau an ihrer Zukunft was trägt er ihnen ein? Bei angestrengter Anspannung wöchentlich 1,30—2,50 M. Auch an manchen andern Orten noch klagt man über die Arbeit von Schulkindern und über die Beschäftigung von Schulentlassenen unter 14 Jahren bis 10 Stunden, statt der erlaubten 6 Stunden. Wenn daher ein Beamter den Wunsch ausspricht, es möge eine reichsgesetzliche Regelung an Stelle der verschiedenen Polizeiverordnungen treten, wird ihm selber jeder zustimmen. Aber diese Regelung darf nicht mit so viel Ausnahmen hantieren, daß man darüber das eigentliche Gesetz nicht mehr erkennt. Es sei durchgreifend, kurz und klar. Das Urteil über die Verordnung wegen der Sonntagsruhe gilt ebenso für alle andern ähnlichen Bestimmungen: es wird weniger gegen das klare Verbot verstoßen, als gegen die Vorschriften, welche unter gewissen Bedingungen Ausnahmen zulassen. Wenn freilich eine Konservenfabrik 24 schulpflichtige Kinder von morgens 7 Uhr bis abends 7 Uhr mit einständiger Mittags- und 1/2stündiger Vor- und Nachmittagspause schuften läßt, so verlangt man zu wissen, welche Strafe für so flagranter Gesetzesverletzung ausgesprochen wird.

Es gilt, dank der energischen Agitation der Lehrer unter Führung des hochverdienten G. Agard, mehr und mehr als ausgemacht, daß Schulkinder von jeder Erwerbsarbeit frei sein müssen, ihre Tätigkeit und ihren Fleiß allein dem Unterricht zugewenden haben, die Armen wie die Reichen. Und ihre Ruhestunden sollen mit Spiel und körperlichen Übungen ausgefüllt werden, um den Körper zu stärken und den Geist zu erholen — der Armen wie der Reichen.

Um so befremdender wirkt es, daß man es wieder versucht, unter dem Deckmantel menschenfreundlichen Wohlthuns die Kinder der Armut von früher Jugend an ins Ross der Arbeit zu spannen. In Forst in der Lausitz besteht seit 1808 ein Verein, welcher den Zweck verfolgt, arme Kinder im Alter von acht bis vierzehn Jahren durch Gewährung leichter, lohnender Beschäftigung während drei bis vier Stunden des Tages außerhalb der Schulzeit zu unterstützen und namentlich vom Betteln abzuhalten. Der Verein besitzt ein Haus, in welchem die Kinderbeschäftigung „Anstalt“ eingerichtet ist. Sie besteht aus einem großen, hellen und luftigen Zimmer, in dem Tische und Bänke für ungefähr 50 Kinder aufgestellt sind. Diese (zur Zeit 40 Knaben und 10 Mädchen im Alter von 8—14 Jahren) werden, so weit sich nicht Arbeit außerhalb der Anstalt, wie Straßensetzen, Votenlaufen und dergleichen für sie findet, mit dem Auslesen der pflanzlichen Verunreinigungen aus der Wolle und dem Sortieren von Lumpen — es werden um neue, sogenannte Schneebertumpen angenommen — für die Tuchfabriken des Ortes unter Aufsicht von 4 1/2 bis 7 Uhr nachmittags beschäftigt. Unterbrochen wird diese Arbeitszeit durch eine 1/4stündige Pause, in der die Kinder je eine trockene Schmitze Brot erhalten. Von dem verdienten Lohn werden ihnen zwei Drittel monatlich ausbezahlt, oder nach Wunsch verzinslich angelegt; der Rest fließt in die Vereinskasse, welche außerdem Kapitalanlagen, Beiträge von Mitgliedern, und freiwillige Geschenke zustehen. Der ausgezahlte Verdienst schwankt zwischen 1 und 4 M. monatlich. Zu Weihnachten erhält jedes Kind ein Paar Strümpfe und Stoff zu einem Anzuge; den Knaben wird der Anzug gegen Zahlung von 1,30 M. angefertigt. Außerdem werden eingegangene Geschenke an diejenigen Kinder, die sich am besten geföhrt haben, verteilt. Im Jahre 1878 fand dem Verein die Rechte einer juristischen Person verliehen worden.

Eine juristische Person ist der Verein, eine social gesinnte ist er nicht. Sonst ließe er nicht Schulkinder arbeiten, angestrengt arbeiten, für ein paar Pfennig — Kinder von 8 Jahren. Damit sie nicht betteln gehen! Hat der juristische Verein nie von einem Kinderhort gehört? Dort werden die Kinder auch vor dem Betteln geschützt, aber sie beschäftigen sich wie Kinder, nicht wie Fabrikarbeiter. Mit den Weihnachtsgeschenken an Kleingeldstücken erwarbt man das Wohlgefallen der Eltern, und macht sie um so williger, ihre Kinder schon mit acht Jahren ins Arbeitsjoch zu spannen — eigentlich sind ja diese „Geschenke“ auch nur vornehmlicher Arbeitslohn. Was aber die Geschenke betrifft, welche für Wohlverhalten den braven Kindern

gegeben werden? Weihnachtsgaben sollen sein wie das Sonnenlicht, sie scheinen auf Gerechte und Ungerechte; Belohnungen sind keine; es sind Prämien für die fleißigen Arbeiter. — Auch die sächsischen Fabrik-Inspektoren könnten von solchen Anstalten erzählen, wenn sie sich darum bekümmerten.

**Versammlungen.**

**Der Wahlverein für den zweiten Reichstags-Wahlkreis** hielt am 8. September bei Jähle, Demeuwilstraße, eine Versammlung ab. Georg Bernhart referierte über den Genossenschafts-Konflikt in Kreuznach. Redner ging auf den Ursprung der Genossenschaftsbewegung ein. Er beleuchtete das Wesen der Kreditgenossenschaften und schärfte dann die Entwicklung der modernen Konsumgenossenschaften, deren Ausbreitung namentlich seit der Zeit erfolgt sei, wo sich ihnen die Arbeiter in Massen anschlossen. Redner erörterte ferner die bekannten Konflikte, die seit Jahren im Verbands vorzukommen, und den letzten Ausschlußkonflikt. Er übte scharfe Kritik an Herrn Eringer, der selbst nur Kollek — freistimmige Kollek — treibe, wenn er der Wahrheit zuwider den in den Produktions- und Konsumgenossenschaften befindlichen Fremden der Arbeiterklasse vorwerfe, sie wollten die Genossenschaften zu politischen Zwecken benutzen. Niemand solle das ein. — Der Vortrag fand lebhaften Beifall. — Mücke und Jabolzen traten unter Zustimmung der Versammlung für den Anschluß an die Konsumvereine ein, deren Bedeutung für die Arbeiterklasse sie darlegten. — Im Schlußwort bemerkte Bernhart, daß die Konsumvereine ihre Agitation zum Erwerb neuer Mitglieder wirksamer gestalten könnten, wenn sie sich mehr moderne Geschäftsprinzipien aneigneten. Zum Beispiel könnten sie manches kaufmännische Mittel mehr haben, wenn sie auf Bestellung aus Waren vermittelte eigener Wagen den Mitgliedern zufahren würden. — Nach einigen Anregungen des Vorsitzenden Wolderski, die politische Agitation betreffend, schloß die Versammlung.

**Der Wahlverein des dritten Reichstags-Wahlkreises** hielt am Dienstag im „Dresdener Garten“ seine regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Schriftsteller Schütte beleuchtete in einem interessanten Vortrage das Leben und Treiben vieler weniger bekannter Politizipiel, des Studiosus Ludwig Lessing aus der Weimarerischen Zeit und des Schriftstellers Rudolf August Schölkopf aus der Zeit des Sozialistengesetzes. Der Vortrag fand beifällige Aufnahme. In der Diskussion brachte Genosse Otto noch eine Spitzelkennung des bekannten Fr. J. M. G. A. H. W. zur Sprache, worauf die Versammlung, da weitere Verhandlungsgegenstände nicht zu erledigen waren, geschlossen wurde.

**Der Wahlverein für den vierten Reichstags-Wahlkreis (Osten)** hielt am Dienstag eine sehr stark besuchte Versammlung im Lokal „Königsbaum“ ab, in der Reichstags-Abgeordneter P. Singer über: 1903 ein Jahr der Wahlen“ referierte. Der Redner verwies darauf, daß im nächsten Jahre der internationale Kongress, die Reichstags- und Landtagswahlen, die Ergänzungswahlen zur Stabskommission-Versammlung stattfinden werden und eine gewisse Tätigkeit der Parteigenossen erforderlich ist. Im Gegensatz zur Sozialdemokratie haben die Agrarer das Bestreben, die Jollvoletage noch vor den nächsten Wahlen unter Dach und Fach zu bringen, weil sie fürchten, diese Abgeburt dem Volke zu zeigen. Sie versuchen deshalb die Wahlen hinauszuführen und die Legislaturperiode in unzulässiger Weise zu verlängern. Demgegenüber will die Sozialdemokratie alle Mittel zur Anwendung bringen, um zu verhindern, daß der Jolltarif Gesetz wird, zumal diese ganz außerordentlich wichtige Frage bei der vorigen Wahl nicht zur Entscheidung stand. Der Jolltarif wird den Mittelpunkt bei den nächsten Wahlen bilden und die Wahlbewegung dazu bemüht werden, die agrarische Seuche zu bekämpfen und Protest gegen den Militarismus und Marinismus zu erheben. Nachdem der Redner noch die Kommunalwahlen besprochen und darauf hingewiesen, daß es Aufgabe des Parteitagess in München sein wird, auch für die sehr wichtige Gemeindepolitik feste, allgemeine Grundzüge aufzustellen, verwies er darauf, daß die deutsche Sozialdemokratie zu den bevorstehenden Kämpfen vollständig gewappnet ist, und das nächste Jahr für sie nicht nur ein Jahr der Wahlen, sondern auch ein Jahr des Sieges und Ruhmes bedeuten wird. — Eine Diskussion über den mit großem Beifall angenommenen Vortrag wurde nicht beliebt. Der Vorsitzende gab bekannt, daß sich seit der letzten Versammlung 98 neue Mitglieder in den Wahlverein aufnehmen ließen.

**Der Wahlverein für den sechsten Berliner Wahlkreis** hielt am 9. September im Lokal Brannenstr. 164 eine Mitglieder-Versammlung ab. Genosse Kallist hielt einen Vortrag über Arbeitslosen-Versicherung und Sozialdemokratie, sich in seinen Ausführungen im wesentlichen auf den von Rosenbusch entwickelten Standpunkt stehend. In der Diskussion erklärte sich Schmidt gegen jede Arbeitslosen-Unterstützung durch die Gewerkschaften. Trendelenburg ist aus praktischen Erwägungen ebenfalls dagegen, da die Arbeitslosen-Unterstützung seiner Ansicht nach in den Gewerkschaften zu Unzulänglichkeiten führen muß. Gutmann teilt die Ansichten des Referenten; Freyhälter betont, daß die Frage der Arbeitslosen-Unterstützung oder Versicherung getrennt behandelt werden müsse von den übrigen sozialpolitischen Versicherungsfragen, da es sich bei jener doch um etwas anderes handle. An die sehr animierte Diskussion schloß sich ein kurzes Schlußwort des Referenten.

**Eine sehr stark besuchte Vertrauensmänner-Versammlung des Dolzarbeiter-Verbandes** tagte am Mittwoch im großen Saale von Bughenhagen, um zu den Vorschlägen über die Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises Stellung zu nehmen. Der Vorsitzende Th. Glöckle berichtet, daß die Vertreter der Organisation von denen der Arbeitervereinigungen eingeladen worden und die Verhandlungen über den Nachweis am verflochtenen Sonntag stattgefunden haben. Nach dem Vertragsentwurf soll ein paritätischer Nachweis gegründet werden, der von vier Arbeitgebern und vier Arbeitnehmern geleitet und verwaltet wird und dessen Geschäftslokale bis zum 31. Dezember d. J. in der Alexanderstraße, dem bisherigen Unternehmer-Arbeitsnachweis befinden sollen. Die Beamten werden von beiden Seiten in gleicher Zahl gewählt. Die Bedienung der Ansuchen soll besonderen Vereinbarungen überlassen bleiben, mit der Maßgabe, daß der Nachweis für alle Arbeitssuchenden unentgeltlich ist und die Kosten für die Unorganisierten prozentual von den Reisten gebet werden. Bei vorliegenden Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern soll die Entscheidung sofort gemeldet und von diesem unverzüglich Verhandlungen angebahnt werden. Die Arbeit darf erst dann eingestellt werden, wenn die Verhandlungen völlig gescheitert sind. Die Vermittelung darf auch für diejenigen Betrieben nicht verweigert werden, wo Differenzen bestehen oder die Arbeit eingestellt ist. Gingen sollen nachweislich kontraktpflichtige Arbeiter, die keinen Schadenersatz geleistet, innerhalb zwei Wochen durch den Nachweis nicht vermittelt werden. Die Entlassungsberichte sollen beibehalten werden, doch sollen dieselben mit den jetzt bestehenden nicht identisch sein und in denselben lediglich die Dauer der Beschäftigung bescheinigt werden. Nach Errichtung des paritätischen Nachweises müssen die bestehenden aufgelöst und darf neben denselben kein anderer eingerichtet und unterstellt werden.

Das sind die wesentlichen Bestimmungen des Entwurfs, über den sich eine sehr lebhaft Diskussion entspann. Die Versammlung erklärte sich einstimmig für die Errichtung des paritätischen Nachweises aber unter der Bedingung, daß derselbe sofort nach dem Gebäude der Landesversicherungs-Anstalt in der Gommansstraße verlegt, wo geeignete Lokalitäten bis Ende des Jahres vollständig unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden und daß außer den Arbeitnehmern- und Arbeitgeber-Vertretern ein unparteilicher Vorgesender gewählt wird. Der Paragraph über die Arbeits-

Vermittelung soll dahin abgeändert werden, daß zwar für alle Vertriebe vermittelt wird, doch müssten die gesperrten Betriebe den Arbeitnehmenden als solche in geeigneter Weise bekannt gegeben und demjenigen Arbeiter, der sich weigert, in einer Werkstatt Arbeit anzunehmen, weil Differenzen bestehen oder aus anderen Gründen, auch anderweitig Arbeit nachgewiesen werden. Abgelehnt wurde die Verbeibaltung der Entlassungsfrist in dieser oder jener Form, sowie auch der Passus, daß kontraktbrüchigen Arbeitern innerhalb 2 Wochen keine Arbeit nachgewiesen werden darf. Von den Rednern wurde nachgewiesen, daß zunächst meistens gar nicht festgestellt werden kann, ob Kontraktbruch vorliegt und daß doch schließlich nicht den Arbeitnehmern hierüber die Entscheidung überlassen werden darf. Dieser Paragraph ist um so weniger gerechtfertigt, als doch sonst in allen Fällen, also auch für kontraktbrüchige Unternehmer vermittelt werden soll. Mit den übrigen Bestimmungen des Entwurfs erklärte sich die Versammlung im allgemeinen einverstanden. Von allen Rednern wurde betont, daß die Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises wünschenswert ist, daß aber eine wirkliche Parität gesichert sein muß und für den Fall, daß die völlig berechtigten Wünsche der Arbeiter unberücksichtigt bleiben und die Verhandlungen scheitern, soll der Kampf mit allen zu Gebote stehenden Mitteln in der bisherigen Weise weitergeführt werden.

Die Meistervereinigungen werden zu dem Arbeitsnachweis-Entwurf am nächsten Montag Stellung nehmen und wird erwartet, daß die Beschlüsse der Arbeiter gebührende Beachtung finden, so daß eine Einigung zu Stande kommt.

Nach dem Bericht, den der Arbeitsvermittler Maas über die Werkstattstreik ermittelte, ist die Sperre über die Werkstatt von H. A. U. & Co. aufgehoben und hat die Firma erklärt, so lange die Differenzen mit dem Arbeitsnachweis dauern, denselben nicht mehr zu benutzen.

Drei öffentliche Metallarbeiter-Versammlungen wurden am Mittwochabend abgehalten. Es waren alle stark besucht. Die Referenten sprachen über die Bedeutung der gegenwärtigen Streiks in der Metallindustrie. Zur Lage des Pausen-Streiks wurde ausführlich, daß derselbe zu den besten Hoffnungen für die Zukunft berechtige. Die Zimmermeister haben in einer Versammlung am Mittwoch die Auflösung der Auslieferung beschlossen — einer Auslieferung, von der in Berlin überhaupt niemand etwas gemerkt hat. Dieser Streik dürfte in nächster Zeit beendet sein, denn von 110 in Betracht kommenden Firmen mit 900 Arbeitern haben bis jetzt 82 Firmen mit 630 Arbeitern die Forderungen der Gesellen unter schriftlich anerkannt. Im Mittelpunkt des allgemeinen Interesses steht jetzt der Streik der Dreher in den Tegeler Werkg. Werken. Abgesehen von früheren Differenzen mit den Formern ist ein Streik wie der jetzige etwas ganz Neues auf diesem Werke. Hier herrschte bisher ein harmonischer Geist und ständige Arbeiterversorgung, vermisch mit Harmonie und Individualität eines großen Teils der Arbeiter. Jedoch die fortgesetzten Lohnabhängige sowie die trostlosen Übergriffe der Werkbeamten — von denen übrigens Herr Vorsitz selbst wohl kaum unterrichtet sein dürfte — öffnet den Leuten die Augen. Verhandlungen führten zu keinem Resultat. Erst am Mittwoch fand eine von den Drehern nachgesuchte Verhandlung vor dem Einigungsamt des Tegeler Gewerbegerichts statt, auch sie verlief ergebnislos. Vom Werk waren erschienen: Generaldirektor Reuband und Ingenieur Bona. Der Vorsitzende des Einigungsamtes empfahl die Einsetzung einer Schlichtungskommission mit einem unparteiischen Richter, zu der die Dreher zwei Mann zu wählen und auch das Werk zwei Beamte zu entsenden habe. Die Vertreter des Werkes lehnten den Vorschlag ab mit der Motivierung: Die Werkleitung müsse das Recht für sich in Anspruch nehmen, die beiden Arbeitervertreter nach ihrem Ermessen zu ernennen! Natürlich dachten die Arbeiter gar nicht daran, sich diesem erst Kammernannschen Ansuchen zu fügen, infolge dessen wurde die Verhandlung abgebrochen.

Als Gegenstück gegen den Dreherstreik hat der Röhrenarbeiter-Verband am Donnerstag seinen berichtigten Arbeitsnachweis in der Gattenstraße geschlossen. Das ist derselbe wie im Jahre 1897 beim Kornerstreik. Es soll damit bezweckt werden, die Berliner Metallarbeiter auszuhebeln und zur Abwanderung zu treiben, während gleichzeitig alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, willkürliche Arbeitskräfte in Masse von auswärts heranzuziehen. Ferner hat die Firma Becker in Reinickendorf gleich nach Schließung des Arbeitsnachweises Arbeitsuchende abgewiesen mit der Begründung: Erst müssten die Dreher bei der Arbeit wieder aufnehmen, eher würden keine Leute von Berlin eingestellt. Der Dreherstreik kann unter solchen Umständen allerdings leicht große Dimensionen annehmen. Die Lage ist ernst; doch sind bereits wirksame Maßregeln ergriffen, um die Gewalttätigkeiten des Röhrenarbeiter-Verbandes zu paralisieren. In allen Versammlungen wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der gesagt wird:

Den im Kampfe stehenden Kollegen, sowohl den Dreher als auch den Berliner Vulkanpneumern, spricht die Versammlung ihre vollste Anerkennung aus und fordert sie auf, nicht nachzulassen, bis der Sieg unser ist, und verpfeicht die Versammelten diesen Kollegen jede notwendige werdende Unterstützung.

Wißstände bei der Großen Berliner wurden in einer gut besuchten Versammlung der Hauptwerkstätten-Arbeiter, welche am 9. d. M. im Marienbad tagte, erörtert. Von allen Rednern wurde lebhaft Klage darüber geführt, daß die Arbeiterinspektion diesen Betrieb nicht schon längst einer gehörigen Besichtigung unterzogen hat. Unter andern wurde ausgeführt, daß für circa 600 Arbeiter nur 15 Arbeiter vorhanden sind, von denen regelmäßig noch einige verstoßen sind, da keine Spülung angebracht ist. bleibt ein Arbeiter einmal zu lange, dann wird 1/2 Stunde abgezogen. Die Heizungsverhältnisse in der Badstraße sind so mangelhaft, daß man sogar schon zur Heizung durch Coalölde, was doch gesetzlich unzulässig ist, gegriffen hat. Nicht einmal Wascheinrichtungen sind vorhanden; jämmerliche Eimer und dergleichen mehr braucht der Arbeiter nicht. Einige Fenster sind auch verriegelt, wahrscheinlich um das Hin- und Hergehen der Arbeiter zu verhindern. Großen Gestank erzeugt das Abstreifen der Bleche von Lack. Arbeiter, die nicht Nacharbeit leisten wollten, wurden entlassen. Besonders im Wagenbau ist die Ventilation eine miserabile. Nachmals wird das Vorgehen eines Meisters getadelt, auch über einige Kolonnenführer wird noch besonders Klage geführt. Von mehreren Rednern wird der sehr niedrige Lohn bemängelt, und wird dabei auf die hohen Löhnen der höheren Beamten hingewiesen. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: Die heute im Marienbad tagende Versammlung der Arbeiter der Betriebswerkstätten der Großen Berliner Straßenbahn spricht ihre größte Mißbilligung über das Vorgehen des Werkmeisters S., über die mangelhaften sanitären Einrichtungen der Werkstatt sowie die schlechten Lohnverhältnisse aus, und erwartet von der Direktion eine Besserung dieser Mißstände.

Der Verein deutscher Schuhmacher hielt am 8. d. M. eine gut besuchte Versammlung sämtlicher Branchen ab. Als Schriftführer wurde Lichte gewählt. Sodann berichtete Krause, daß die Einführung des obligatorischen Solafonds-Beitrages durch die Urabstimmung am 6. d. M. abgelehnt worden ist. Für die bevorstehende Gewerbegerichtswahl stellte die Versammlung Krause und Ulrich als Kandidaten auf.

Der sozialdemokratische Wahlverein Lichtenberg hielt am Dienstag eine Versammlung ab. Dr. R. Steiner sprach unter großem Beifall über die Arbeiter und die Kunst. Eine Diskussion wurde nicht beliebt. Genosse Pieliegg berichtete über die Kreiskonferenz. Hier tadelte er die Eingreifen Stadtbehörden in die Angelegenheit Frankfurt a. O. Kontra Wegner. Unter Vereinsangelegenheiten wurde ein Antrag Dwig, der die Wahl einer Untersuchungs-Kommission fordert, abgelehnt, da der Vorstand sich mit der in Frage kommenden Angelegenheit Kummer bereits beschäftigt hatte. Angenommen wurde ein Antrag Lichte, nach dem in Zukunft die zwölf Bezirksführer die Stimme in der Vorstandssitzung des Wahlvereins haben sollen.

### Vereinskalender.

**Essentielle Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann.** Alexandrinenstr. 20, Gartenhaus. Geöffnet werktäglich von 6 $\frac{1}{2}$  bis 10 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen von 9 bis 1 und 3 bis 6 Uhr. Reichhaltige Bibliothek und 400 Zeitungen und Zeitchriften jeder Art und Richtung.

**Arbeiter-Zängerbund Berlin und der Umgegend.** Erster Vorsitzender: Julius Meyer, Richtestraße 27. — Erster Kassierer: Carl, Hildesheimerstr. 16. — Alle Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Kortum, Kaufhausstr. 33. — Freitag, 11. September abends 9-11 Uhr. Aufnahme von Mitgliedern. — Kaiserlicher Männerchor, Hermann, Schwedterstraße 23/24. — „Nord“, Brunnenstr. 41. — „Vulcanischer Männerchor“, Hirschgasse, Köpenickerstr. 137/38. — „Vereinte Sangesbrüder Moabit“, Farr, Poststraße 10. — „Magisches I“, Sadow, Lindowstraße 26. — „Gemütsfreude“, Seydelstr. 11. — „Hörigold“, Feind, Weinstraße 11. — „Männer-Gesangsverein“, Brandenburg a. H., Mengert, Bergstr. 6. — „Sängertrio“, Weidenhof, Köpenickerstr. 55. — „Eintracht II“, Eberswalde, Restaurant „Zur Mühle“. — „Neue Zeit“, Brauner, Putzbräu u. Vorhänge-Ges., Ringmüllerstr. Männerchor, Weihenau, Zum Prälator, Scherstraße 38. — Kartaus-Kammerchor Männerchor, Schulz, Stummstraße 38. — „Sangesbrüder“, Dergow, Wannstraße 8. — Gesangsverein der „Pater“, Bauer, Rosenhainstraße 57. — „Freie Sänger I“, Geislerstraße bei Eberswalde, Waage, Jagdschlösschen. — „Kofalla“, Woen, Köpenickerstr. 34. — „Ruf“, Hildesheimerstr. 62. — „Sängerchor“, Stalauer Allee 17. — „Borax“, Krüger, Kammerstr. 6. — „Freier Männerchor Nord“, Better, Bredowstr. 11. — „Freiheit Moabit“, Fischer, Waldstr. 8. — „Liebesfreundlichkeit“, Treptow, Nicker, Emichstraße 29. — „Freiheit Nord“, Wiesb., Schulerstr. 24. — „Sangesklub III“, Tempelhof, Abel, Germaniastr. 20. — „Vollerkantung“, Höhle, Oranienstr. 109. — „Solidarität II“, Potsdam, W. Glaser, Kaiser Wilhelmstr. 38. — „Welfelgott II“, Demmigsdorf, Böhm, Hauptstr. — „Großm II“, Kummelsburg, Beutling, Goehe- und Kunitzstraße-Ges. — „Metallarbeiter Oden“, Taddert, Marktstr. 14. — „Vorbereitung“, Spät, Meinerstr. 28. — „Männerchor I“, Krieger, Kleme, Bergstr. 137 (Deutsches Wohnhaus). — „Großm II“, Krieger, Kleme, Bergstr. 137 (Deutsches Wohnhaus). — „Freiheit III“, Neu-Wehensee, Schmutz, Köpenickerstr. 44. IV. Freitag: Germania, Schmiedehaus, Wilmstraße 21. — „Frohe Stunde“, Guck, Alexandrinenstr. 121. — „Braki“, Schönheim, Guckstr. 8. — „Alpenrose“, Reinickendorf, Post, Zulusstr. 63. — „Dand in Gomb“, Wienerstr. 41. — „Rote Rose“, Ullrich, Reichendergerstr. 133.

**Gesangs- und geistliche Vereine.** Freitag, 11. September abends 9-11 Uhr: „Vereinte Sangesbrüder der Glafer“, Stramm, Ritterstr. 123. — Gesangsverein der „Vorwärt“, Liebenow, Mariannenstr. 48. — „Kantaten“, Schöne, Reichendergerstr. 96. — „Liebesklub II“, Potsdam, Alte Dammstraße 32.

**Arbeiter-Ruderclub Berlin und der Umgegend.** Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Albert Plebent, Berlin, Putzbräu-straße 44. IV. Freitag: Germania, Schmiedehaus, Wilmstraße 21. — „Frohe Stunde“, Guck, Alexandrinenstr. 121. — „Braki“, Schönheim, Guckstr. 8. — „Alpenrose“, Reinickendorf, Post, Zulusstr. 63. — „Dand in Gomb“, Wienerstr. 41. — „Rote Rose“, Ullrich, Reichendergerstr. 133.

**Gesangs- und geistliche Vereine.** Freitag, 11. September abends 9-11 Uhr: „Vereinte Sangesbrüder der Glafer“, Stramm, Ritterstr. 123. — Gesangsverein der „Vorwärt“, Liebenow, Mariannenstr. 48. — „Kantaten“, Schöne, Reichendergerstr. 96. — „Liebesklub II“, Potsdam, Alte Dammstraße 32.

**Arbeiter-Schwimmerclub.** Anfragen an H. Danziger, Burgstraße 14. Freitag abends 7 $\frac{1}{2}$  Uhr: „Repton“, Solls-Badeanstalt, Turnstraße 66. — „Gut Rath“, Solls-Badeanstalt, Dörbergsstraße. — „Hellas“, Solls-Badeanstalt, Schillingstraße. — „Freiheit“, Solls-Badeanstalt, Bärgelstraße.

**Tanzlehrer Verein Solidarität.** „Engländer Hof, Neue Köstr. 3. — „Berliner Tanzlehrer-Verein“, An der Stadtbahn 31. vorn I. — „Verein sozialdemokr. Gaitwirte.“ Vorsitzender: Gwald, Schönfeldstraße 6. Stellungen jeden Freitag nach dem 15. des Monats.

**Zwangslose Instrumentalmit mit Damen im Restaurant des Gewerkschaftshauses.** Am Freitag: Sottler.

**Arbeiter-Radfahrerclub „Solidarität“.** Gau 9 (Brau. Brandenburg). Alle Radfahrer und Anlagen des Gau betreffend, sind zu richten an den Gau-Vorsitzenden Karl Fischer, Berlin N.W., Waldstr. 8. Freitag: „Blig“, Reichendergerstr. 10. — „Jahr wohl II“, jeden Freitag nach dem 1. und 15. Brunnenstr. 188. — Arbeiter-Radfahrer-Verein „Charlottenburg“, jeden Freitag nach dem 1. und 15. Wilmstraße 23. — „Concordia“, jeden Freitag nach dem 1. und 15. Hinterstraße, 104. — „Ard.-Radf.-Verein“, jeden Freitag vor dem 1. und 15. Steglitz, Schildhornstr. 98. — „Vorwärts“, jeden Freitag nach dem 1. und 15. Kirchhof, Reuterstr. 54. — „Oberprece“, jeden Freitag nach dem 1. und 15. Ober-Schöneweide, Wilhelmshofstr. 18.

**Arbeiterverein „Vorwärts“, Kopenhagen.** Jeden Sonnabend im Verlehrslokal, Korsgade 49: Versammlung. Teilnehmende befinden sich auch die Bibliothek des Vereins. Die nach Kopenhagen kommenden Genossen wollen dies beachten.

### Vermischtes.

**Wie aus Gleichem gemeldet wird,** ist auf der Karls-Kolonie zu Ruda in einem zur gräflich Salkenstemischen Brandenburg-Grube gehörigen Holzschlägerhütte Mittwochnachmittag die Zimmerung zusammengefallen, wodurch ein Steiger und vier Verleute verunglückt wurden. Bei den sofort eingeleiteten Rettungsarbeiten wurden ein Verunglückter tot, der Steiger und zwei Verleute verletzt und einer unverfehrt zu Tage gefördert.

**Zum Schönfelder Massenunglück.** Wir brachten kürzlich die Mitteilung, daß durch den Einsturz eines Gerüstes beim Bau eines Wasserturnes in Schönfeld bei Leipzig 10 Arbeiter getötet und 25 schwer verletzt wurden. In Bezug auf dieses Unglück hatten nun einige Leipziger Tageszeitungen mitgeteilt, daß längere oder kürzere Zeit vor dem Zusammenbruch des Baugerüsts auf dessen Mängel von Arbeitern aufmerksam gemacht worden sei, daß die Beschuldigten aber, insbesondere bei der Gemeindeverwaltung sowie bei einzelnen von ihnen angerufenen Gemeindevorstern kein Gehör gefunden hätten. Dieser schweren Anklage gegenüber erklärt nun der Gemeindevorstand von Schönfeld in der „Leipziger Volkszeitung“ auf Grund unansechtbarer Thatsachen, daß jene Anstrengungen auf Unwahrheit, und zwar, wie der Gemeindevorstand glaubt annehmen zu sollen, auf bewusster Unwahrheit beruhen.

Der Wert dieser auf Grund „unansechtbarer Thatsachen“ abgegebenen Erklärung wird von unserm Leipziger Parteiblatt durch folgende Mitteilungen ins rechte Licht gerückt:

Der mit dem Unglück beigt im Krankenhaus befindliche, 41 Jahre alte Maurer Otto Karl Voigt, wohnhaft Leipzig, Hauptstraße 8, hat bereits Mitte voriger Woche sich über den mangelhaften Gerüstbau geäußert und zwar nicht nur gegenüber seinen Arbeitskollegen, die jetzt tot sind oder mit ihm schwer verletzt im Krankenhaus liegen, sondern auch gegenüber andren Kollegen, denen aber eine Besichtigung des inneren Turngerüsts an Ort und Stelle unmöglich war, weil sie nach früheren, anderwärts gemachten Erfahrungen besüchtern mußten, in der üblichen unzulässigen Weise von den Unternehmern und ihren Vollkern behandelt zu werden. Der Maurer Krause, wohnhaft Schönfeld, Wiesenstraße 11, der auf dem zusammengebrochenen Gerüst mit gearbeitet hat, hat nicht nur den Voller, der am Leben geblieben ist, sondern auch den von der Gemeinde Schönfeld angestellten Bauführer Busch auf die Mängel aufmerksam gemacht. In nachdrücklicher Weise ist das am Sonnabend, den 30. August, geschehen. Die Folge war, daß der Maurer Krause vom Voller, angeblich auf ausdrückliches Verlangen des Bauführers, am nächsten Montag früh einseh aus der Arbeit entlassen wurde. A. ging hierauf am selben Vormittag auf das Gemeindevorstand, um dort seine Beschwerden vorzutragen, konnte aber den Gemeindevorstand nicht sprechen, da derselbe nicht anwesend war. Noch zweimal machte A. den Versuch, den Gemeindevorstand sprechen zu können, doch stets vergeblich. Dem Baumeister Jäger sowie dem Gemeindevorstand Kellert, die beide Mitglieder der Bau-Kommission sind, machte A. von den Mängeln der Bauausführung und des Gerüstbaues Mitteilung. Der Staatsanwaltschaft ist der ganze Hergang zur Kenntnis gebracht worden. Moge das Ergebnis der Untersuchung sein, welches es wolle, für uns steht heute schon so viel fest: dieses Unglück hätte verhindert werden können, wäre die von den Bauarbeitern schon längst laut und vernehmlich erhobene Forderung auf Anstellung von Baucontroleuren aus den Reihen der Arbeiter erfüllt worden.

### Eingegangene Druckschriften.

Die revolutionäre Bewegung in Russland. (Anarchistische Bibliothek.) (Schriftliche Skizze von W. Rast. Berlin. Verlag „Neues Leben“. 10 Pfennig.)

Der Leipziger Bankrott. Von Berthold Otto. Leipzig. 2. G. Th. Schöner.

Herrn Adler. Der außergerichtliche Vergleich mit den Gläubigern und des Konkursverfahrens. Leipzig. Rich. Lipski.

### Briefkasten der Redaktion.

pa. 19. Nicht geeignet. J. G. 19. 68 Funktionärmitglieder und 2106 000 sozialdemokratische Stimmern bei den Wahlen im Jahre 1898. Lindenwalle. F. G.: Führer durch das Vereins- und Versammlungsrecht. Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Preis 30 Pf.

G. S. Der Dom ist bis zur obersten Spitze 110 Meter hoch, der Petrierturm 96,3 Meter.

G. W. 36. 1. und 2. Rein. — G. Z. Köpenick. Ist nicht vereinbart, so beträgt die Räumigungsfrist für ein Dienstmädchen 6 Wochen zum Quartalsberken. — G. 2. 102. Ja: das Urteil ist noch heute ohne weiteres vollstreckbar. — 59 P. Sie sind nachberechtigt. — 2. W. 88. Der Vater muß zahlen. Ein Recht, das Kind von vollendetem vierten Jahre ab zu sich zu nehmen, steht ihm seit dem 1. Januar 1900 nicht zu. — G. Mann. Rein. Sie sind kleiner geworden. — 100 Z. W. 1. Ja. 2. Die Höhe der Gebühr richtet sich nach der Höhe des Streitgegenstandes. 3. Rein.

### Witterungsübersicht vom 11. September 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. d. F. u. C.	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. d. F. u. C.
Swinemünde	761 W	1	best	12	8	Saparanda	750 NW	6	best	10	5
Hamburg	762 W	2	best	11	11	Stettin	754 NW	1	best	10	14
Berlin	761 W	1	best	13	11	Köpenick	759 W	4	best	14	—
Frankfurt	761 SW	1	best	15	15	Aberdeen	—	—	—	—	—
München	763 SW	3	best	15	15	Paris	761 S	1	best	14	—
Wien	761 SW	1	best	16	16						

**Wetter-Prognose für Freitag, den 12. September 1902.** Teilweise neblig, sonst ziemlich besser, am Tage etwas wärmer bei schwachen südöstlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

### Verband der im Bergolde-gewerbe beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen Deutl.

(Zentrale Berlin.) **Codes-Anzeige.** Am 9. Sept. er. verstarb plötzlich u. Herzschlag unser Kollege 226/18

**Max Ziegenhirt** im Alter von 52 Jahren. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Freitag nachm. 5 Uhr vom Trauerhause Hildner, Steinmühlstr. 40, aus, nach dem Kirchhof der Gemeinde Kirchhof, Marien-dorfer Weg statt und erwartet eine zahlreiche Beteiligung. Der Vorstand.

**Emil Stammwitz** im 48. Jahre. Dies zeigt tiefbetäub an Marie Stammwitz nebst Kindern. Beerdigung findet am Sonnabend, den 13. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, vom Krankenhaus am Urban aus nach dem Emmaus-Friedhof statt. 1886b

**Codes-Anzeige.** Am 9. September verstarb nach langem Verden unser lieber Kollege

**Rudolf Mattif.** Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet Sonntag, den 14. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobikirchhofs aus statt. 10522

Die Kollegen der Piano-Fabrik von Hanfen.

**Orts-Krankenkasse der Sattler und verwandter Gewerbe.** Montag, den 8. September, verstarb plötzlich unser Mitglied

**Willi Polke.** (Werkstatt von J. Brummer.) Die Beerdigung findet Freitag nachm. 10 Uhr vom Leichenhause in der Hannoverstraße aus nach dem Richardshofe in Marien-dorf statt. J. A. G. Schumann.

**Codes-Anzeige.** Am Donnerstag, den 11. September, vormittags 11 Uhr, verstarb nach langem Verden meine liebe Frau und gute Mutter

**Anna Dohlert** geb. Schulz. Dies zeigt an der trauernde Witte Emil Dohlert nebst Tochter. Die Beerdigung findet Sonntag nachmittags 5 $\frac{1}{2}$  Uhr vom Trauerhause, Köpenickerstr. 3a, aus nach dem Kirchhof der Andreae-Gemeinde in Wilhelmshof statt.

**Orts-Krankenkasse der Gelb- u. Zinnigesser.** Sonntag, den 21. September, vormittags 10 Uhr,

im **Gewerkschaftshause,** Egelstr. 15, Saal III: **Außerordentliche General-Versammlung** wozu sämtliche Herren Arbeit-geber, welche 1/2 zur Kaffe zahlen, und sämtliche grossjährigen Kassenmitglieder hiermit ein- geladen sind.

**Orts-Krankenkasse** der **Gelb- u. Zinnigesser.** Sonntag, den 21. September, vormittags 10 Uhr,

im **Gewerkschaftshause,** Egelstr. 15, Saal III: **Außerordentliche General-Versammlung** wozu sämtliche Herren Arbeit-geber, welche 1/2 zur Kaffe zahlen, und sämtliche grossjährigen Kassenmitglieder hiermit ein- geladen sind.

**Orts-Krankenkasse** der **Gelb- u. Zinnigesser.** Sonntag, den 21. September, vormittags 10 Uhr,

im **Gewerkschaftshause,** Egelstr. 15, Saal III: **Außerordentliche General-Versammlung** wozu sämtliche Herren Arbeit-geber, welche 1/2 zur Kaffe zahlen, und sämtliche grossjährigen Kassenmitglieder hiermit ein- geladen sind.

**Orts-Krankenkasse** der **Gelb- u. Zinnigesser.** Sonntag, den 21. September, vormittags 10 Uhr,

im **Gewerkschaftshause,** Egelstr. 15, Saal III: **Außerordentliche General-Versammlung** wozu sämtliche Herren Arbeit-geber, welche 1/2 zur Kaffe zahlen, und sämtliche grossjährigen Kassenmitglieder hiermit ein- geladen sind.

### Allg. Orts-Krankenkasse für die vereinigten Gewerbe-Betriebe Charlottenburgs.

An die Delegierten! Auf Antrag der hauptamtlichen Anzahl von Delegierten berufen wir hiermit eine

**außerordentliche General-Versammlung** zum Dienstag, den 23. Septbr. cr., abends 9 Uhr, nach dem Saal des Volkshauses, Köpenickerstr. 3, mit der von den Antragstellern besetzten Tagesordnung

1. Beschwerde über den Kassenvorstand von Seiten einzelner Beamtinnen.
2. Beschlußfassung über die Besetzung von Anwärtern, welche der Kasse durch die hauptamtliche Entlassung von 4 Beamtinnen durch den Kassenvorstand erwachsen. (§ 55 Absatz 5 des Statuts.)
3. Stellungnahme zur Dienstordnung und ihren Ergänzungen dazu vom 11. November 1900.
4. Kündigung des § 37 des Statuts (in § 37 Absatz 1 an Stelle der Zahl 6 die Zahl 13 zu setzen, in Absatz 2 Zeile 4 an Stelle der Zahl 4 die Zahl 8 und Zeile 5 an Stelle der Zahl 2 die Zahl 4 zu setzen.)
5. Neuwahl der ausgeschiedenen Kassenvorstandsmitglieder.
6. Beschlußend.

Die Delegierten erhalten auherdem eine schriftliche Circular-Einladung, welche zur Teilnahme an der Generalversammlung legitimiert, jedoch hohen diejenigen keinen Zutritt, deren Delegiertenmandat nach näherer Vorsehritt des Kassenvorstandes inzwischen als erloschen zu betrachten ist. Charlottenburg, 12. September 1902.

**Der Kassenvorstand.** Wilhelm Sabor.

**Bekanntmachung.** Gemeinl. Orts-Krankenkasse für Mariendorf u. Umgegend.

I. Am Sonntag, den 21. September d. J., vormittags 9 $\frac{1}{2}$  Uhr, im Mariendorf im Restaurant Setzofand, Feilstr. 14:

**außerordentliche Generalversammlung,** zu der die Delegierten hierdurch eingeladen werden.

**Tagesordnung:**

1. Beschlußfassung zur Verlängerung des Vertrages mit dem Verein der freigestellten Kassenzärzte.
2. Genehmigung des Vertrages mit Herrn Dr. GutsMann in Marienfelde.
3. Wahl eines Arbeitnehmersvertreters in den Vorstand.
4. Festlegung des Termins zur Erwählung von 8 Arbeitnehmersvertretern.
5. Verschiedenes. 275/1

II. Vom 1. Oktober d. J. ab ist der Herr Dr. GutsMann in Marienfelde (Bahnhof), Großbeeren- und Bahnsackhofs-Gde wohnhaft, als Kassenzarzt für unsere hiesigen Kassenzurück- und Patientenliste bestellt, und haben sich von da ab unsere Mitglieder dieser hiesigen Kassenzurückstellen an diesen zu wenden. Sprechstunden 8-9 Uhr vormittags, 4-5 Uhr nachmittags. Sonn- und Feiertags 11-12 Uhr vormittags.

Mitglieder, die sich durch andere Kasse behandeln lassen, thun dies auf ihre Kosten. Mariendorf, 10. September 1902.

**Der Vorstand.** J. A. P. Sacker, 2. Vorsitzender.

**Patentanwalt Dammann,** Moritzplatz 57. Kaufkraft bis abends neun. (45392)

**Dr. Schönemann,** Spezialarzt für Haut, Horn- und Frauenleiden, Seydelstr. 9. 1/2 12-1/3 8, 1/6 6-1/8 8, Sonnt. 9-11.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion den Publikums gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**  
Freitag, den 12. September.  
Opernhaus, Bolzini (Pagliacci) ...  
Schauspielhaus, Der Hund der ...  
Neues Opern-Theater (Kroll), Die Puppe ...  
Deutsches, Es lebe das Leben ...  
Berliner, Ab-Feidelberg ...  
Reising, Dame Kobold ...  
Weiden, Die Brautlosterie ...  
Neues, Letzte Seite ...  
Meißens, Der Fall Mathieu ...  
Thalia, Er und seine Schwester ...  
Central, Drei Paar Schuhe ...  
Schiller, O. (Wallner-Theater) ...  
Schiller, N. (Friedrich-Wilhelm) ...  
Carl Weich, Eine Paria ...  
Luifen, Die Dame von Lyon ...  
Casino, Heilige Arbeit ...  
Kleines, Serenissimus ...  
Thalia, Er und seine Schwester ...  
Central, Drei Paar Schuhe ...  
Schiller, O. (Wallner-Theater) ...  
Schiller, N. (Friedrich-Wilhelm) ...  
Carl Weich, Eine Paria ...  
Luifen, Die Dame von Lyon ...  
Casino, Heilige Arbeit ...  
Kleines, Serenissimus ...

**Thalia-Theater.**  
Dresdenerstrasse 72-73.  
Novität! Anfang 7 1/2 Uhr. Novität!  
Er und seine Schwester.  
Pöffe mit Gesang und Tanz in 4 Akten.  
Zum 2. Akt: Riegel-Couplet.  
Gerda Walde, Fritz Helmerding,  
Herbert Paulmüller, August Reiff.  
Morgen und folgende Tage: Er  
und seine Schwester.

**Luisen-Theater.**  
Reichensbergerstrasse 34.  
Drei Minuten vom Kaiserpark.  
Abends 8 Uhr: Zum fünftenmal:  
Die Dame von Lyon.  
Schauspiel in 3 Akten von Lord Lytton.  
Vorverkauf 10-12 Uhr Theaterkasse,  
Jubiläumskarten, Unter den Linden 24  
und Künstlerbank, Unter den Linden 19.  
Morgen: Die Dame von Lyon.  
Sonntag 3 Uhr zu kleinen Preisen:  
Marie Stuart. Abends 8 Uhr:  
Zum hundertmal: Die Dame  
von Lyon.

**Carl Weiss-Theater.**  
Große Frankfurterstr. 132.  
Abends 8 Uhr:  
Eine Paria.  
Lebensbild in 5 Akten (8 Bildern)  
von Ernst Hirtzfeld.  
Morgen: Diefelbe Vorstellung.  
Zum Garten: Neue Specialitäten.  
Anfang 5 Uhr.  
Sonntagvormittag: Der Götter  
von Notre Dame.

**Wilhelm-Theater.**  
Friedrichstr. 236.  
Ein toller Einfall.  
Schwank in 4 Akten von Carl Lauff.  
Morgen und folgende Tage:  
Ein toller Einfall.  
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

**Casino-Theater.**  
Lützowstr. 37.  
Täglich 8 Uhr, Sonntag 7 1/2 Uhr.  
Links: „Das tanzende und singende  
Europa“, Jersey, Die Barislow etc.  
Rechts: Die großen jubelnden Erfolge:  
Christliche Arbeit.  
Entrée 30, Part. 50, Part. zc. bis 2 Pf.

**Apollo-Theater**  
Um 8 Uhr:  
Die vorzügl. Specialitäten.  
Um 9 Uhr: Kolossaler Lacherfolg!  
**Lysistrata**  
Operette in 2 Akte v. Paul Lincke mit  
Carola x Steidl x Rieck  
Kröcher x Kottner x Lieban x Runge  
Kasseneröffnung 7 Uhr.  
Anfang 8 Uhr.

**Urania.**  
Tauben-Strasse 48/49.  
Im Theater um 8 Uhr:  
Tausend Jahre deutscher  
Kultur.

**Passage-Theater.**  
Auf das glänzendste renoviert.  
Aufgang  
nur Unter den Linden 22.  
Anfang 8 Uhr, Sonntags 9 Uhr.  
**Hella Collier**  
Deutschlands beste Vortrags-  
Soubrette.  
Savely Goré, neuer  
russischer Tenor - Liene  
d'Amiroff, hohe Schule,  
geritten auf einer Plattform.  
14 erstklassige Nummern.

**CASTANS  
Panoptikum**  
Friedrich-Strasse 165.  
Die sensationellen  
lebenden Bilder,  
dargestellt v. 6 jungen Damen.  
Kirchmeiers  
Berliner Original-  
Schrammeln.

**ZOOLOGISCHER  
GARTEN**  
Täglich nachmittags 4 Uhr:  
**Militär-Doppel-Konzert.**  
Entrée 1 M.  
ab 6 Uhr abends 50 Pf. Kinder  
unter 10 Jahren die Hälfte.

**Metropol-Theater**  
Heute:  
**Berlin bleibt Berlin.**  
Grosse Ausstattungssposse  
mit Gesang und Tanz in  
5 Bildern von Julius Freund.  
Musik von Erik Meyer-  
Helmund.  
Emil Thomas u. G. Josef Josephl.  
Henry Bender, Flora Sidling,  
Hans Reichsberg, Wini Grätzl.  
- Johanna Junker-Schatz.  
Anfang 8 Uhr.  
Rauchen gestattet.

**Buntes Theater.**  
„Ueberbrett!“  
Reichensbergerstrasse 68.  
Anfang 8 Uhr.  
1. „Wer ist schuldig?“ Lustspiel  
in 1 Akt von Grillparzer.  
2. „Bunter Zeit“ unter Leitung von  
Oscar Strauss, Tiny Sanders u. G.,  
Bozenn Bradsley, Bokken Lassen,  
Marcell Salzer.  
Barfett 3 M.

**Kleines Theater**  
(Schall und Rauch)  
Unter den Linden 44.  
Anfang 8 Uhr.  
Serenissimus-Zwischenspiele  
Frau Miml. Kollegon. Schöne Seelen.

**Palast-Theater**  
früher Feen-Palast, Burgstr. 22.  
Gänzlich neu umgebaut.  
Täglich: Das Beste vom Besten.  
Präcis 9 Uhr:  
**Gromme Wünsche.**  
Schwank in 3 Akten von J. Rosen.  
Stroh v. Ströberg; Dir. Rich. Winkler.  
Rundspecialitäten ersten Ranges.  
Lotte Manda, beste deutsche Soubrette.  
Fritz Brandt, nur Original-Schläger.  
Les Premiers, Akrobat-Gauleiter.  
Terné-Truppe, Orientalist.  
Entrée 30 Pf. Barfett 50 Pf.  
numerierter Platz 75 Pf., nume-  
rierter Platz 1 M., Special 1,50 M.,  
Lage 2 M.  
Anfang 8 Uhr.

**Wintergarten.**  
Maud Grisolds, Hunde-Dressen.  
Les Silvas, Leiter-Équilibristen.  
Joels de Witt, Sängerin u. Geigerin.  
Die Vicentinas, Rollschuhläufer.  
Rofax, athletische Produktionen.  
Karl Meister, Tenorist vom k. k.  
priv. Carl-Theater in Wien.  
Helene Gerard, „Hohe Schule“.  
Sari Fedak, Sängerin vom Ungar.  
Theater in Budapest.  
Die Kollino-Truppe, ital. Akrobaten.  
Claudine Polaire, Pariser  
Sängerin.  
W. C. Fields, komischer Jongleur.  
**Cléo de Mérode**  
Tänzerin v. d. gross. Oper in Paris  
„Biograph“.

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater G. (Wallner-Theater)  
Freitagabend 8 Uhr:  
Sappho.  
Trauerspiel in 5 Aufzügen von  
Friedrich Schiller.  
Sonntagabend 8 Uhr:  
Zum erdennmal:  
Doktor Klaus.  
Sonntagvormittag 3 Uhr:  
Heimat.  
Sonntagabend 8 Uhr:  
Doktor Klaus.

**W. Noacks Theater.**  
Bismarckstr. 16.  
Die Jagd n. d. Schwiegerohn.  
Charakterbild mit Gesang in 3 Akten  
von G. Starke.  
Vorher: Die Erbtante.  
Schwank in 1 Akt von Schmalow.  
Im Saal: Tanzkränzchen.

**Fröbels  
Allerlei-Theater**  
fr. Puhlmann, Schönhauser Allee 148.  
Benedetti u. Stewart. - Gebrüder  
Mikardo. - Charles Dunbar. - Tsching  
u. Tsching. - Hochberg. - Die 5 Orient-  
sterne. - Flora-Truppe.  
Dazu Otto Waldemar  
mit vollständig neuen Schlägern.  
Nur noch wenige Tage:  
Um 8 1/2 Uhr:  
Unser Goldjunge.  
Im Saal: Großer Ball.  
Anfang 5 Uhr. - Entrée 30 Pf.  
Schluss der Spielzeit: 15. September.

**Prater-Theater**  
Kastanien-Allee 7-9.  
Täglich:  
Durch fremde Schuld.  
Vollständ. in 3 Akten von A. Seelen.  
Eugen Mikardo, Tonangewandter -  
Ulrich Loyal. - Leodikas Kakadus,  
fomische Reducteur. - The Erados.  
Flory Florentin, Soubrette. - 3 Stöge-  
manns, römische Seite. - Konzert.  
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.  
numerierter Platz 50 Pf. Kalbo.

**Sommertheater  
Marienbad**  
Badstr. 35/36, Gesundbrunnen.  
Täglich:  
**Der Brandstifter.**  
Operette in 1 Akt von Lindner.  
Willy Reinhold; Dir. R. Wagner.  
Erfolgreiche Specialitäten.  
Entrée 20 Pf.  
Bund und Borzugskarten haben  
Vorrang.

**Bernhard Rose-Theater**  
Alt-Moabit 47/49.  
Geld ist die Hauptsache.  
Burlotte in 1 Akt v. F. v. Friede.  
Frau Eva.  
Schwank in 1 Aufzug.  
Der Denunziant.  
Vollständ. mit Gesang in 3 Bildern  
von Hans Müller.  
Anfang des Konzerts 7 Uhr,  
der Vorstellung 8 Uhr.  
50 Pf.

**Sanssouci**  
Kottbuserstr. 4a,  
Station der Hochbahn.  
Täglich  
Hoffmanns  
Norddeutsche Sängerk  
Sonntag, Montag und  
Donnerstag nach der  
Soiree: Tanzkränzchen.  
Anfang Sonntag 5 Uhr,  
Entrée 50 Pf., Wochentags  
8 Uhr, Entrée 30 Pf.  
Bereinsbillets gültig und Tanz frei.  
Montag, 15. September: Benefiz.

**Reichshallen.**  
Täglich:  
Stettiner Sängerk  
Anfang: Wochentags  
8 Uhr, Sonntag 7 Uhr,  
Zogestasse 11-11 1/2 Uhr.  
Anfang: Wochentags  
8 Uhr, Sonntag 7 Uhr,  
Zogestasse 11-11 1/2 Uhr.

**Steidl-Theater**  
Finkenstr. 133  
an der  
Friedrichstr.  
Täglich  
8 Uhr:  
die unver-  
gleichlichen  
Fritz  
**Steidl-Sänger**  
Entrée 50 Pf. Special 1 M., Vor-  
verkauf von 11-1 Uhr an der Kasse.  
Sonnt. u. Donnerst. Tanzkränzchen.  
Allen Freunden und Genossen  
zur Nachricht, daß ich  
Blumenthalstr. 5  
die Restauration von Karl Bohrend  
übernommen habe und bitte meine  
Freunde und Gönner, mich zu berück-  
sichtigen.  
1907  
Louis Klose, Drechsler.

**Achtung! Bauanschläger. Achtung!**  
**Verband der Bauanschläger Deutschlands.**  
(Ortsgruppe Berlin.)  
Sonntag, den 14. d. M., vorm. 10 Uhr, bei Schulz, Grenadierstr. 33:  
**Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Berlegung bezw. Diskussion der  
Verbandsfrage. 3. Wahl eines stellvertretenden Schriftführers. 4. Regelung  
des Arbeitsnachweises. 5. Verschiedenes.  
Kollegen, welche sich dem Verband anschließen wollen, zur Nach-  
richt, daß die hiesige Ortsgruppe ihre hängigen Versammlungen jeden zweiten  
Sonntag im Monat bei Schulz, Grenadierstr. 33, abhält.  
Die Ortsverwaltung.

**Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“.**  
(Gau IX.)  
Freitag, den 19. d. M., abends 8 1/2 Uhr, in den  
„Borussia-Sälen“, Adlerstr. 6/7:  
**Kombinierte Versammlung**  
aller Berliner Bundes-Vereine.  
Tages-Ordnung:  
1. Neuwahl des Gau-Vorstandes. 2. Ergänzungswahl der Bezirks-  
leitung für den 7. Bezirk. 3. Verschiedenes.  
Es ist Pflicht aller Berliner Bundesgenossen in dieser Ver-  
sammlung zu erscheinen. Gleichseitig wurde bekannt, daß am Sonntag,  
den 21. d. M., eine Gantour nach Zehlitz gefahren wird, zwecks  
Gründung eines Bundes-Vereins. Abfahrt für die Genossen Berlin und  
Umgegend früh 6 Uhr in Schöneberg, Hauptstraße, Kaiser-Wilhelm-Platz.  
Um recht rege Beteiligung ersucht. Karl Fischer, Gau-Vorsitzender.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:  
**Sitzung der Orts-Verwaltung.**  
**Achtung! Einsetzer. Achtung!**  
Sonntag, den 14. September, vormittags 10 Uhr, findet in den  
bekannten Lokalen die Morgensprache statt.  
Zahlreichen Besuch erwartet. Die Kommission.

**Achtung! Bauarbeiter Berlins und Umgegend.**  
Auf den Bauten Hochstr. 31, Unternehmer Löwenthein, Prinz-Friedrich-  
Karlstraße, Unternehmer Clemens, Neue Charité, Eingang Luisen-Platz,  
Unternehmer Geislich, Hofenheide „Neue Welt“ (Saubau), Unternehmer  
Zenneburg, sind Differenzen ausgebrochen.  
Auf den beiden erkrankten sind einige Arbeitslose beschäftigt.  
Wir ersuchen die organisierten Bauarbeiter, diese Bauten zu meiden  
und den Zugang fernzubehalten.  
Die Verbandsleitung der Bauarbeiter Berlins und Umgegend.  
J. A. S. Seidemann.

**Deutscher Buchbinder-Verband.**  
Zahlstelle Berlin.  
Morgen Sonntagabend, den 13. September,  
in Louis Kellers Festsälen, Koppenstr. 29:  
**Grosse humoristische Soiree**  
der  
**Original-Norddeutschen Sängerk**  
Herrn: Diebler, Wolff, Paul, Rikmann, Hohenberg, Bönsch.  
Besonders gewähltes Programm.  
Nach der Soiree:  
**Großer Ball in beiden Sälen.**  
Herren, die daran teilnehmen, zahlen 30 Pf. nach.  
Billet 30 Pf. Anfang präcis 8 1/2 Uhr.  
Abendkasse findet nicht statt.

Billets sind bei den Verkaufern - Vertrauenspersonen, sowie in unserem  
Bureau, Engel-Ufer 15 II bis morgen abend 6 Uhr zu haben.  
Zahlreichen Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.  
Die Zahlstellen sowie das Bureau bleiben morgen abend  
geschlossen.

**Fleisch teuer, aber Seefische billig!**  
Von täglich frischer Zufuhr empfehlen wir:  
**Schellfische** in allen 20-30 Pf. pro Pfd.  
Größen  
grosso ohne Kopf und im Anschnitt 20-35 Pf. . . .  
(zum Kochen und  
Braten sehr em-  
pfehlenswert) ohne  
Kopf u. im Anschn.  
**Cabliau** 25-30 Pf. . . .  
**Bratflunder** 20-25 pro Pfd. (3 Pfd. 65 Pf.)  
**Seehecht** . . . . . 35-40 Pf. pro Pfd.  
**Knurrhahn** . . . . . 25 Pf. pro Pfd.  
**Seelachs** 20 Pf., im Anschn. 27-30 Pf. pro Pfd.  
**Rotzungen** . . . . . 45-50 Pf. pro Pfd.  
Alle andren Sorten ebenfalls billig.

**Deutsche „Nordsee“**  
Dampfschifferei-Gesellschaft „Nordsee“  
Hauptfiliale Berlin C. 23, Bahnhof Börse, Bogen 9-10.  
II. Filiale: Lüneburgerstrasse, Ecke Paulstrasse.  
III. : Prinzenstrasse 30. 5055L  
IV. : Madalstr. 22, im Schlesiischen Bahnhof.

**Anzug-, Paletot-, Hosen-Stoffe.**  
**Stämmungs-Ausverkauf!!!**  
Die Bestände unfres Ladengeschäfts  
**Spandauerstr. 33/35**  
werden wegen Aufgabe des Ladens bedeutend unter Preis  
ausverkauft. [49542]  
**Brenner & Co.**  
Eingroß- und Versand-Lager jetzt: Königstr. 46 I.  
Reste spottbillig.

**Wohlfahrts-  
Geld-Lotterie.**  
Ziehung:  
4. bis 9. Oktober.  
10 870 Geldgewinne baar  
ohne jeden Abzug zahlbar von Mk.  
**575000**  
Hauptgewinn: Mark  
**100000**  
**50000**  
**25000**  
etc. etc. etc.  
Originallosos a 3,30 Pf. Für  
Porto und Liste 30 Pf. extra.  
**Oscar Bräuer & Co. Nchf.**  
Bank-Gesellschaft  
Berlin W., Friedrichstrasse 181.  
I. Filiale: Wilsackstr. 63.  
II. : Andraastr. 46 a.  
Wir empfehlen sofortige Be-  
stellung, da Loose bald teurer  
werden. 5010L\*

**Wurst!**  
Thüringer Rotwurst à Pfd. 55 Pf.  
Fleischwurst . . . 65  
Holl Zwickelwurst . . . 55  
Brauenschw. Kalbsleberw. . . 85  
Mettwurst u. Polnische . . . 85  
Brauenschw. Mettwurst . . . 85  
Schlackwurst u. Salami . . . 105  
do. Echte Thüringer . . . 135  
Ost. Landsch. i. g. u. halb. . . 100  
Delik. Schiack. o. Knoch. . . 115  
Schliackenspeck . . . 90  
**Paul Klähn,**  
Chausseestr. 27.

Ziehung 4., 6., 7., 8.  
und 9. Oktober 1902.  
Ziehungsorte der Kgl. General-  
Lotterie-Direktion. 500000 Loose.  
**Wohlfahrts-  
Lotterie** zu Zwecken der deut-  
schen Schutzgenossenschaft.  
Loose a. M. 3.30 Porto u. Liste  
30 Pf. extra.  
16.870 Geldgewinne  
ohne Abzug Mark  
**575000**  
Hauptgewinn: Mark  
**100000**  
**50000**  
**25000**  
**15000**  
2 à 10000 - 20000  
4 à 5000 - 20000  
10 à 1000 - 10000  
100 à 500 - 50000  
150 à 100 - 15000  
600 à 50 - 30000  
16000 à 15 - 240000  
Loose versendet: General-Debit  
**Lud. Müller & Co.**  
in Berlin, Breitestr. 5 u. in  
Hamburg, Nürnberg, München.  
Telegr.-Adr. Guckas Müller.  
Billig! Billig!  
**Pingholz = Abfall!**  
von Buchen- u. Eichen-Aebenholz,  
offenrecht zerfeinert, als Ofenfeuerung  
besser wie Kohlen, liefert ich und dazu  
als Anzahnholz Eichen-Späbne  
oder best. feinstem Aebenholz zu den  
billigsten Preisen. 48219  
W. Jönentz, Berlin, Bismarckstr. 64.

Seefisch-Kochbücher gratis.

### Sauerstoffwasser

übertrifft jede Art der natürlichen und künstlichen Mineralwässer an Geschmack.

### Sauerstoffwasser

Ist nicht nur ein sehr feines Tafelwasser, sondern auch medizinisch als eines der besten Heilwässer anerkannt.

### Sauerstoffwasser

wird bei Krankheiten auch ärztlich verordnet. Im Krankheitsfälle befrage man den Arzt. (5049L)

### Sauerstoffwasser

Liefern wir 30 Flaschen infolge unseres Grossbetriebes zu dem billigen Preise von 3 Mk. frei Haus exkl. Flasche, welche mit 10 Pf. berechnet und zurückgenommen wird.

In unseren 300 Niederlagen ist dieses Sauerstoffwasser auch in einzelnen Flaschen a 10 Pf. zu haben.

## Hermann Meyer & Co.

Fernsp. III, 3524. Berlin, Wattstr. 11-12.

### Bier-Abteilung.

30 Flaschen Lagerbier, I. Qualität, a 8 Pf. . . . . 2,40 Mk.  
 30 Flaschen Berliner Pilsener a 9 Pf. . . . . 2,70 Mk.  
 30 Flaschen Berliner Pilsener a 9 Pf. . . . . 2,70 Mk.  
 30 Flaschen Prima Weissbier a 7 Pf. . . . . 2,10 Mk.

exkl. Flasche, welche mit 10 Pf. berechnet und zurückgenommen wird, liefern wir frei Haus.

In unseren 300 Niederlagen sind auch einzelne Flaschen zu gleichem Preise erhältlich. 5050L

## Hermann Meyer & Co.

Fernsp. III, 3524. Berlin, Wattstr. 11-12. Fernsp. III, 3524.

### Selterswasser

30 grosse Flaschen 1,50 Mk.

### Brauselimonaden

Himbeer-, Citronen-, Waldmeister-, a 10 Pf. exkl. Glas, nur aus destillierten, frischen Früchten bereitet, 30 Flaschen frei Haus . . . . . 3,— Mk.

### Fruchtsäfte

Himbeer-, Citronen-, Kirsch-, Erdbeer-, Johannisbeersaft, in feinsten Raffinade eingekocht, a Ltrfl. . . . . 1,30 Mk.

### Citronensaft zur Kur

aus frischer Frucht a Fl. 1,50, 1,00 u. 0,55 Mk. exkl. Flasche, welche mit 10 Pf. berechnet und zurückgenommen wird. Lieferung frei Haus.

In unseren 300 Niederlagen sind einzelne Flaschen zu gleichem Preise erhältlich. 5051L

## Hermann Meyer & Co.

Fernsp. III, 3524. Berlin, Wattstr. 11/12.

### Wohlfahrts-Geld-Lotterie.

Ziehung 4. bis 9. Oktober ex. im Ziehungssaal der Königl. Preussischen Lotterie.

16 870 Geld-Gewinne im Betrage von

## 575 000 Mark bar.

Die Hauptgewinne sind: 4048L  
 100 000, 50 000, 25 000, 15 000 M. etc.

Losse a 3,30 M. amtlicher Preis (Porto und Liste 30 Pf. extra) empfehlen u. versenden auch gegen Nachnahme u. Briefmarken

Bank: Berlin W., Friedrichstr. 198/199  
 Werner & Co., Geschäft, Ecke Krausenstrasse.

Es dürfte sich im Interesse des Publikums empfehlen, umgehend zu bestellen, da diese Lose zum Teil schon mit Aufschlag gehandelt werden und allgemeine Preiserhöhung demnächst eintreten wird.

Telegr.-Adr.: Millionenecke.

### Tanzlehrer-Verein „Solidarität“

(gegr. 1892)

ingt jeden Freitagabend 9 Uhr im „Englischen Hof“, Neue Köhlerstr. 3, Kant I. 912.

Dafelbst werden jederzeit Bestellungen entgegengenommen.

Der Vorstand.

### Tischler-Verein zu Berlin.

Herrenpartie Sonntag, den 14. September, nach dem Diebstahl des Bernau. Abfahrt früh 8 Uhr von dem Bahnhof Reinickendorf mit der Sekundärbahn nach Hoffdorf. Pünktliches Erscheinen ist notwendig. Beste Verbindung: Straßenbahn Kreuzberg—Reinickendorf. Der Vorstand.

**Unsinn ist Viel Geld**

für Güte aufzugeben, man erhält auch zu billigen Preisen gute Sachen, wenn man die richtige Bezugsquelle kennt. (4082)

Knabenhüte 0,75-3 Pr.  
 Herrenhüte  
 weich 1,75-5,25 Mk.  
 steif 2,00-5,25  
 Cylinderhüte  
 4,00-12,00  
 Chapeaux elegants  
 7,00-12,00

im Einzelverkauf bei  
**Arnold & Eggert,**  
 Gut-Engros-Geschäft,  
 Waldemarstr. 44. pt.  
 Kein Laden.

### Arb.-Radf.-Verein „Berlin“.

Montag Sonnabend, 9 Uhr abends:

### IX. Stiftungs-Fest

im Böhmisches Brauhaus,  
 Sandberger Allee. 1318

Dr. Simmel, Prinzenstr. 41.  
 Spezialarzt für 35/10\*  
 Haut- und Harnleiden.  
 10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 2-4

### Große Betten 12 M.

(Oberst. Prusack, zwei Kissen mit gereinigten neuen Federn bei Gustav Suttig, Berlin S., Prinzenstr. 46. Besichtigung lohnen. Viele Anerkennungsbriefe.)

### Die beste Cigarre,

25 Stück in Röhren 1 Mk., wegen Umzug.  
 Binneböse, Seidlingstraße 36.

### Tadellose 5 Pfg.-Cigarren!

Emmy . . . . . 100 St. M. 3,75	1000 St. M. 34,—	Nachstehende Sorten sind etwas kürzer:	Reporter . . . . . 100 St. M. 3,30	1000 St. M. 30,—
Seeroschen . . . . . 3,75	34,—	Prima Donna . . . . . 3,30	30,—	30,—
London Docks II . . . . . 3,80	34,—	Milena . . . . . 3,30	30,—	30,—
Camilla . . . . . 3,80	34,—	Feuerwehr . . . . . 3,50	31,50	31,50
El Comandante . . . . . 4,—	36,—	Flor de Vega . . . . . 3,50	31,50	31,50
El Trafico . . . . . 4,—	36,—	Erna . . . . . 3,50	31,50	31,50
London Docks I . . . . . 4,—	36,—			

Versand nicht unter 100 Stück von einer Sorte gegen Nachnahme; von 800 Stück an portofrei; bei 500 Stück 3% Rabatt. — Die (1000) Vorzugs-Preise kommen auch dann zur Anrechnung, wenn von verschiedenen Sorten zusammen 1000 Stück auf einmal genommen werden. — Garantie: Zurücknahme! — Preisliste gratis und franco!

Früher in Firma: **Rauscher & Fabisch.**  
 Dicht am Hackeschen Markt — Monbijou-Platz — Stadtbahnhof Börse. 5054L

Ein vorzügliches, gehaltreiches, lichtiges Bräu

## F. Happoldt's Tip-Top

in Flaschen und Gebinden. 102/7\*

Telephon IV, 9115

### Brauerei F. Happoldt,

Berlin S., Hasenheide 32/38.

## Kleine Anzeigen.

Jedes Wort 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 16 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Anhalterstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

### Verkäufe.

**Obstmarkt.** Quadratrte 15 Markt an gepflasterter Straße verkauft Hausverwaltung Brunnenstraße 151. 19025\*

**Gardinenhaus** Große Frankfurterstraße 9, parterre. 737\*

**Vorsichtige elegante Herren-Anzüge und Sommerpaletots** aus feinsten Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21, II.

**Diesjährige elegante Herren-Anzüge und Paletots** aus den modernsten Stoffen in guter Verarbeitung und gutem Schnitt von 18 bis 45 Mark. Julius Lindenbaum, Große Frankfurterstraße 141, 4te Stockstr. 12982\*

**Weste** sportlich. Lustiger Hofstraße 2. 17755\*

**Stoppdecken** sportlich. Habell Weinstraße 20. 17018\*

**Teppiche!** (sehr schöne) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Nudelfabrik Markt 4, Bahnhofs Börse. 11975\*

**Teppiche, Betten, Stoppdecken, Gardinen, Spiegel, Bilder, Regulator** von sportlich Leinwand Reiterstraße 6. Teilszahlungen gestattet.

**Ringschiff-Nähmaschine** sehr billig Brandenburgerstraße 53, I. links. 16383

**Malztrappentreppe, Burgstraße** — Frage Trinen Omsatz! — 18 das nächste feinsten Bier besonders für Bierarme, Brauwerke, Wäckererinnen usw. wie auch ein vorzügliches Tafelgetränk, 14 Flaschen 3 Mk., 1/2 Tonne 3,80. Fortsetzung: Ringler, Bernauerstraße 119. Telephon III, 744. Feiner großes Lager von Rübenschäfer Erzeugt und echt englischen Vorker. 12042\*

**Polierklappen, saubere, Band 40 W.** verkauft Handing Reichlich Anhalterstr. Rosenhain, Seandauerstraße 47/48. Fernsprecher I 3614.

**Einigungs-Kuzige,** neueste Paquets, in Dior und Schwarz Samtbaum und Geviert. Julius Lindenbaum, Große Frankfurterstraße 141, 4te Stockstr. 12708\*

**Stoppdecken** billig Habell Große Frankfurterstraße 9, parterre. 737\*

**Nähmaschinen** ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Rebnickerstraße 60/61, Sandbergerstraße 82, 791\*

**Rechnung, Brauwerke.** In Paul Burand Möbelfabrik, Neue Schönhauserstraße 2, bietet sich Brauwerkern die günstigste Gelegenheit, vorzüglichste Ausstattungen für 150, 200, 300, 500 bis 10 000 Mark einzukaufen. Teilszahlung gestattet. In meinen großen Möbelfabriken, drei Etagen, habe ich eine großartige Auswahl aller Arten Möbel zum Verkauf. Durch Masseneinkäufe, Erparung teurer Ladeneinrichtungen ist ich im Stande, ganz bedeutende Vorteile zu gewahren. Stets reichhaltiges Lager in vertieften gewaschenen Möbeln, welche sportlich abgeben werden. Ruhstaus oder Mahagoni-Kleiderstühle und Vertikal 36 Mark, Korridorstühle 22, Tischel-Möbelschrank 35, Bettstellen mit Matratze und Matratzen 22, feinstes Bettel-Möbelschrank mit Sprungfedern Matratze und Matratzen 38, Kommoden 18, Spiegel 8, Schränkchen 17, Tisch mit Stuhl 30, Paletots, Sofa mit Sattelkissen 65 Mark, Garnituren 90 Mark, Herren-Schreibtische, Vorderbänke-Schreibtische, Küchenschrank, Verkleidung ohne Anzahlung. Verkaufte Möbel können beliebige Zeit stehen bleiben und werden durch eigene Schenker sauber transportiert und aufgestellt; auch nach außerhalb. Musterbuch gratis und franko. 12612\*

**Möbeln, mehrere Zimmer, Paletots** 50,00, großer Spiegel, neue Mahagoni 3,00, Schränkchen, Bettstellen, Ruhstaus, Verkleidung, Teppiche, Mahagoni-Schreibtisch sportlich Gartenstraße 148 I, Vorderhand. 7133\*

**Werkstätten, zwei neue, eisenblech-emailliert, Farbe amerikanische Form, inklusive Indischer Matrizen, Schrauben, Schweißblech, farbige Schenkmöbel, fotografisch Bild. Möbel-Fabrik, Statigerstraße 25, Quersgebäude I. 12972\***

**Teppiche** mit Hartenblechern, farbige Leinwand Große Frankfurterstraße 9, parterre. 737\*

**100 Wirtschaften,** darunter Tischelstühle 25 bis 100, Aufschelben mit Federboden 40 bis 60, Truemeu geschliffen mit Einze 38 bis 120, Sofa, Garnituren, Schreibtische, farbige Schenkmöbel, fotografisch Bild. Möbel-Fabrik, Statigerstraße 25, Quersgebäude I. 12972\*

**Vorkost- und Weinhandel.** 400 Mark, verkauft Rebnickerstraße 175.

**Grüßens.** Bierapparatreinigung, gründliche Bedienung, verlässlich. Restaurant Heurichter, Rebnickerstraße 14.

**Winkel.** vorzüglich dreifach, verkauft sportlich Reimers, GutsMuthsstraße 9. 19855

**Betten.** gute, werden dringend verkauft Rebnickerstraße 1, Rebnickerstraße 37/7

**Ringschiffen.** 20,00, unter Garantie gut nähend, Rebnickerstraße 7. 37/5

**Schuhgeschäft** mit Vereinszimmer sofort billig zu verkaufen. Rebnickerstraße 12. 77

**Großer Sandverkauf.** Vorort, Wald, See, Baden, Angeln, Quadrat-Meter 45 W. Nur mündlich. Mühlensstraße 67a I. 77

**Spezial.** Vanille, Voge, Boden vorzüglich, verkauft Schabow, Danzigerstraße 88. 19925

**Bitte beachten!** Offerte dem kaulenden Publikum ein großes Lager in wenig vertagten Anzügen, Sommer- und Winterpaletots, Rock und Gesellschafts-Anzügen etc., auch für jede beliebige Figur passend, zu hundert billigen Preisen. Neue Herren-Garderoben sind in großer Auswahl stets vorrätig. Bitte einen Besuch zu machen. Um Geld zu sparen, kaufte man seinen Bedarf nur bei Schurmacher, Statigerstraße 113. Bitte genau auf Hausnummer zu achten.

**Zeitschriften** (einzelständig) verkauft billig Schlotter Köhlerstraße 20.

**Drehelerei** (elektrischer Betrieb, gute Rundschiff) wegen Todesfall sofort zu verkaufen. Frau Rulke, Vangerstraße 69. 19935\*

### Vermischte Anzeigen.

**Rechtsbureau** Radisch, Andreasstraße dreiundzwanzig, Rechtschiff, Eingangsstraße, Raterstraße 119306

**Unfallfassen.** Duth, Steglitzerstraße 87. 19765\*

**Rechtsbureau** Duth, Steglitzerstraße 87. 19765\*

**Unfallfassen, Klagen, Eingaben, Reklamationen.** Bugger, Steglitzerstraße 85. 10045\*

**Kostenfreie** jährliche Behandlung, Zahnärztliche Poliklinik, Chausseestraße 1a. 12078\*

**Kunstkopiererei** von Frau Koloski, Steinwegstraße 49, Quersgebäude bodyparierre. \*

**Leihhaus** H. Graf, Rebnickerstraße 5, Coullaus, Discretion. Reklamt. Ungenerierte Einzel-Belebung. \*

**Brodhandlungen** und alle anderen Bücher kauft, bezieht Nationalrat Kochstraße 55, I. Amt VI, 3397. \*

**Fahradverkauf.** Maybach, Schönlauer Allee 163 a. 120/10\*

**Käufer** erhalten gangbare Geschäfte jeder Art nachgewiesen für Berlin, auch außerhalb, einzelne mit Hausverwaltung. Zu erfragen Ritterstraße 118, Tapferstraße 77

**Discretion!** Wer sich über diese reichliche Gewinnteil unter Zeit unterrichten will, verlange die Ringblätter des Weltbundes gegen Discretion, welche unentgeltlich versendet werden vom Berliner Arbeiter-Verein, Köhlerstraße 108. Um gültigen Abdruck zu geben, 1611\*

**Saal.** Vereinsräume zu Veranlassungen und Sitzungen noch frei Inselstraße 10, Jannasch. 12592\*

**Zäle** — große und kleine — heden zu Vorstellungen, Hochzeiten, Tanzfräuden heds zur Verfügung. Günstige Bedingungen. Bernau, Schwedterstraße 23/24. 12890\*

**Vereinszimmer** Lang, Alte Köhlerstraße 60. 12788

**Vereinszimmer** zu vergeben. Goldbamer Stangenbier. Franke, Jannaschstraße 8. 735\*

**Chrenreklärung.** Erläre hiermit Frau M. Schulte, Deinerdorferstraße 34, für eine Ehrenfrau und bedauere die ihr zugesagte Beileidigung gekannt zu haben. Auch nehme die beileidigenden Worte voll und ganz als unwohl zurück. Schumann, Rebnickerstraße 39. 19835

**Nähmaschinen-Reparaturen** prompt in und außer dem Hause. Aufträge: Postkarte, C. Kammeisamp, Rebnicker, Rebnickerstr. 60, Hof II. 19845

### Vermietungen.

**Schlafstellen.**

**Wohlierte Schlafstelle** vermietet sofort für 1 oder 2 Herren Frau Jacoben, Kolbergerstraße 26, vorn III.

**Arbeitsmarkt.**

**Stellengesuche.**

**Invalider Buchdrucker,** 41 Jahre, welcher nur Invalidenrente bezieht, sucht leichte Beschäftigung jeder Art. Scher, Koblitzerstraße 40, bei Schmidt.

**Buchdrucker,** Juvallde, 35, preisgewandt, guter Redner, sucht Beschäftigung bei beschriebenen Ansprüchen. Walter, Fischerstraße 12.

**Minder** Tischlerer bittet um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen gekocht, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeliefert. Adresse: Kuhlstraße 27, A. Wäfer.

**Stellungsangebote.**

**Lehrling** verlangt Klempner, Stralauerstraße 12. 12952\*

**Tüchtige** Maurer zum Plattenlegen werden sofort verlangt Köhlerstraße 2, Wobbit, Neubau Weidung. 767

**Marmoriermeister** verlangen Stahl u. Holz, Hermannstraße 183.

**Goldleisten.** Tüchtiger Walzer findet Beschäftigung Köpckestraße 100a.

**Knaben-Reverendieren,** Platen- und Paletot-Arbeiter im und außer dem Hause, dauernde Beschäftigung. Betriebswerkstatt Gustav Laaser, Brunnenstraße 84, Fabrikgebäude.

**Wärterlehrling** verlangt Broncewarenfabrik Stallreiterstraße 65.

**Wärterlehrling** verlangt Viegenbergerstraße 16. 20018

**Seidene** Pampenschirme, Arbeiterinnen, auch Lehrlinge, finden dauernde Beschäftigung und guten Verdienst. J. Friedländer sen., Rebnickerstraße 66. 19915

**Arbeiterinnen** an der Eisen-Schleifmaschine bei gutem Lohn verlangt Stein, Kartonsfabrik, Neue Köhlerstraße 30. 12968\*

**Zu Arbeitsmarkt** durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen sollen 40 Pf. pro Zeile

**Intelligente Damen und Herren,** welche bereit sind den Verkauf von Bildern, Porträts, Bildern etc. tätig waren, sowie im Versicherungswesen, finden gutes lohnendes Angebot, eventuelle Nebenverdienst (nicht in obigen Artikel). Offerten S. 4\* Exp. d. Bl.

**Achtung! Holzarbeiter!**

Welpert hat folgende Verhältnisse für Tischler, Glaser, Maschinenarbeiter und Holzwerker:

A. Schulz, Köhlerstr. 18/19.  
 Gummelsh, Köhlerstr. 33.  
 Rindler u. Friedländer, Köhlerstr. 43.  
 Ferdinand Wolf, Waldemarstr. 27 und Behnemannstr. 6.  
 Lux u. Engelbrecht, Köhlerstr. 11.  
 Die Erbsenverwaltung.

**Achtung, Klavierarbeiter!**

Die Pianofabrik von Ernst Koch & Co., Weißwälderstraße 155/156, ist wegen Lohnminderungen bis auf weiteres gesperrt. Die Erbsenverwaltung.

Partei-Nachrichten.

Ein wertvoller Beitrag zum Parteitag liefert die soeben erschienene Nr. 19 der „Kommunalen Praxis“. Sie giebt in besonderer Weise die bereits angekündigte systematische Uebersicht über die wichtigsten sozialdemokratischen Gemeindeforderungen, den einleitenden kritischen Artikel von Dr. H. Lindemann vorausgeschickt ist. Die Zusammenstellung, die ja wohl den Delegierten zum Parteitag besonders zugestellt werden wird, orientiert recht gut über die Verschiedenartigkeit der gestellten Forderungen und wird den Delegierten ein nützliches Hilfsmittel sein für die Stellungnahme zur Kommunalpolitik. Zugleich erhebt man erst aus solcher Uebersicht, daß die Frage der Kommunalpolitik eine recht gründliche Erörterung verdient und daß mit Annahme etwa einer Resolution nach Anhörung eines Referats, und sei es auch noch so wertvoll und erschöpfend, noch nicht viel für die Klärung gewonnen wäre. Aber auch noch gründlicher Erörterung durch den Parteitag werden noch gar viele ungeklärte Fragen auf diesem Gebiete offen bleiben, die nur die Praxis allmählich lösen wird. Eine anscheinende Behandlung aller dieser Fragen in der Presse gehört dazu und es zeigt sich daran, daß die „Kommunale Praxis“, die das geeignetste Organ dafür ist, einem wirklichen Bedürfnis entspricht, das die eifrigste Förderung durch die Parteigenossen verdient.

Ein Nachspiel zum Stuttgarter Straßenbahner-Streit.

In einigen Parteiblättern findet sich eine Notiz, worin das Verhalten unseres Genossen Kloß, Vorsitzenden des Holzarbeiter-Verbandes, bei dem Streit einer nachträglichen Kritik unterzogen wird. Kloß hat damals als Mitglied einer Gemeinderats-Kommission für eine Gratifikation von 3000 M. an die städtischen Polizeibeamten gestimmt, die ihnen aus Anlaß ihrer Tätigkeit beim Streit aus städtischen Mitteln bewilligt worden sind. Es scheint uns angemessen, die Gründe zu hören, die Genosse Kloß für seine Abstimmung anzuführen hat. In einem an uns gerichteten Schreiben sagt Kloß:

„Um was es sich handelte ist: Die Polizeiverwaltung, dieselbe ist städtisch, hatte, nachdem die Tummle immer größere Dimensionen annahm, nachdem der Versuch gemacht war, die Weichen durch Einpressen von Eisenstücken unwirksam zu machen, und die Mittelteil eingelaufen war, daß die Leitungsdrahte abgeschnitten werden sollten, nicht mehr ruhig zusehen können. Es wurde deshalb die Schutzmannschaft zum außerordentlichen Dienst kommandiert, um Beschädigungen und Unfallsfälle, für welche sämtlich die Stadt aufzukommen hat, zu verhindern. Ein Versuch, — und zwar an der am meisten gefährdeten Stelle, am Königsturm — durch Zurückziehen der Polizei den Tummel zu mildern und die Ruhe herzustellen, schlug in das Gegenteil um.“

Die Schüler teils mühten nun, die einen mehr die andern auf wenige Tage, ihre ganze freie Zeit dem Dienste opfern, dieselben waren auch verbunden, ihre Pausenzeiten dabei einzunehmen, sie waren auf das Wartehaus angewiesen. Für diesen außerordentlichen Aufwand an Zeit und Geld sollen die Leute durch die Gratifikation entschädigt werden. Der Fall ist übrigens kein neuem, sondern hat verschiedene Vorgänge. So wurde z. B. den Schutzleuten für außerordentliche Dienstleistungen beim Theaterbrand im Januar d. J. ebenfalls eine solche Gratifikation gewährt.

Diese Gratifikation hindert nicht, daß diejenigen Schüler, welche sich Dienstverletzungen durch rigoroses Vorgehen haben zu Schulden kommen lassen, disziplinarisch bestraft werden, sofern nicht der Fall so schwer ist, daß strafrechtlich einzuschreiten ist. Dies ist als Voraussetzung bei Bewilligung der Summe ausdrücklich ausgesprochen und zugesagt worden.

Mein Standpunkt ist nun der: so gut wie ich von jedem Unternehmer verlange, daß er seine Leute für außerordentliche Leistungen auch extra entschädigt, und ihn von dieser Pflicht gegenüber der Gesamtheit dieser Leute auch dann nicht entbinden kann, wenn ein Teil der Leute sich Pflichtverletzungen zu Schulden kommen läßt, ihm vielmehr überlassen muß, diese einzelnen zur Neugestaltung zu ziehen, so dürfte ich auch hier diesen Leuten die Gratifikation nicht verweigern, weil ein Teil unter ihnen pflichtvergessen war.“

Es ist nicht zu bezweifeln, daß Genosse Kloß geglaubt hat, im Torrell zu handeln. Das läßt sich nun so gewisser annehmen, wenn man bedenkt, daß die städtische Verwaltung in Stuttgart mehr auf der Seite der Streikenden als auf der der Straßenbahnverwaltung gestanden hat. So hat sie bekanntlich die Straßenbahn in städtische Regie übernehmen wollen, ist aber mit ihrem Klageantrag vom Gericht abgewiesen worden. Das Stadtpolizeiamt hat auch an besonders verkehrsreichen Tagen die gänzliche Einstellung des Betriebes mit dem ungeschulten Hausmeisterpersonal angeordnet. Es ist zudem der Diktation von der Stadtverwaltung offen zu erkennen gegeben worden, daß sie im Unrecht ist. Nichtsdestoweniger halten wir die Abstimmung des Genossen Kloß für einen Fehler. Die Einmischung der Polizei in die Arbeitskämpfe schlägt immer zu Gunsten des Unternehmertums aus und auch in Stuttgart ist es so gewesen. Die Sympathien der städtischen Behörden haben nicht verhindert, daß die Polizei tatsächlich, wie unser Stuttgarter Parteiblatt erst dieser Tage in einem Artikel nochmals feststellte, mit der blanken Waffe auf Männer und Frauen losging und viele verwundete und die Schuld an den Straßenanläufen wird überdies in dem Blatte ausdrücklich in erster Linie der Polizei zugeschoben. Das durch Gratifikation zu honorieren, noch dazu in einer solchen Form einer allgemeinen Gratifikation, das verdammt sich eben nicht mit unsern Anschauungen und nicht mit den Interessen der Arbeiterklasse. Wenn Genosse Kloß jetzt zudem das Verhalten der Beamten in den Prozessen gegen angebliche Beleidiger der Streikbrecher und das Verhalten der Polizisten als Zeugen in diesen Prozessen sieht, so wird er wohl selbst schon zu der Ueberzeugung gekommen sein, daß die Tätigkeit der Polizei in einem Arbeitskämpfe mit ihrer Tätigkeit bei Beseitigung eines Brandes nicht zu vergleichen ist und daß er für diese Gratifikation nicht hätte stimmen dürfen. Und von der Bestrafung der Ausschreitungen, die von Polizeibeamten begangen wurden, möchten wir erst noch hören.

Einer Beleidigung des Reichskanzlers soll sich unser Königsberger Parteiblatt schuldig gemacht haben in einer Notiz, die sich mit der Erneuerung des Herrn Kamin v. Schwarzstein zum Gesandten in China beschäftigt. Die betreffende Nummer des Blattes ist deshalb beschlagnahmt worden. Es wurde in der Notiz in bedingter Form von „Zämmerschläge und Verfahrenheit der gegenwärtigen Regierung“ geredet, von „Leichtfertigkeit bei der Besetzung eines der wichtigsten Beamtenposten“ und von „größten Dummheiten“. Abgesehen davon, daß es eine hochgeehrte Empfindlichkeit des Herrn Reichskanzlers bedeuten würde, wegen solcher Andeutung die Gerichte zu Hilfe zu rufen, müßte auch das eingeschlagene Verfahren sehr seltsam an. Vorläufige Beschlagnahme im Sinne des Preßgesetzes ist wegen Beleidigung nach § 185 nicht zulässig. Es kann sich also nur um eine Beschlagnahme im Sinne des § 94 der St.-P.-O. handeln — als Beweismittel über zur Sicherung der möglichen Einlegung. Dazu muß aber erst ein Strafverfahren eingeleitet sein und zu dessen Einleitung bedarf es im vorliegenden Falle eines Antrages des Reichskanzlers. Nur erhebt aber die angeblich beleidigende Notiz erst in der Nr. 209 des Blattes vom 8. September und schon in der Nr. 211 vom 10. September meldet es die Beschlagnahme. Wenn man bedenkt, daß zuerst die Staatsanwaltschaft zu Königsberg dem Reichskanzler den Artikel mitteilen mußte, darauf der Reichskanzler dem Staatsanwalt den Straf Antrag übermittelte, der Staatsanwalt das Verfahren eröffnete und dann die Polizei mit der Beschlagnahme beauftragte, worauf diese erst

in der Lage war, die Beschlagnahme auszuführen, so muß man schon einen telegraphischen Verkehr zwischen Staatsanwalt und Reichskanzler und blieschnelle Entschickung des Reichskanzlers sowie blitzartiges Handeln von Staatsanwalt und Polizei annehmen, um an eine formal-ordnungsmäßige Erledigung der Sache zu glauben. Mindestens wäre damit wieder einmal erwiesen, daß Polizei und Staatsanwalt, wenn sie wollen, außerordentlich viel schneller arbeiten können, als wie sie bei Herausgabe unserer zu Unrecht beschlaggenommenen Weihnachts-Zeitung „Arbeitslos“ gearbeitet haben.

Ein sozialdemokratischer Gerichtspräsident in Bern. Am letzten Sonntag ist bei der Wahl des Gerichtspräsidenten (Präsidenten des Bezirksgerichts) für den Bezirk Bern unser Genosse Langhans, Advokat in Langenthal (Kanton Bern) mit 1398 gegen 1408 Stimmen, die auf zwei bürgerliche Gegenkandidaten fielen, gewählt worden. Schwache Wahlbeteiligung, wohlwollende Neutralität der Konservativen und das gute Ansehen des Kandidaten haben unserer Partei diesen schönen Sieg gebracht.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Die Vertrauensleute von Berlin und der Umgebung ersuchen und folgendes bekannt zu geben: Nach eingehender Beratung sind wir zu folgendem, einstimmig gefassten Beschlusse gelangt: Frau Hedwig Gubela, Cranienstraße 186, ist weder würdig noch befähigt, irgend welche öffentliche Tätigkeit in der Partei oder für dieselbe auszuführen.“

Lokales.

Von Berlin nach München.

An Unterhaltungsliteratur fehlt es den nach München zum Parteitage reisenden Genossen nicht. Dank dem gemeinsamen Wirken des Parteivorstandes und des Münchener Empfangsausschusses ist eine kleine Bibliothek zu stande gekommen, die den Delegierten mit auf den Weg gegeben wird. Fragen diese Druckachen auch im Grunde einen etwas esoterischen Charakter, so sind sie doch bedeutungsvoll genug, um auch von denen, die an der Scholle leben bleiben müssen, beachtet zu werden.

- Die Sammlung zerfällt in folgende Druckschriften: 1. Bericht des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion an den Parteitag, 2. Protokoll über die Verhandlungen des bairischen Parteitages, 3. Anträge zum Münchener Parteitag, 4. Festschrift zum Münchener Parteitag (illustriert), 5. Winke für Reisen ins bairische Hochland (illustriert), 6. Plan für die Dampfischfahrten auf dem Starnberger See (illustriert).

Der dauernde Wert der sub 1—3 angeführten Druckschriften socialwissenschaftlichen Inhalts ist notorisch und sie können daher mit gutem Gewissen beiseite gelegt werden. Die Werke sub 5 und 6 veranschaulichen das Hochgebirge mit all seinen Naturreizen als da sind: Seneshütten, Gletscher, halbbedeckte Bergkette und dralle bayerische Dirndl. Sie werden also mit kausischem Raffinement die Begehrtheit und daher steht ihre parteipolitische Bedeutung ebenfalls unbefehens außer Frage.

War nicht hoch genug kann dagegen der aktuelle Wert der von den Münchener Parteigenossen herausgegebenen Festschrift eingeschätzt werden. Sie wird auf der Reise eine wahre Fundgrube alles möglichen Wissens bilden. Sie unterrichtet die Delegierten nicht allein über die lokale Parteigeschichte, sondern giebt auch allgemeine über kommunale Einrichtungen, Topographie, Gesundheitsverhältnisse, Bevölkerung, Lokalgeschichte, Kunst und Wissenschaft, Bauten und viele andre Dinge sichere Auskunft.

Angenehm ist es schon, gleich auf Seite 1 der Festschrift zu erfahren, daß dank der Alpenmäde sich die Rächte in München gut, oft empfindlich abfühlen und daß daher für Fremde Vorsicht geboten ist, daß aber die Schroffheit des Temperaturwechsels gewissermaßen kompensiert wird durch den erfreulichen Umstand, daß Wäden und Schwaden in der Stadt unbekannt sind.

Somit kann der Reisende Salzwasser und Insektenpulver getrost zu Hause lassen, doch wird er in Rücksicht auf seine Gemütheit dem Biergenuss nur in der Zeit zwischen Sonnenanfgang und Sonnenuntergang nachhängen, am kühlen Abend hingegen sich lieber durch Grob schlügen.

Das erste, was einem beim Betreten einer fremden Stadt nottut ist, daß man sich über den Charakter der Bevölkerung unterrichtet, um zu wissen, wie man sich bei Kollisionen zu verhalten hat. Daher ist es gut, daß wir über den Münchener Volksscharakter wie folgt informiert werden:

Die Münchener gehören zum bairischen oder bairisch-österreichischen Stamm und sprechen die scharf ausgeprägte altdauperische Mundart. Der ausgleichende Zug unserer Zeit hat die Ursprünglichkeit des Lebens der Bevölkerung nicht zu verwischen vermocht. Der Altbayer ist von einfacher, gerader, kräftiger Art, allen Gelinnsen abhold. Das phlegmatische und das languinöse Temperament mengen sich in ihm in eigenartlicher Weise. Er läßt sich im allgemeinen nicht so leicht aus seinem Gleichmut bringen, entwickelt keine hervorragende Unternehmungslust, mengt sich wenig in andre Sachen, mag sich aber auch nicht gern in seine eignen dreinreden lassen; in Erregung gebracht, neigt er aber zu Troz und Gewalttätigkeit. Sonst ist er gutmütig, leichtleblich und genussfreudig; er zeigt mehr Anlage für Gefühlseindrücke, als für verstandesmäßige Gründe und hat vor allem einen offenen Sinn für die Schönheiten der Natur und der Kunst. Im Umgang herrscht ein gewisser demokratischer, ungebundener Zug; die gesellschaftlichen Unterschiede spielen keine große Rolle, und bei Arm und Bergigen verkehren die Stände und Klassen friedlich miteinander, ohne daß sich der eine um Verarm und Verarmen des andern viel kümmert, Ueberhebung oder Untertänigkeit zu Tage tritt. Die Menschen sind zumeist kräftig gebaut, die Männer oft hochgewachsen; das schöne Geschlecht führt seinen Namen vielfach mit Recht.

Wer das Volksleben eingehender studieren will, wird mit Interesse aus der Festschrift davon Kenntnis nehmen, daß in München jährlich 3 Millionen Hektoliter Bier gebraut werden, sowie daß es etwa 100 Bran- und Wechselgeschäfte und vier gemeindliche Leihanstalten in der Stadt giebt, die für jede Mark Darlehn 1 Pfennig Zinsen nehmen.

Erinnert diese Mitteilung schon anheimelnd an die Jägerstraße, so werden auch einige andre Daten aus der Festschrift bewirken, daß der Berliner seine heimische Glückseligkeit nicht veresse. Auf Seite 15 steht zu lesen, daß eine woblorganisierte und rücksichtslose Boden- und Bodenspekulation Bodenpreise und Mietzinsen an der Mar unerschöpflich in die Höhe getrieben hat, daß das kommunale Wahlrecht an schwer erfüllbare Bedingungen geknüpft ist und auf den Kopf der Bevölkerung 370 Mark kommunale Schulden kommen.

Vieles im Gemeinwesen wird dem im Kampfe gegen die preussische Reaktion aufgewachsenen Berliner allerdings auch selbst anmuten. Wo wäre es hier erhört, daß wie in München ein Sozialdemokrat im Magistrat sitzt, daß einem Social-

demokraten als Mitglied der Lokal-Schulkommission die Specialaufsicht über drei Schulen übertragen worden ist, daß die kommunalen Simultanen Schulen zu den besuchtesten Schulen der Stadt gehören und daß sich in den meisten Schulen Suppenanstalten befinden, die bedürftigen Kindern menschengütlich, andern für den Preis von 8 Pf. eine Mittagstuppe gewähren! Auch über die Thatfache wird mancher den Kopf schütteln, daß das Hof- und National-Theater für 50 Pf. Eintrittsgeld Klafferbordstellungen für Arbeiter veranstaltet, daß die Straßenbahn der Gemeinde gehört, daß das Leichenbestattungsweesen einschließlich der Waschung der Leiche, der Besorgung des Sarges und der Trauerdecoration von der Gemeinde ohne Einmischung der Kirche gelebt wird, daß die städtischen Arbeiter einen ordentlichen und anerkannten Arbeiterausfluß als Organ ihrer Wünsche haben, daß sie bereits nach zwei Jahren der Beschäftigung als fest angestellt gelten und im Alter eine Verforgung nicht als Almosen, sondern als klares Recht zu beanspruchen haben. Doch da sind wir fast wider Willen beim Durchblättern der Festschrift auf sehr ernste, zum Nachdenken anregende Dinge geraten. Doch auch dies mag nicht schaden, wo anzunehmen ist, daß den Delegierten nach des Tages Last und Mühen in München noch mancher fröhliche Augenblick beschert sein wird. Und die Reise war nicht umsonst, wenn unsre Parteigenossen in der Erkenntnis gefestigt nach dem Norden heimkehren, daß der intensivste Kampf der preussischen Reaktion, der heimischen Rückständigkeit gelten muß.

Mit der Frage des plötzlichen Fischsterbens beschäftigt sich auch der Fischereiverein für die Provinz Brandenburg, dem die Stadtgemeinde Berlin als Mitglied beigetreten ist, um sich vor weiteren Entschädigungsprozessen der Fischer zu sichern. Aus dem Grunde ist auch die Deputation für die städtischen Kanalisationswerke und Riefelfelder mit dem hiesigen Verein für Aquarien- und Terrarienkunde „Triton“ in Verbindung getreten und ebenso mit dem Lehrer Haberland zu Friedrichshagen, um Nachrichten über Fischsterben im Müggelsee zu erhalten. Direktor Adams von der Kanalisations-Verwaltung hat übrigens schon Einrichtungen getroffen, durch welche eine ständige Beobachtung der Spree und deren Seitenarme in Bezug auf das Fischsterben nach vorangegangenen Gewitter gewähleistet wird. Danach werden insbesondere tote Fische nach dem Gewitter und nachdem eine Oeffnung der Notauslässe der Kanalisation stattgefunden hat, aufgefangen und untersucht. Die Betriebs-Inspektoren der Pumpstationen haben ferner Bericht zu erstatten, auch wenn bei Gewittern ein Fischsterben nicht beobachtet worden ist, wie lange die Notauslässe geöffnet gewesen sind u. s. w.; alle Notauslässe können natürlich nicht genau kontrolliert werden, da nur fünf von ihnen durch Schieber geöffnet werden, während die übrigen selbstständig (durch Ueberlaufen) in Tätigkeit treten. Von großer Wichtigkeit werden die Beobachtungen der städtischen Bau-Inspektion VII sein, in deren Gebiet der obere Spreeauf belegen ist; denn es sind auch tote Fische vielfach in der Spree bemerkt worden, bevor diese das Weichbild der Stadt erreicht hat und bevor sich der Einfluß der Notauslässe hat geltend machen können. Es läßt diese Erscheinung darauf schließen, daß auch durch den bloßen Gewitterregen, vermutlich infolge des durch ihn veranlaßten Aufsteigens des schlammigen Spreebettes, der Sauerstoffgehalt des Wassers Vermindert wird, daß die Fische sterben beziehungsweise matt werden. Die bisherigen Untersuchungen totor Fische hatten freilich wenig Wert, bei den meisten der Tiere war der Verwesungsprozess schon so weit vorgeschritten, daß sich ein sicheres Urteil über die Todesursache kaum noch gewinnen ließ. Es soll daher künftig ein bescheidenes Verfahren beobachtet und die von dem Assistenten des Tierphysiologischen Instituts der landwirtschaftlichen Hochschule, Dr. Quante, gemachten Vorschläge, die wir kürzlich bereits mitteilten, dabei berücksichtigt werden.

Die Abonnenten unsres Blattes, welche bisher den „Vorwärts“ von dem Expediteur Langer Radsch, Frankfurter Allee 18, bezogen haben, ersuchen wir, ihre Adressen dem Parteispediteur für Pichtenberg, Oswald Grauer, Frankfurter Allee 197, einzusenden, der die fernere Zustellung des „Vorwärts“ besorgen wird.

Der Expediteur Langer Radsch, hat für die zwei letzten Tage den „Vorwärts“ aus unserer Expedition nicht abgeholt, auch hat er, wie uns mitgeteilt wird, seine Wohnung geräumt. Die Expedition.

Fatale Zahlen. Man schreibt uns: Die „Freiwillige Hz.“ hat kürzlich an der Hand der im statistischen Jahrbuch der Stadt Berlin für das Jahr 1899 veröffentlichten Steuerstatistik wieder einmal nachgewiesen, daß der theoretische Teil unsres Erfurter Programms unhaltbar geworden sei. Heute sind wir in der Lage, aus derselben Quelle, dem statistischen Jahrbuch der Stadt Berlin, einige Zahlen anzuführen zu können, die dem freiwilligen Aktiver unsres Programms vollständig nicht ganz unabhängig entgangen sind, weil sie ganz das Gegenteil dessen beweisen, was er zu behaupten für gut bestand. Die Vermutung des städtischen Obdachs stieg in der Zeit des großen wirtschaftlichen Aufschwunges 1895—99 wie folgt:

Table with 2 columns: Year (1895, 1896, 1897, 1898, 1899) and Number of persons (294 672, 292 714, 308 504, 319 900, 351 778).

Die tägliche Belegungszahl des Obdachs betrug 1899/1900 1018 Personen gegen 899 im Vorjahre. Noch krasser für die Zunahme des Massenelends sprechen die entsprechenden Zahlen des Uhlvereins für Obdachlose. Dessen Anstalt weist folgende Besuchsziffern auf:

Table with 3 columns: Year (1895, 1896, 1897, 1898, 1899), Frauen (12 015, 10 148, 28 154, 36 007, 37 694) and Männer (113 078, 109 578, 247 446, 292 555, 297 027).

Danach hat sich also die Vermutung dieses Ahls in den fünf Jahren höchster wirtschaftlicher Prosperität bei den Frauen verdreifacht, bei den Männern verdoppelt. Diese Zahlen werden natürlich die freiwilligen Zahlen nicht hindern, auch in der Zukunft zu behaupten, daß wir in der besten aller Welten leben und daß der theoretische Teil des Erfurter Programms gänzlich veraltet sei.

Die Fleischnot und die Vororte. Die liberale Fraktion der Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung hat nachstehenden Antrag eingebracht: „In Anbetracht der durch die Grenzsperrre entstandenen außerordentlichen Fleischnot, welche eine bedenkliche Unterernährung unsrer minderbemittelten Mitbürger zur Folge hat, ersucht die Stadtverordneten-Versammlung den Magistrat, in Gemeinschaft mit ihr bei den zuständigen Reichs- und Landesbehörden vorstellig zu werden, um die schleunige Behebung der Einfuhrverbote zu erwirken.“ Aus Spandau wird in Bezug auf die Fleischnot mitgeteilt, daß der Verbrauch von Schweinefleisch trotz einer Zunahme der Bevölkerung seit 1900 ständig zurückgegangen ist. In den ersten acht Monaten jenes Jahres wurden auf dem städtischen Schlachthof 13 065 Schweine, in derselben Zeit des folgenden Jahres 12 894 und vom 1. Januar bis zum 31. August 1902 nur noch 11 652 Schweine

geschlachtet. Der Minderverbrauch beläuft sich in diesem Jahre gegenüber dem gleichen Zeitraum vor zwei Jahren also auf 1428 Schweine. Die Zahl der Schlachtungen anderer Viehsorten hat sich ungefähr auf gleicher Höhe gehalten. Die Verringerung des Verbrauchs von Schweinefleisch ist ausschließlich darauf zurückzuführen, daß die zahlreiche Arbeiterbevölkerung Spandaus ihren Fleischbedarf infolge der Teuerung eingekauft hat. Dagegen ist das erheblich billigere Pferdefleisch begehrt als je zuvor. Vor zwei Jahren wurden in acht Monaten 73 Pferde, in diesem Jahre im gleichen Zeitraum 130 Pferde geschlachtet und von dem Ort bestehenden Hofschlächtereien verkauft. Aus Woldenberg, Kreis Friedeberg, wird gemeldet, daß in dortiger Gegend zahlreiche Fleischer ihre Geschäfte eingestellt haben wegen der hohen Viehpreise und dem Mangel an Schlachtochtern.

Die sozialdemokratische Fraktion der Gemeindevertretung in Lichtenberg hat folgenden Antrag eingebracht: Die Gemeindevertretung beschließt, den Gemeindevorstand zu ersuchen, bei den Reichs- und Staatsbehörden wegen Verringerung des Vieh- und Fleischverbrauchs Verabredungen vorzubringen. Der Antrag sei geboten durch die Tatsache, daß die Einwohner der Gemeinde Lichtenberg bei den unerschwinglichen Fleischpreisen in ihrer Lebenshaltung schwer geschädigt werden; ferner dadurch, daß die erhöhten Fleischpreise zu einer Einschränkung des Konsums führten. Auch das Gemeindebudget werde schwer bedröht durch die schon eingetretene Teuerung, daß die vielen im Viehhandel und der Fleischerei beschäftigten Einwohner Lichtenbergs arbeitslos würden und bei dem nicht mehr bestehenden Niedergange des Erwerbsebens auch anderweitig nicht Arbeit finden könnten.

An die Eltern solcher Kinder, welche das Gewerbe des Bilderrahmenmachens erlernen sollen, wendet sich die Werkstatt-Kontrollkommission des Holzarbeiter-Verbandes mit der Mahnung, bei der Unterbringung der Knaben vorzüglich zu sein. Eine ganze Anzahl von Unternehmungen, welche sich Goldleisten- und Rahmenfabrik oder gar Atelier für Bilderrahmenmachen nennen, betreiben die Lehrlingskinder im großen. In einer solchen Fabrik sind mehrere Hauptberufe vertreten, wie Tischler, Vergolder und Glaser, und jeder Verursacher eine gründliche Vorbildung, die in diesem Zusammenhang nie erteilt werden kann. Zum Teil ist der Lehrling in diesen Fabriken dem auch nicht als ein billiges Auszubildungsobjekt, die Ausbildung ist Nebenache. Die Kommission ersucht die in Betracht kommenden Eltern dringend, sich, bevor sie ihre Kinder in die Lehre geben, bei dem Obmann der im Deutschen Holzarbeiter-Verband organisierten Bilderrahmenmacher, Herrn Fritz Damast, Liegnitzerstraße 7-8, I., Auskunft zu holen, die gern erteilt wird. Vom 1. Oktober ab wohnt Herr Damast Zorsterstraße 44.

Der Großen Berliner und der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn war seiner Zeit ausgegeben worden, die zur Verringerung des Stromverbrauches einwirkende direkte Stromzuführung in der Friedrich-Wilhelmstraße und am „Großen Stern“ in unterirdische Kanäle anzulegen. Wenn schon der Plan, vornehmlich aber der Betrieb elektrischer Unterleitungsströme mit ganz erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, so war dies besonders am Großen Stern zu befürchten, wo noch dazu schwierige Geleisverlegungen und Weichen überbrücken werden müssen. Nun hat die Gesellschaft die Erlaubnis erhalten, daß auch die Friedrich-Wilhelmstraße und der Platz am Großen Stern mit oberirdischer Stromzuführung zu versehen sind. Um den ästhetischen Rücksichten am „Großen Stern“ im weitesten Umfang Rechnung zu tragen, sollen die jetzt den Platz durchquerenden Geleise um ihn herumgeführt, zu seiner architektonischen Ausgestaltung noch besondere, auf Kosten der Gesellschaft auszuführende Anlagen geschaffen werden.

Für Postabonnenten. Die Postbehörde ersucht uns, folgendes bekannt zu geben: Die Einziehung der Zeitungsgelder von den bisherigen Postabonnenten erfolgt gegen Quittung durch die Briefträger, die zur vollständigen Quittungsleistung berechtigt sind. Neu hinzutretende Postabonnenten können die Zustellung der Zeitung und die Einziehung des Zeitungsgeldes auch schriftlich bei der zuständigen Postanstalt beantragen. Für derartige Bestellschreiben zc. wird eine Gebühr nicht erhoben.

Grün und gelb. Das Brandenburgische Thor wird zur Zeit arg malkariert. Seit acht Tagen haben Arbeiter vergeblich versucht, die Goldbrunne wieder abzubrechen, womit das Thor zum Empfang des italienischen Königs verunziert worden war. Da die Arbeit nicht gelingen wollte, hat man jetzt ätzende Säuren zu Hilfe genommen. Aber auch damit kommt man nicht vorwärts, vielmehr wird noch mehr Schaden angerichtet. Was bisher goldig auslief, sieht jetzt grün und gelb aus. Und es scheint beinahe so, als ob es dabei bleiben sollte.

Die Diensträume der vom Ing. Van-Inspeltor Baurat Kirstein verwalteten VII. Polizei-Stationen werden am 19. September dieses Jahres nach der Chausseestraße Nr. 20 II. verlegt.

Der Hotel- und Eisenbahndieb Sochaczewer, über dessen Verhaftung wir berichteten, beschäftigt jetzt die Kriminalbehörden der verschiedensten Städte Deutschlands, namentlich Preußens und Bayerns. Ueberall hin weisen die Fahndschreie über verfehlte Verbrechen, die man bei dem Diebe gefunden hat. Wenn sein Geschäft in Hotels und Eisenbahnhöfen einmal nicht geblüht hätte, so begünstigte sich der „Kohlenreißer“ auch mit Palastdiebstählen. Deren hat er u. a. auch hier in größeren Gastwirtschaften der Friedrichstraße im letzten Winter eine ganze Anzahl ausgeführt. Gepraktete Mädchen, denen er die Uhr oder Geld abhandelte, haben sich viele gemeldet. Was die Hoteldiebstähle betrifft, so räumt der Verhaftete nach wie vor nur einen einzigen ein. Daher sind umfangreiche Ermittlungen notwendig.

Eine Totenmaske Rudolf Virchows ist am Tage vor der Bestattung auf Veranlassung von Professor Dr. Hans Virchow hergestellt worden.

Brennstoffe im Bereich von Kindern zu lassen, ist schon oft verhängnisvoll geworden. Dennoch kommt es alle Tage wieder vor und immer von neuem richtet dieser Mangel an Vorsicht Unheil an. Auf dem Grundstück Wiedenstraße Nr. 23 besorgt die Tischlerin Rudolph die Handreinigung. Während sie am Dienstagmorgen dieser Arbeit nachging, waren ihre vier Kinder im Alter von acht bis zwei Jahren allein in der Wohnung. Nun wollte eines der Kinder den anderen einmal zeigen, wie man Feuer macht, und ergriß eine Spiritusflasche. Diese fiel ihm aus der Hand, so daß sich der Inhalt über den Fußboden ergoß. Als er dann mit einem Streichhölzchen den Spiritus anzündete, fing das Kleidchen des jüngsten Kindes, des nicht ganz zwei Jahre alten Töchterchens Edith, Feuer. Bevor Hilfe gebracht werden konnte, verbrannte das Mädchen am ganzen Oberkörper. Gestern erlag es im Krankenhause Verbanen furchtbaren Verletzungen.

Heber den Neubau des Industriegebäudes in der Kommandantenstraße, welches nach 15jähriger Existenz von der Bildfläche verschwindet, um als moderner Neubau in drei Jahren wieder aufzuerstehen, erfährt der „Konf.“, daß die ganze Front in der Kommandantenstraße bis um die Ecke nach der Weichstr. 22 herum neu gebaut wird, während der im Jahre 1887 in der Weichstr. neu aufgeführte Sandsteinbau, in welchem sich das große Postamt befindet, stehen bleibt. Baumeister W. Ziegler führt dieses Projekt aus, der Bau wird zusehends in zwei Abteilungen vor sich gehen, und zwar vom 1. Oktober 1902 bis 1903 und 1903 bis 1904. Die Grattenweilchen Viehhallen werden wieder in das neue Gebäude eingezogen, ebenso das Café Royal.

Ans der Irrenanstalt Herzberg sind in den letzten Tagen mehrere Insassen entwichen. Einer der Flüchtlinge, ein früherer Handlungsgehilfe Max Grade, der sich als Zuhälter eine einjährige Gefängnisstrafe zugezogen hat und nun den „wilden Mann“ spielt, kleidete sich Mittwochabend bei einem Bekannten in der Alten Jakobstraße um und schickte durch einen kleinen Jungen, den er in der Lindenstraße traf, seine Anstaltskleider nach der Wache des 30. Reviers.

Einem Barbier in der Kochstraße erzählte er, daß er mit noch vier anderen Geisteskranken am Freitag voriger Woche aus der Anstalt entkommen sei. Wade ist noch nicht wieder ergriffen. Am Dienstag entsprang aus derselben Anstalt der 64 Jahre alte Arbeiter Friedrich Grünwald. Diesen alten Mann fand man Mittwoch früh auf Berliner Gebiet an der Grenze von Lichtenberg an der Landberger Chaussee als Leiche an einem Trägerwagen der Straßenbahn hängen. Er hat sich wahrscheinlich selbst erhängt. Wie diese Entweichungen möglich waren, können wir nicht sagen, die Anstalt verweigert darüber die Auskunft.

Nahrungsvorgaben haben den 57 Jahre alten Silberpolierer Friedrich Liebenow aus der Wasserborst. 63 in den Tod getrieben. Der Mann arbeitete für größere Geschäfte, hatte aber schon seit einem halben Jahre nur noch wenig zu thun und war daher um seine Zukunft besorgt. Heute morgen um 8 Uhr fand man ihn in seinem Schlafzimmer tot auf; auf einem Stuhle liegend hatte er sich mit seinem Taschentuch an einem Wandhaken erhängt.

Die Waldverwüstung. Die Jammeldateneingabe um Erhaltung der Schönholzer Heide ist ohne Erfolg geblieben. Der Wald ist für 3/4 Millionen Mark jetzt an die Firma Berg u. Co. verkauft worden. Wegen den Wohnungsplan hat die Gemeinde Schönholz Einspruch erhoben; augenblicklich liegt die Angelegenheit beim Bezirks-Ausschuß. Leider ist, wie wir schon mehrfach auseinandersetzen, auch davon ein Erfolg nicht zu erhoffen.

Feuerbericht. Donnerstagnachmittag 5 Uhr wurde die Wehr nach Rosenmarkt 11 gerufen. Hier war auf noch nicht ermittelte Weise in den Bodenräumen des Duergebäudes Feuer ausgebrochen, das bei Anbruch der Wehr auch bereits auf den Dachstuhl übergesprungen war. Die Wehr ging daher sofort mit mehreren Schlauchleitungen vor und beseitigte nach einer Stunde die Gefahr. Der größte Teil des Dachstuhls wurde indes eingestürzt. Die Ausräumungsarbeiten beschäftigten die Wehr noch bis 7 Uhr. Auch in der Potsdamerstr. 60 hatte die Wehr längere Zeit zu thun, weil hier ebenfalls ein Dachstuhlbrand ausgebrochen war. In der Hauptsache wurden Gerüst und ein Teil der Dachkonstruktion ein Raub der Flammen. Mittwochnachmittag hatten in der Wänslerstr. 11 Garbinnen, Kleidergeschäfte zc. in einer Wohnung Feuer gefangen, das jedoch in kurzer Zeit beseitigt werden konnte. Außerdem hatte die Wehr in der Zwischenstr. noch Alarmierungen von der Eichmühlstraße 34 und von der Großen Frankfurterstraße 55 zu verzeichnen, die indes beide auf unbedeutende Ausfälle zurückzuführen waren.

### Aus den Nachbarorten.

Die Delegiertenversammlung der Charlottenburger Ortskasse, in der die Beschwerden gegen den Vorstand zur Erledigung kommen sollen, ist nunmehr nach dem Volkshause, Rosenstr. 3, auf Dienstag, den 23. September, einberufen worden.

Aus Groß-Lichterfelde berichtet man uns: Endlich hat sich die hiesige Gemeindevertretung dazu bequemt, Stellung zur Errichtung eines Gewerbegerichts am Orte zu nehmen. Die in jüngster Zeit stattgefundenen öffentliche Arbeiter-Versammlung, die durch eine geharnischte Resolution Beschwerde-führung beim Minister in Aussicht stellte, hat wohl den Rathsherrn etwas flinkere Beine gemacht.

In der letzten Gemeindevertreter-Sitzung wurde der Statutenentwurf für das zu errichtende Gewerbegericht verlesen. Von einer Beratung über dasselbe kann mit Hug und Recht nicht gesprochen werden.

Die Interesslosigkeit an dieser für einen großen Teil Gemeindeangehöriger wichtigen Institution machte einen betrieblenden Eindruck. Nur hier und da hörte man nach einem der heruntergeknurrten Paragraphen eine Anfrage von nebensächlicher Bedeutung fallen. Organisierte Arbeiter hat man, wie dies in Steglitz geschehen ist, bei Abfassung des Statutenentwurfs nicht zugezogen. Das Gewerbegericht soll am 1. Januar 1903 in Kraft treten. Vorgeschieden sind 24 Richter.

Weiter wurde der Antrag des IV. Babilons auf dem Grundstück der Volksschule IV beschlossen. Der Antrag des Gemeindevorstandes: Einführung des fünften Nachtrags zum Normal-Etat an den höheren Lehranstalten mit der Wirkung vom 1. Oktober ab, hatte eine Anzahl Lehrer in den Sitzungssaal geleitet. Gemeindevorsteher Schütz begründete den Antrag des Gemeindevorstandes, wonach die Gehaltserhöhung der Oberlehrer nicht rückwirkend vom 1. April d. J. an, sondern erst vom Oktober an in Kraft treten soll.

In früheren Fällen war es dem Gemeindevorstand gelungen, am Etat der höheren Schulen auf Kosten der Oberlehrer „Ersparungen“ zu erzielen. W. W. Wallenweber, dem gute, durchschlagende Gründe zur Verfügung standen, führte die Sache der Oberlehrer. Freilich, wenn es sich um die Volksschule handelt, dann schweigt auch er so gut wie die andere. Die Abstimmung ergab mit 8 gegen 7 Stimmen die Annahme des Antrages des Gemeindevorstandes. G.-S. Lehmann rührte beauftragte nachträglich die Abstimmung, da von 19 Gemeindevertretern bei einer Stimmenthaltung nur 15 sich an der Abstimmung beteiligt hätten.

Die abermalige und namentliche Abstimmung über den Antrag, die Gehaltserhöhung mit rückwirkender Kraft vom 1. April ab eintreten zu lassen, ergab neun gegen neun Stimmen. Da der Vorsitzende bei Stimmengleichheit den Ausschlag giebt und für den Antrag gestimmt hatte, war der Angelegenheit eine für die Oberlehrer günstige Wendung gegeben worden. So erfreulich es auch ist, daß Groß-Lichterfelde eine weitere Blamaze erspart geblieben ist, so muß doch konstatiert werden, daß dies leider nur durch eine unzulässige Handhabung der Geschäftsordnung möglich war. Die namentliche Abstimmung begann beim Vorsitzenden und endete damit, daß für und gegen den Antrag die gleiche Anzahl Stimmen abgegeben wurden. Dann stimmte der Vorsitzende noch einmal und gab damit der Sache die entscheidende Wendung. Ein solches Verfahren ist unstatthaft, wenn nicht ausdrücklich in der Geschäftsordnung bestimmt ist, daß dem Vorsitzenden zwei Stimmen zustehen, was nicht der Fall ist und auch sehr bedenklich wäre.

Neingefallene Jünglingshelden. Eine wahre Rebellion der Ordnungsmänner in Niddorff hatte bewirkt die Wahl der Arbeitnehmerdeputierten zum Gewerbegericht deshalb hervorgegangen, weil sie an einem Sonntag stattfand. Die Mitglieder des Wahlausschusses aus dem Kreise der Arbeitgeber schauten sogar vor einem Streik nicht zurück; sie nahmen an der Leitung der Wahlen nicht teil. Der Vorstand des Niddorffer Jünglingsvereins legte nun Beschwerde beim Bezirks-Ausschuß in Potsdam ein und behauptete die Ungültigkeit der Wahlen. — Der Bezirks-Ausschuß hat indes die Beschwerde zurückgewiesen und die Wahlen für gültig erklärt. Aus der Begründung des Bescheides ist besonders interessant: Wenn die Beschwerde behauptet, die Formate der Wahl an einem Sonntag habe eine Störung der Sonntagruhe hervorgerufen und viele Kreise der Niddorffer Bürger hätten daran Anstoß genommen, so könne es dahingestellt bleiben, ob nicht eine billige Rücksichtnahme auf die religiösen Gefühle eines Teils des Publikums den Vorsitzenden des Gewerbegerichts hätte bestimmen sollen, den Wahltermin, wie früher, auf einen Wochentag zu verlegen. Denn das Gesetz oder die bestehenden Wahlvorschriften würden durch die Abhaltung der Wahlen an einem Sonntag in den Stunden von 12 Uhr mittags bis 8 Uhr abends nicht verletzt. Das maßgebende Ortsstatut bestimme über den Tag nichts. Auch in dem Umstande, daß die Mitglieder des Wahlausschusses an der Leitung der Wahlen nicht teilgenommen hätten, lasse sich eine Gesetzeswidrigkeit, die die Ungültigkeit der Wahlen zur Folge hätte, nicht erwidern. Der Wahlausschuß sei in geeigneter Weise gewählt worden, und die gewählten 24 Mitglieder, also auch die 12 Arbeitgeber, hätten die Wahl angenommen. Somit wären auch die Arbeitgeber in geeigneter Zahl (die Hälfte) Mitglieder des Wahlausschusses gewesen. Die sich der gesamte Wahlausschuß auf die einzelnen Wahlbezirke verteilte, sei weder im Gesetz noch im Statut bestimmt. Das Statut verordne nur, daß der Wahlausschuß

als Wahlvorstand die Wahlleitung leitet. Es beständen keine zwingenden Vorschriften, daß der einzelne Wahlloft in Gegenwart von Vertretern der Arbeiter und Arbeitgeber stattfinden müsse, wiewohl die Praxis regelmäßig so verfahren werde. Nun hätten hier an allen Wahlhandlungen Mitglieder des Ausschusses mitgewirkt. Dadurch sei dem Gesetze genügt, und es wäre deshalb für die Frage der Gültigkeit der Wahlen unerheblich, daß die Masse der Arbeitgeber sich bei der Leitung der einzelnen Wahllokale nicht beteiligt habe. Anders könnte die Beurteilung ausfallen, wenn die als Arbeitgeber dem Wahlausschuß angehörenden Mitglieder die Wahl hierzu abgelehnt hätten. Das trifft ja aber nicht zu. Sie seien vielmehr nach Annahme der Wahl Mitglieder des Wahlvorstandes geblieben und hätten sich nur, offenbar widerrechtlich, der Ausübung der Funktionen als Wahlleiter entzogen. Und daß infolge ihres Fehlens bei den Wahlen selbst sich Unregelmäßigkeiten ereignet hätten, durch die auf den Wahlausfall entscheidend eingewirkt worden wäre, sei weder behauptet noch dargelegt.

Getäuschte Hoffnungen in Wilmersdorf? Das „Teltower Kreisblatt“ bringt die folgende, auf amtlichen Einfluß beruhende Meldung: Durch die Zeitungen geht die Nachricht, daß die Verleihung des Stadtrats an die Gemeinde Deutsch-Wilmersdorf zum 1. April nächsten Jahres zu gewärtigen sei. Das ist nicht der Fall. Der Herr Minister des Innern hat vielmehr jüngst bestimmt, daß dem erneuten Antrag der Gemeinde Deutsch-Wilmersdorf auf Verleihung städtischer Verfassung auch jetzt noch keine Folge gegeben werde.

Es war allerdings keine Rede davon, daß der Gemeinde bestimmt zum 1. April das Stadtrecht verliehen werden solle, doch gab der Gemeindevorstand noch in der letzten öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung der Hoffnung Ausdruck, daß es „im kommenden Semester“ mit der Stadtverleihung ernst werde. Nicht wunderbar ist die Mitteilung des amtlichen Blattes, der Minister habe bestimmt, daß dem „erneuten“ Antrag der Gemeinde auch jetzt noch keine Folge gegeben werde. Die Rührschicht, die am ehesten über eine solche „Bestimmung“ unterrichtet sein dürfte, der Gemeindevorstand, hat keinerlei amtliche Nachricht in der Stadtverleihungsangelegenheit erhalten, trotzdem seit Abendung des Antrages viele Monate verfloßen sind. Wahrscheinlich wird nächste Woche von der Gemeindevertretung ein Antrag auf Beschleunigung der Sache angenommen werden.

Einen schrecklichen Unglücksfall berichtet die „Wilmersdorfer Nachr.“: In der Joachim-Friedrichstraße, Ecke der Ringbahnstraße in Halensee, befindet sich ein Neubau, von welchem das Gerüst abgenommen wurde. Ein Arbeiter band einen Balken unten los in dem Glauben, er wäre oben noch befestigt. Dies war aber nicht der Fall. Der Balken fiel auf das Schutzdach und von dort aus auf die Straße. In demselben Augenblick gingen zwei Gasarbeiter von der Schwanenbörse Gasanstalt mit einem Handwagen vorbei. Der eine Arbeiter wurde von dem Balken getroffen, daß der Schädel auseinandergespalten wurde und er auf der Stelle verstarb. Der Verunglückte ist in Charlottenburg wohnhaft. Die Leiche wurde nach dem Wilmersdorfer Leichenhanse transportiert.

### Gerichts-Beilage.

Ein schweres Van-Unglück sollte der Maurerpolier Wilhelm Dehmann verschuldet haben, welcher gestern unter der Auflage der sachverständigen Lösung und Körperverletzung vor der zweiten Ferien-Strafammer des Landgerichts I stand. Am 24. März d. J. stürzte auf einem Neubau in der Straße 11 an der Schöndorfer Allee der Aufbau, der über dem Hauptgestirn vor der Vorderfront angebracht war, herab. Die schwere Masse fiel auf das davor errichtete Stangengerüst, auf dem verschiedene Arbeiter beschäftigt waren. Von diesen wurde der Ruper Wille sofort erschlagen, vier andre Arbeiter lamen mit mehr oder minder schweren Verletzungen davon. Der Wundarzt erfolgte unmittelbar nachdem mehrere Stuccateure das Gerüst mit einer 1 1/2 Centner schweren Wase belastet hatten. Nach dem Gutachten der Sachverständigen war das Unglück darauf zurückzuführen, daß das Gerüst nicht genügend verankert gewesen, um die ihm zugemutete Last tragen zu können. Der Angeklagte bestritt dies und kam es deshalb lediglich auf die Gutachten der Sachverständigen an. Als der erste derselben, Baurat Höhne, vernommen werden sollte, erhob der Verteidiger, Rechtsanwalt Morris, hiergegen Einspruch mit der Begründung, daß Baurat Höhne kurz vor dem Unfall den Aufbau abgenommen habe und den Fehler, wenn ein solcher vorliege, ebenso gut hätte sehen müssen, wie der weniger intelligente Angeklagte. Liege daher eine Fahrlässigkeit vor, so sei sie beiden zuzurechnen. Der Gerichtshof gab dem Antrage auf Vertagung statt und beschloß, zum nächsten Termine noch einen Sachverständigen zu laden, der zu der vorgelegten Behörde des Baurats Höhne gehöre.

Wegen Lehrverbeidigung soll die 64 Jahre alte Witwe Sährling in Lichtenberg 80 M. Geldstrafe bezahleu oder sechs Tage Gefängnis abmachen. Frau Sährling hat in einer Volks-versammlung die Behandlung ihres Entlassendes durch den Klassenlehrer Erle geschildert und dabei mitgeteilt, daß die hiesigen Tiernamen gewohnheitsgemäß den Kindern gegenüber gebrannt würden. Obwohl die behauptete Thatsache auf ihren Wert gar nicht geprüft wurde, fand der Amtsanwalt eine Verbeidigung der Lehrer im allgemeinen und des Klassenlehrers im besonderen vorliegend und beantragte 80 M. Geldstrafe. Erkannt wurde, wie mitgeteilt. In der Berufungsinstanz wird nun der Wahrheitsbeweis zu führen sein.

Der Krönungsprinz vor Gericht. Aus London wird berichtet: Vor dem Central-Criminalgerichtshof wurde vorgestern gegen Prinz Franz Joseph von Pragauza und drei Mitangeklagte im Alter von 13, 17 und 24 Jahren verhandelt. Der Sachverhalt stellte sich nach der Verhandlung wie folgt heraus: Prinz Franz Joseph von Pragauza, 23 Jahre alt und österreichischer Offizier, war zu den Krönungsfeierlichkeiten nach London gekommen, der älteste Mitangeklagte, ein Kommiss, mietete in der Duke Street zwei Zimmer, über deren Verwendung er sich nicht äußerte. Es zogen sodann die beiden jugendlichen Arbeiter Chandler und Sherman zu ihm. Der Hauswirt will die jungen Leute von Anfang an in Verdacht gehabt haben, und er beobachtete sie deshalb. Am 24. Juni legte er sich mit einem andern Hausbewohner auf die Lauer und sie sahen, wie die beiden Knaben mit einem elegant gekleideten Herrn (es war der Prinz) gegen Mitternacht nach Hause kamen. Sie wollten sodann den Prinzen und die beiden Knaben durch das Schließelloch und ein Loch, welches sie mit einem Federmesser in die Thür geschneitten hatten, beobachten. Es wurde Polizei dazu gerufen, und sämtliche Angeklagte, den Kommiss sahle man auf der Treppe ab, verhaftet. Auffällig war es, daß bei der Voruntersuchung der Hauswirt und sein Genosse versäumten, das mit dem Federmesser in die Thür geschneittenen Loch zu erwähnen, und daß sie davon erst Mitteilung machten, als eine Volluntersuchung ergab, daß sie durch das Schließelloch gar nicht hatten beobachten können, was sie angeblich beobachtet haben wollten. Es liegt der Verdacht nahe, daß es sich um einen Erpressungsversuch gegen den Prinzen handelte und daß der Prinz sich unbegreiflicherweise unter irgend einem Vorwande von den schlumpften Knaben in das Haus locken ließ. (i) Der Prinz selbst leugnet die That, deren er beschuldigt wird. Er behauptet, einen Sekundant gehabt zu haben und in diesem den Knaben Gehör geschenkt zu haben, die ihn gefogt hätten, sie würden ihm Frauenzimmer zuführen. Er will dadurch auch erklären, wie es zu verstehen ist, daß er den Knaben Goldstücke gab, die bei diesen gefunden wurden.

Weiter wird gemeldet: Die Großjury von Old Bailey hat als Kammer für die Verlegung in den Anklagezustand heute entschieden, daß Prinz Franz Joseph von Pragauza unter der Beschuldigung, eine die Sittlichkeit gräulich verletzende Handlung begangen zu haben, vor dem Schwurgericht zu erscheinen hat.